



Leibniz  
Gemeinschaft

**Wissenschaftsgemeinschaft  
Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.**

**- Leibniz-Gemeinschaft -**

**Jahresbericht 2006**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
A.    Verband und Geschäftsstelle	3
1.    Einleitung	3
2.    Senat und Präsidium	5
3.    Außenvertretung	7
4.    Strategische Weiterentwicklung	9
5.    Leibniz-Institute im Wettbewerb	12
6.    Evaluierung	20
7.    Nachwuchsförderung und Chancengleichheit	21
8.    Europäische Forschungsförderung	23
9.    Internationales	26
10.   Sektionen, IVS, Verwaltungsausschuss	27
11.   Wissenschaftliche Verbände	28
12.   Arbeitskreise	30
13.   Geschäftsstelle	34
14.   Administrative und rechtliche Rahmenbedingungen	36
15.   Programmbudgets	39
16.   Öffentlichkeitsarbeit	41
17.   Jahr der Geisteswissenschaft	45
18.   LeibnizX	46
B.    Jahresbericht des Referates Evaluierung	47
C.    Personalübersicht Geschäftsstelle und Referat Evaluierung	50
D.    Anhang	54
1.    Europa	54
1.1.   Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007	54
1.2.   European Research Council	54
1.3.   European Institute of Technology	55
1.4.   European Researchers Charta und Code of Conduct	56
1.5.   Beteiligungsregeln für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm	58
1.6.   Neufassung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation	58
1.7.   Kordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen (KoWi)	59
2.    Europäisches Gesellschaftsrecht	59

## A. Verband und Geschäftsstelle

### 1. Einleitung

Grundlage der Arbeit der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (Leibniz-Gemeinschaft) ist die Satzung in der aktuellen Fassung vom 25.11.2005. Danach sind die wichtigsten Aufgaben der Leibniz-Gemeinschaft:

- Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Sicherung und Stärkung der Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedseinrichtungen, insbesondere durch die Entwicklung und Durchführung von Verfahren zur Leistungsbewertung
- Wahrnehmung der gemeinsamen Anliegen gegenüber Bund, Ländern, den anderen Wissenschaftsorganisationen und gegenüber der Öffentlichkeit
- Erfahrungs- und Informationsaustausch
- Pflege der internationalen Kontakte
- Durchführung von Seminaren und wissenschaftlichen Konferenzen

Die Aufgabe jeder Leibniz-Einrichtung ist themenorientierte, strategische Forschung: Der Auftrag jeder Leibniz-Einrichtung ist die Bearbeitung konkret benannter, gesellschaftlich relevanter Themen mit überregionaler und gesamtstaatlicher Bedeutung, die jeweils gemeinsam mit den Zuwendungsgebern von Bund und Ländern festgelegt werden. Diese Aufgaben, die wegen ihrer Komplexität zumeist eine langfristige Bearbeitung erfordern, eignen sich wegen ihres Umfangs oder ihrer Inhalte nicht für die typische Universitätsforschung. Die Bearbeitung der Themen erfolgt fächerübergreifend mittels strategischer Forschung, d. h. durch das jeweils passende Verhältnis von Grundlagen- und Anwendungsorientierung, sowie Wissenstransfer in wissenschaftlicher Freiheit. Leibniz-Einrichtungen leisten wissenschaftliche Forschung auf höchstem Niveau und erbringen forschungsbasierte Dienstleistungen („Service“) für Öffentlichkeit, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft („Gesellschaftsberatung“).

Leibniz-Einrichtungen sind – in unterschiedlichen Rechtsformen – selbstständig. Vergleichbar mit mittelgroßen Unternehmen mit zwischen fünfzig und vierhundert Beschäftigten, verfügen sie über eine Gremienstruktur, die ihre strategische Steuerung organisiert und wirtschaftliche Arbeitsweise kontrolliert. Aufsichtsgremien, in denen Vertreter<sup>1</sup> des Bundes und der Länder sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tätig sind, begleiten die grundsätzlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Einrichtungen. Bei der Ausrichtung und Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit werden die Leibniz-Institute von wissenschaftlichen und Nutzer-Beiräten unterstützt.

Bei der Umsetzung ihrer Aufgaben sowie zur Erfolgskontrolle bedienen sich die Leibniz-Einrichtungen strategischer Instrumente, beispielsweise der Kosten-Leistungsrechnung (KLR) und der Programmbudgets. Auf diese Weise wird ein effektiver und transparenter Einsatz der öffentlichen Forschungsmittel gewährleistet. Neben diesen beiden genannten Elementen sichern Leibniz-Einrichtungen ihre wissenschaftliche Qualität und Serviceleistung darüber hinaus, indem sie sich einem regelmäßigen, transparenten sowie streng extern angelegten Evaluierungsverfahren stellen. Alle sieben Jahre wird die Bearbeitung der gewählten Thematik und deren Aktualität, die erbrachte Qualität der wissenschaftlichen Arbeit und die Funktionalität der Organisation durch international besetzte, externe Gutachtergremien vor Ort überprüft und gesteuert. Ergänzt werden die externen Evaluierungen durch Audits der Wissenschaftlichen Beiräte der Einrichtungen.

---

<sup>1</sup> Alle Amts- und Funktionsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für weibliche und männliche Personen.

Leibniz-Einrichtungen kooperieren sehr eng mit Hochschulen: Die vielfältigen Kooperationsbeziehungen zeigen sich in 55 Beteiligungen an Sonderforschungsbereichen, in der Mitwirkung in 38 Graduiertenkollegs sowie in der Durchführung zahlreicher gemeinsamer Forschungsvorhaben, hier besonders im Rahmen der Exzellenzinitiative (vgl. Kap. 5.2.). Die enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird auch durch 216 gemeinsame Berufungen von leitenden Wissenschaftlern der Leibniz-Institute dokumentiert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kooperationsverträge mit kooperierenden Hochschulen. Nicht zuletzt durch die genannten Kooperationen stellen sich Leibniz-Einrichtungen offensiv dem wissenschaftlichen Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene.

Eine ganze Reihe von Leibniz-Instituten stellen Besonderheiten im deutschen Forschungssystem dar: So ist die raumwissenschaftliche Forschung in Deutschland, die außerhalb der Hochschulen betrieben wird, hauptsächlich in den Leibniz-Instituten vertreten. Auch in der Bildungsforschung und den Wirtschaftswissenschaften, der agrarwissenschaftlichen, tropenmedizinischen und meereswissenschaftlichen Forschung verfügen die Leibniz-Institute über ein erhebliches, zum Teil singuläres Forschungspotential; ebenso in der Klimaforschung sowie in den Materialwissenschaften.

In der Leibniz-Gemeinschaft sind gegenwärtig 84 selbstständige Einrichtungen in fünf thematisch untergliederten Sektionen zusammengeschlossen.<sup>1</sup> Der Zusammenschluss dient vornehmlich der gemeinsamen Vertretung wissenschaftspolitischer Interessen der Institute. Die Leibniz-Gemeinschaft versteht sich als Netzwerk im deutschen Wissenschaftssystem und als komplementärer Partner der Hochschulen. Der Mehrwert der Leibniz-Gemeinschaft ergibt sich unter anderem aus folgenden Punkten:

- Sicherung von Qualität durch Evaluierung und Wettbewerb
- Enge Verbindung von Forschung und Service (Leibniz „*theoria cum praxi*“)
- Transfer von Wissen in die Gesellschaft
- Wissenschaftliche Autonomie der Einrichtungen bei gleichzeitigem Bekenntnis zur gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung
- Flexibilität der Einrichtungen („Institute auf Widerruf“),
- Nutzung von Interdisziplinarität und wissenschaftlicher Pluralität (Geistes-, Sozial-, Natur- und Technikwissenschaften),
- Gezielte themenorientierte Zusammenarbeit, die institutsübergreifend, organisationsoffen und temporär angelegt ist (Themenbearbeitung im wissenschaftlichen Verbund)
- Aktive Mitgestaltung des europäischen Forschungsraums (mit Unterstützung des Leibniz-Verbindungsbüros in Brüssel).

Neben klassischen Forschungsinstituten sind in der Leibniz-Gemeinschaft 21 sog. Serviceeinrichtungen für Forschung, Politik und Gesellschaft vertreten. Eine weitere Besonderheit der Leibniz-Gemeinschaft sind die sieben Forschungsmuseen, die eine breite Basis zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaft und Forschung bieten und damit einen wichtigen Beitrag zu deren Akzeptanz leisten.

Der Berichtszeitraum erstreckt sich von November 2005 bis November 2006. Den statistischen Daten liegt der Zeitraum 01.01.05 – 31.12.05 zu Grunde. Insgesamt betrug der Gesamtpersonalbestand der Leibniz-Institute im Jahr 2005 13.740 Personen. Insgesamt waren 6.757 Mitarbeiterinnen und 6.983 Mitarbeiter in den Einrichtungen beschäftigt, davon 5.604 Personen in akademischer Funktion; 31,5 % des wissenschaftlichen Personals sind weiblich. 58,2 % des wissenschaftlichen Personals waren 2005 befristet angestellt. In den Leibniz-Instituten sind über 2.000 Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden und Postdocs) beschäftigt. Die gemeinsame Zuwendung von Bund und Ländern betrug im Jahr 2005 rund 752,8 Mio. Euro. Zusätzlich zur gemeinsamen Förderung von Bund und Ländern standen den Ein-

---

<sup>1</sup> Zusätzlich wurde zum 01.01.2006 als assoziiertes Mitglied das Deutsche Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ) aufgenommen.

richtungen noch Mittel in Höhe von 38,7 Mio. Euro aus der übrigen institutionellen Förderung zur Verfügung, sodass das Gesamtvolumen der institutionellen Förderung 791,5 Mio. Euro betrug. Darüber hinaus wurden 225,7 Mio. Euro an Drittmitteln von der DFG, von Bund und Ländern, aus der Industrie sowie der EU eingeworben.

Die Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft sowie das Referat Evaluierung haben ihren gemeinsamen Sitz in Bonn. Die Geschäftsstelle unterhält weiterhin Büros in Berlin sowie in Brüssel. Sitz des Präsidenten war bis zum 31.08.2006 das Forschungszentrum Borstel in Schleswig-Holstein, ab dem 01.09.2006 Berlin. Zum 01.03.2006 wurde die von der Mitgliederversammlung 2005 geschaffene Position eines Generalsekretärs mit dem bisherigen Geschäftsführer, Privatdozent Dr. Michael Klein, besetzt; zur stellvertretenden Generalsekretärin wurde zum 01.06.2006 Frau Dr. Andrea Binder berufen.

## **2. Senat und Präsidium**

### **2.1. Senat**

Im Berichtszeitraum haben die 18. und 19. Sitzung des Senats der Leibniz-Gemeinschaft stattgefunden. Dabei beschäftigte sich der Senat mit den Evaluierungsergebnissen zahlreicher Institute, wobei er die Berichte der Bewertungsgruppen, die Stellungnahmen der Institute zu den Bewertungsberichten sowie die Vorschläge des Senatsausschusses Evaluierung (SAE) für die Senatsstimmungen intensiv diskutierte. Die verabschiedeten Stellungnahmen des Senats sind im Internet auf den Seiten des Referats Evaluierung veröffentlicht (<http://www.wgl.de/extern/evaluierung/index.html>).

Im Einzelnen sind auf der 18. Sitzung am 22. März 2006 die Senatsempfehlungen folgender Institute diskutiert und verabschiedet worden:

- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (RWI)
- Deutsches Institut für Ernährungsforschung, Potsdam (DIfE)
- Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, Gatersleben (IPK)

Auf der 19. Sitzung am 14. Juni 2006 wurden verabschiedet:

- Leibniz-Institut für Neue Materialien, Saarbrücken (INM)
- Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg (ZALF)
- Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Berlin (IGB)
- Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München (ifo)
- Herder-Institut, Marburg (HI)

Darüber hinaus befasste sich der Senat auf Anfrage der BLK erneut mit seiner Stellungnahme zur IWF Wissen und Medien gGmbH, die er auf seiner 17. Sitzung am 24. November 2005 bereits beschlossen hatte. Darin empfahl er Bund und Ländern, die IWF Wissen und Medien gGmbH auf Grundlage der „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“ als eigenständige Einrichtung nicht weiter zu fördern. Der Bitte der BLK um nochmalige Erläuterung folgend, diskutierte der Senat seine im November 2005 beschlossene Förderempfehlung erneut; bekräftigte aber nochmals seine Entscheidung.

Bezüglich strategischer Fragestellungen beschäftigte sich der Senat mit den „Leitlinien für die Aufnahme und Entlassung von Instituten der Leibniz-Gemeinschaft“.

Bei der Wahl neuer Senatoren für den Bereich „öffentliches Leben“ wählten die Senatsmitglieder auf ihrer 18. Sitzung u. a. vier neue Senatoren aus dem Bereich Hochschulen. Auch auf diese Weise soll die enge Verbundenheit der Leibniz-Gemeinschaft mit den Hochschulen deutlich gemacht werden.

**Mitglieder des Senats** (Stand: November 2006; neue Mitglieder fett):

A. Vertreter der Zuwendungsgeber (Bund/Länder):

Bund: **Staatssekretär Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer**, BMBF

Bund: **Staatssekretär Dr. Walther Otremba**, BMWi

Land: Senator Dr. Jörg Dräger, Behörde für Wissenschaft und Forschung, Hamburg

Land: Minister Prof. Dr. Hans-Robert Metelmann, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Land: Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Kultusministerium Sachsen-Anhalt

B. qua Amt (Präsidenten und Vorsitzende der deutschen Wissenschaftsorganisationen):

Deutsche Forschungsgemeinschaft: Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker

Fraunhofer Gesellschaft: Prof. Dr.-Ing. Hans-Jörg Bullinger

Helmholtz-Gemeinschaft: Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Hochschulrektorenkonferenz: **Prof. Dr. Margret Wintermantel**

Max-Planck-Gesellschaft: Prof. Dr. Peter Gruss

Wissenschaftsrat: **Prof. Dr. Peter Strohschneider**

C. Wahlmitglieder (öffentliches Leben):

Petra Gerstenkorn, Bundesvorstand ver.di

Christian Wriedt, Vorstand Körber-Stiftung

**PD Dr. habil. Andreas Schlüter**, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

**Dr. Ludwig Baumgarten**, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

**Staatssekretär a. D. Helmut Stahl**, MdL Düsseldorf

**Staatssekretär a. D. Dr.-Ing. Uwe Thomas**

**Cornelia Pieper**, MdB Berlin

**Staatsminister a. D. Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer**

**Prof. Dr. Jürgen Blum**, Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer

**Prof. Dr. Alfons Labisch**, Rektor der Universität Düsseldorf

**Prof. Dr. Christoph Marksches**, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

**Dr. Frank Nolden**, Kanzler der Universität Leipzig

**Ass iur. Manfred Nettekoven**, Kanzler der RWTH Aachen

D. Wahlmitglied (EU):

Dr. Richard Escritt, Direktor Generaldirektion Forschung, EU-Kommission Brüssel

E. Wahlmitglieder (auf Vorschlag der Sektionen):

Sektion A: Prof. Dr. Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin  
**Prof. Dr. Rudolf Schieffer**, Präsident der Monumenta Germaniae Historica

Sektion B: **Prof. Dr. Paul Gans**, Universität Mannheim, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Abteilung Volkswirtschaftslehre

Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Europarecht

Sektion C: Prof. Dr. Rudi Balling, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Helmholtzzentrums für Infektionsforschung, Braunschweig

**Prof. Dr. Stefan Meuer**, Universität Heidelberg, Institut für Immunologi

Sektion D: Prof. Dr. Gerhard Ertl, Direktor des Fritz-Haber-Instituts der MPG, Berlin

**Prof. Dr. Knut Urban**, Forschungszentrum Jülich, Institut für Festkörperforschung

Sektion E: **Prof. Dr. Reinhard Hüttl**, BTU Cottbus, Lehrstuhl für Bodenschutz und Re-

kultivierung  
**Prof. Dr. Gerold Wefer**, Universität Bremen, MARUM – DFG-Forschungszentrum Ozeanränder

## 2.2. Präsidium

Fünf Sitzungen des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft im Berichtszeitraum dokumentieren die Bemühungen des Gremiums um die Weiterentwicklung des Interessenverbandes. (Gemäß Satzung § 10 Absatz 3 wären nur zwei Sitzungen erforderlich gewesen).

Das Präsidium des Berichtsjahres bestand aus:

Präsident	Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Th. Rietschel (bis 30.09.2006 FZB)
Past-Präsident	Hans-Olaf Henkel
Wiss. Vizepräsident	Prof. Dr. Eckhard George (IGZ)
Wiss. Vizepräsident	Prof. Dr. Dr. Bernhard Müller (IÖR)
Admin. Vizepräsident	Dr. Falk Fabich (FVB)
Sprecher Sektion A	Prof. Dr. Udo Wengst (IfZ)
Sprecher Sektion B	Prof. Dr. Dr. Bernhard Müller (IÖR)
Sprecher Sektion C	Prof. Dr. Walter Rosenthal (FMP)
Sprecher Sektion D	Prof. Dr. Günther Tränkle (FBH)
Sprecher Sektion E	Prof. Dr. Jost Heintzenberg (IfT)
Sprecher VA	Ass. jur. Michael Lankeit (DPZ)
Sprecherin IVS	Frau Sabine Brünger-Weilandt (FIZ KA)
Beauftragter des Präsidiums für Evaluierung	Prof. Dr. Dr. Bernhard Müller (IÖR)
Generalsekretär	Privatdozent Dr. Michael Klein (seit dem 01.03.2006)
Leiter Referat Evaluierung	Dr. Carsten Klein (seit dem 01.12.2005; zuvor kommissarisch Frau Dr. Andrea Binder)

## 3. Außenvertretung

Insgesamt haben der Präsident, die Vorstands- und Präsidiumsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Geschäftsstelle im Berichtszeitraum an die 1.100 Termine wahrgenommen (780 Dienstreisen). Bei der Hälfte der Termine handelte es sich um externe Gespräche mit Vertretern der Bundes- und Landesregierungen, den Präsidenten und Vorsitzenden der anderen Wissenschaftsorganisationen sowie Vertretern der Industrie. Die Gespräche und Präsentationen haben zum einen dazu gedient, die Anliegen der Leibniz-Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsinstitute zu vertreten. Zum anderen wurden sie dazu genutzt, um die Leibniz-Gemeinschaft im deutschen Wissenschaftssystem sichtbarer zu machen und ihr Ansehen nach innen und außen zu stärken.

Bei den Terminen des Präsidenten standen neben Gesprächen mit Bundesministerin Dr. Schavan besonders die Gespräche mit den Wissenschafts- und Finanzministern der Bundesländer im Vordergrund, in denen es vor allem um die Lösung von tarifrechtlichen Problemen im Rahmen des Tarifvertrags öffentlicher Dienst (TVöD) ging sowie um die Vereinfachung der Mittelverwaltung der Pakt-Gelder im Rahmen des SAW-Verfahrens. Außerdem hat der Präsident sich für die Einrichtung eines Leibniz-Strategiefonds eingesetzt, der es dem Präsidium in begrenztem Maße erlaubt, finanzielle Anreize für strategische Maßnahmen zu vergeben.

Im Berichtszeitraum hat es vier Treffen der Allianz gegeben, an denen der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft teilgenommen hat. Bei der Diskussion der Spitzen von DFG, MPG, FhG, Leibniz-Gemeinschaft, HGF, HRK und Wissenschaftsrat standen vor allem wissenschaftspolitische und organisatorische Grundsatzfragen zur Diskussion, beispielsweise die Finanzierung und die Struktur des Wissenschaftssystems sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Forschungsorganisationen und Hochschulen. Hervorzuheben sind dabei die

Exzellenzinitiative, der Pakt für Forschung und Innovation, die Föderalismusreform und gesetzliche Regelungen zu Urheberrecht, Stammzellenforschung und das Thema Chancengleichheit.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft ist neben seiner Mitgliedschaft in der Allianz, in den Senaten der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft vertreten. Er ist Mitglied im Kuratorium des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, im Kuratorium des Konvents für Technikwissenschaften, der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. (acatech) sowie im Kuratorium der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke e. V.“ (AiF). In diesem Gremium wird er momentan durch den Sprecher der Sektion D, Prof. Tränkle, vertreten. In der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vertritt der Präsident die Leibniz-Gemeinschaft als ständiger Gast im Senat. Schließlich ist er Mitglied in der Gesellschafterversammlung von Wissenschaft im Dialog (WID).

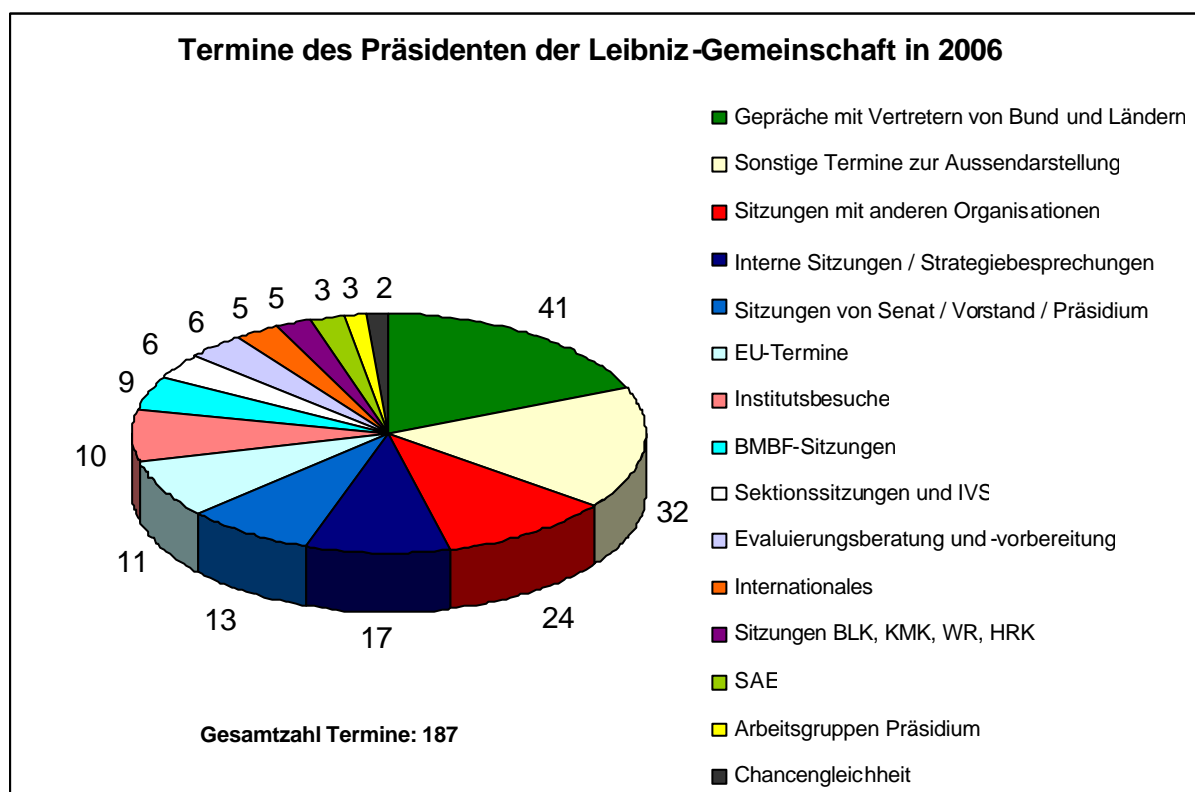


Abb. 1: Termine des Präsidenten im Berichtszeitraum nach Anlässen

Prof. George (IGZ) ist als Wissenschaftlicher Vizepräsident Gast im Plenum der HRK; Vizepräsident Prof. Müller (IÖR) im Kuratorium des Deutschen Zukunftspreises. Ferner nimmt Prof. Müller den Sitz in der Steuerungsgruppe für die Pilotstudie Forschungsrating des Wissenschaftsrates wahr. Darüber hinaus ist er Mitglied im Konvent für Technikwissenschaften der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. (acatech).

Der Administrative Vizepräsident Dr. Fabich (FVB) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft im Kanzlerkreis der HRK und pflegt gemeinsam mit Herrn Lankeit (DPZ), Sprecher des Verwaltungsausschusses (VA), die Kontakte zur Arbeitsgruppe der Personal- und Betriebsräte der Leibniz-Institute (PB-WGL).

Der Verwaltungsausschuss unter Leitung von Herrn Lankeit, der sich vornehmlich mit verwaltungsrechtlichen und administrativen Fragen beschäftigt, hat im Berichtszeitraum vier Vertreter in Ausschüsse der HGF entsendet: Im HGF-Ausschuss Finanz- und Rechnungswesen ist Frau Runow (IFW) Mitglied für die Leibniz-Gemeinschaft; sie wird dort durch



Herrn Henze (GESIS/ZUMA) vertreten. Im HGF-Ausschuss Personalangelegenheiten ist Herr Junker (FVB) Mitglied. Im HGF-Arbeitskreis Rechtsfragen wechseln sich Frau Taufenbach (Geschäftsstelle) und Frau Rynarzewski (KIS) ab. Dr. Kändler (MBI) ist Vertreter im HGF-Ausschuss Technologietransfer und Gewerblicher Rechtsschutz (TTGR) und wird von Herrn Eise (IPK) vertreten.

Der Generalsekretär ist Mitglied der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Er vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in der Mitgliederversammlung der DFG sowie in der Mitgliederversammlung des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer (ZWM). Er nimmt als ständiger Gast am Ausschuss Forschungsförderung (AFF) und der Berichterstattergruppe Blaue-Liste-Einrichtungen (BLE) der Bund-Länder-Kommission (BLK) teil.

Die stv. Generalsekretärin vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in der Steuerungsgruppe für die Pilotstudie Forschungsrating des Wissenschaftsrates.

Ferner ist die Leibniz-Gemeinschaft seit 1998 Mitglied im Trägerverein der KoWi und wird dort durch den Leiter des Brüssel-Büros, Dr. Häckel, vertreten.

Neben Vorstand, Präsidium und Geschäftsstelle nahmen auch regelmäßig Personen aus den Mitgliedseinrichtungen an externen Gremien und Gesprächen im wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Raum im Auftrag der Leibniz-Gemeinschaft teil, denen an dieser Stelle besonders für ihr Engagement gedankt sei. So sind beispielsweise Leibniz-Angehörige für den Wissenschaftsrat (WR) tätig: Frau Prof. Lochte (IFM-GEOMAR) ist Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des WR. Im ständigen Evaluierungsausschuss des WR ist Prof. Scheich (IfN) Mitglied und Prof. Klein (PIK) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft im Nationalen Koordinierungsausschuss zur Beschaffung und Nutzung von Höchstleistungsrechnern (WR). Weiter sind als Leibniz-Vertreter bzw. -Vertreterinnen in Gremien beim BMBF zu nennen: Frau Prof. Bulfone-Paus (FZB) im Gesundheitsforschungsrat (GFR), Prof. Wägele (ZFMK) koordiniert die Leibniz-Aktivitäten des internationalen, vom BMBF geförderten Netzwerkes zur Biodiversität in Afrika (Biodiversity Monitoring Transect Analysis in Africa, BIOTA Africa) und Prof. Scheel (IPB) ist Mitglied im Lenkungsausschuss Genomanalyse im biologischen System (GABI).

#### **4. Strategische Weiterentwicklung**

Am 30.06.2006 hat der Deutsche Bundestag die Föderalismusreform beschlossen, der der Bundesrat am 07.07.2006 zugestimmt hat. Ergebnisse der Föderalismusreform im Bereich Bildung und Forschung sind u.a.:

- Förderung von Wissenschaft und Forschung
  - Die Möglichkeit des Zusammenwirkens von Bund und Ländern bei der Förderung überregional bedeutsamer Forschung bleibt nach der Föderalismusreform erhalten. Dies schließt nicht aus, dass der Bund daneben auch Projekte allein fördern kann. So hat die Bundesregierung beispielsweise mit 6 Mrd. Euro zusätzlich in dieser Legislaturperiode erhebliche Mittel für Forschung und Entwicklung vorgesehen.
  - Bund und Länder können weiterhin die außeruniversitäre Einrichtungen HGF, FhG, MPG und Leibniz-Gemeinschaft sowie auch die DFG fördern.
  - Im Hochschul- und Wissenschaftssystem bleibt die Forschungsförderung weiterhin eine zentrale Aufgabe. Die neue Gemeinschaftsaufgabe für Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen ermöglicht auch die Förderung der Lehre an den Hochschulen.

- Hochschulrecht  
Nach Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes liegt es nun in der Verantwortung der Länder, ihren Spielraum zu nutzen. Der Bund wird sein Hochschulrecht künftig auf ein Mindestmaß beschränken, d. h. auf die Bereiche „Hochschulzulassung“ und „Hochschulabschlüsse“.
- Hochschulbau und überregionale Fördermaßnahmen im Hochschulbereich  
Die Verantwortung für den Hochschulbau liegt künftig bei den Ländern. Damit die Länder dies jedoch leisten können, erhalten sie ab 2007 jährlich insgesamt über 695 Mio. Euro für die künftigen Investitionen in den Ausbau und Neubau von Hochschulen. Der Bund stellt darüber hinaus ab 2007 einen Betrag von 298 Mio. Euro jährlich für überregional bedeutsame Fördermaßnahmen im Hochschulbereich im Rahmen der künftig erweiterten gemeinsamen Forschungsförderung nach Artikel 91 b Grundgesetz zur Verfügung. Dies gibt dem Bund die Möglichkeit, innovative Vorhaben von nationaler Exzellenz im Wettbewerb anzuregen und mitzufinanzieren.
- Schulpolitik und Bildungswesen  
Die Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“ wird beendet und durch andere Steuerungsinstrumente ersetzt. Die neue Gemeinschaftsaufgabe umfasst die drei Elemente „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich“, „Bildungsberichterstattung“ und „gemeinsame Empfehlungen“. Bund und Länder haben künftig die Möglichkeit, das Fundament für ergebnisorientierte Vergleichbarkeit der Bildungseinrichtungen zu verbessern sowie gemeinsame strategische Ziele für die Weiterentwicklung des Bildungs- und Wissenschaftssystems zu vereinbaren. Der Bund wird vor diesem Hintergrund auch seine Anstrengungen in der Bildungsforschung erhöhen.
- Begabtenförderung  
Die Förderung von Maßnahmen der Begabtenförderungswerke, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Alexander von Humboldt-Stiftung und vergleichbarer Einrichtungen durch den Bund bleibt unberührt.

Die Konsequenzen aus der Neufassung des Art. 91 b GG wurden in Bund-Länder-Arbeitsgruppen beraten. Die BLK-Kommission (Ministerebene) hat in diesem Zusammenhang den Regierungschefs von Bund und Ländern ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“ (GWK-Abkommen) vorgelegt.

Mit dem Abkommen wird für die künftigen gemeinsamen Aufgaben im Bereich von Wissenschaft und Forschung eine Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) errichtet. Dieser sollen wie bisher die Fach- und die Finanzseite des Bundes und der Länder angehören. Die Aufgaben der GWK sollen den bisherigen Aufgabenbereich nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung abdecken und eine stärker strategisch orientierte Diskussion auf politischer Ebene zu Fragen des Wissenschaftssystems umfassen. Die Ministerebene der GWK soll künftig große wissenschaftspolitische Fragestellungen erörtern und beschließen.

Geplant ist, dass die Regierungschefs über das Abkommen am 13.12.2006 entscheiden, damit die GWK zum 01.01.2007 die Arbeit aufnehmen kann.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat Präsident Prof. Rietschel zu Beginn 2006 Arbeitsgruppen einberufen, um die strategische Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft auf eine breite Basis unter Einschluss zahlreicher Institutsvertreter zu stellen.

## Übersicht Arbeitsgruppen:

<b>Arbeitsgruppe</b>	<b>Leitung</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>Ergebnis</b>
Profil	Fabich	Brünger-Weilandt, Scheich, Lankeit, Slotta	Papier liegt der MV 2006 vor
Institutswechsel / Neuaufnahmen	Rietschel	Pobell, Fabich, Scheich	Papier liegt der MV 2006 vor
Zusammenarbeit mit Hochschulen	Nuissl	Müller, George, Fabich, Scheich, Tränkle, Frau Lorenz, Markschie, Labisch, Nolden, Nettekoven	Papier wird den Sektionen Anfang 2007 vorgelegt
Nachwuchs	Hesse	Wengst, Müller, Brackhage	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Forschung und Service	Frau Brünger-Weilandt	Mohler, Nuissl, Kappel, Treue, Rittberger, Wagner, Rosemann, Lankeit	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Evaluierung	Müller	George, Nuissl, Sprekels, Hauber, Hesse	tagt sobald Zuarbeit der AG Politikberatung, AG Forschung/Service sowie der Forschungsmuseen vorliegt
Gem. Berufungen	Lankeit	Fabich, Tränkle, Kappel, Junker, Pfrengle	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Politikberatung	Müller	Hesse, Sinn, Wiggering, Scherbaum, Schmidt, Langhammer, Kappel, Zimmermann	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Administrative Netzwerke	Fabich	21 Meldungen aus dem VA	Papier wird der MV 2007 vorgelegt
Lenkungskreis Europa	Rosenthal	Müller, Wagner, Tränkle, Sandner, Wiggering, Frau Georgi	„begleitet“ das Brüssel-Büro
Pakt/SAW	George	Wengst, Korwitz, Eschrig, Kümpel, Joehnk, Uhl, Müller	„begleitet“ das SAW-Verfahren
Nachhaltigkeit	Wiggering	Müller, Daim, Slotta, Mohler, Scheich, Wobus, Sprekels, George	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Emeritierung	Lankeit	Tränkle	Papier wird den Sektionen 2007 vorgelegt
Ressortforschung	George	Boldt, Beller, Mosbrugger, Fr. Sens, Graner, Veit	1. Treffen im November 2006 anberaunt

Im Berichtsraum haben Prof. Rietschel und Dr. Klein nahezu alle Wissenschaftsminister der Länder sowie die Leitungsebene der zuständigen Bundesressorts besucht, um für die Anliegen der Leibniz-Gemeinschaft zu werben (vgl. Abb. 1, Seite 8).

Aufgrund dieser Gespräche sowie den Diskussionen der Arbeitsgruppen wurde ein Strategiepapier erarbeitet und den Mitgliedseinrichtungen im Herbst 2006 vorgelegt, so dass auf der Mitgliederversammlung 2007 eine ausführliche Strategiediskussion begonnen werden kann.

Auch das im Rahmen des vom BMBF initiierten „Pakts für Forschung und Innovation“ aufgebaute SAW-Verfahren spielt für die strategische Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft eine wichtige Rolle, da es sich hier um ein wettbewerbliches Instrument der Leibniz-Gemeinschaft handelt, das - als offenes Verfahren angelegt - , auch Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen einbindet (vgl. Kap. 5.1) und somit besonders bei den Ländern auf großes Interesse stößt und vom BMBF ausdrücklich unterstützt wird.

Schließlich ist im Zusammenhang mit der strategischen Weiterentwicklung festzuhalten, dass die Leibniz-Gemeinschaft nun im Rahmen der Evaluierungen von Einrichtungen, die zur Aufnahme in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung vorgeschlagen sind, ein Anhörungsrecht vor dem Wissenschaftsrat hat.

Auch ist die Leibniz-Gemeinschaft künftig vorschlagsberechtigt für Mitglieder der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates.

## **5. Leibniz-Institute im Wettbewerb**

### **5.1. Wettbewerbsverfahren im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation**

Der vom BMBF initiierte „Pakt für Forschung und Innovation“ sieht für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die DFG einen jährlichen Finanzzuwachs von 3 % im Rahmen der institutionellen Förderung vor, der innerhalb der außeruniversitären Organisationen die wettbewerbliche Mittelvergabe unterstützen soll. Im Gegenzug verpflichten sich die Organisationen zur Umsetzung der sog. Paktkriterien:

- Benchmarking und Qualitätssicherung
- Strategische Planung und Vorschau
- Vernetzung und Exzellenzcluster, nationale und internationale Kooperationen
- Nachwuchsförderung
- Teilhabe von qualifizierten Wissenschaftlerinnen in Leitungspositionen
- Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen

Der Pakt für Forschung und Innovation ist auf dieser Grundlage von den Regierungschefs von Bund und Ländern Ende Juni 2005 verabschiedet worden.

Hinsichtlich der Leibniz-Gemeinschaft sieht der Pakt vor, dass ein wettbewerbliches Vergabeverfahren einzurichten ist, um 1/3 des jährlichen Pakt-Aufwuchses (ca. 7 Mio. Euro) im Wettbewerb zwischen den einzelnen Einrichtungen und Sektionen zu vergeben (SAW-Verfahren).

Die übrigen Paktgelder in Höhe von 2 % des jährlichen Aufwuchses sollen dagegen im Rahmen der Wirtschaftsplan- bzw. Programmbudgetverhandlungen zwischen den Einrichtungen und den Sitzländern vergeben werden, dies jedoch unter Zugrundelegung der Pakt-Kriterien.

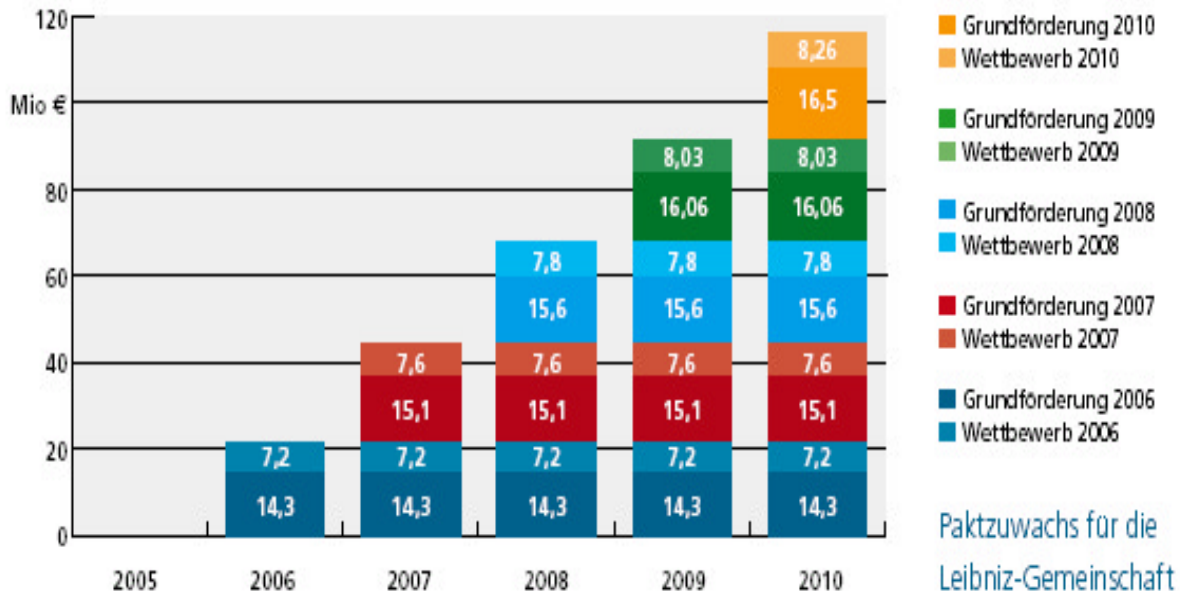


Abb. 2: Berechneter Paktzuwachs für die Leibniz-Gemeinschaft (in Mio. Euro; Quelle: FVB)

In Absprache mit den Zuwendungsgebern setzte der Leibniz-Senat am 15.06.2005 den Senatsausschuss Wettbewerb (SAW) ein, der die im Rahmen des SAW-Verfahrens gestellten Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen bewertet und dem Leibniz-Senat die entsprechende Empfehlungen vorlegt, der diese dann an die BLK weiterleitet.

Der SAW besteht aus folgenden Personen (Stand: November 2006):

Mit Stimmrecht:

- (1) zwei Senatoren und zwei Vertreter (vom Senat auf Vorschlag des Präsidiums benannt):
  1. Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht  
Vertreter: Prof. Dr. Gerold Wefer, Universität Bremen, MARUM - DFG-Forschungszentrum Ozeanränder
  2. Prof. Knut Urban, Forschungszentrum Jülich, Institut für Festkörperforschung  
Vertreter: Prof. Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der Monumenta Germaniae Historica und LMU München, Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte
- (2) sechs externe Wissenschaftler/innen und sechs Vertreter (vom Senat auf Vorschlag der Sektionen bzw. des IVS benannt):
  - Sektion A: Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Psychologie  
Vertreter: Prof. Dr. Norbert Richard Wolf, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Deutsche Sprachwissenschaft
  - Sektion B: Prof. Dr. Regina T. Riphahn, Universität Erlangen, Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung  
Vertreter: Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW, Dortmund/Aachen
  - Sektion C: Prof. Dr. Jörg Hacker, Universität Würzburg, Institut für Molekulare Infektionsbiologie; DFG-Vizepräsident  
Vertreter: Prof. Dr. Klaus-Peter Hoffmann, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Allgemeine Zoologie und Neurobiologie

- Sektion D: Prof. Dr. Alfred Forchel, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Technische Physik  
*Vertreter: N.N.*
- Sektion E: Prof. Dr. Gerhard Jentsch, Universität Jena, Institut für Geowissenschaften  
*Vertreter: Prof. Dr. Detlev Möller, BTU Cottbus, Lehrstuhl für Luftchemie und Luftreinhaltung*
- IVS: Prof. Dr. Wolfgang Nejd, Universität Hannover, Institut für Informationssysteme  
*Vertreter: Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Universität Konstanz, Lehrstuhl Informationswissenschaft.*

- (3) die fünf Sektionssprecher (bzw. deren Stellvertreter) sowie die Sprecherin des IVS der Leibniz-Gemeinschaft:

- Sektion A: Prof. Dr. Udo Wengst, Institut für Zeitgeschichte, München
- Sektion B: Prof. Dr. Bernhard Müller, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden
- Sektion C: Prof. Dr. Walter Rosenthal, Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie, Berlin
- Sektion D: Prof. Dr. Günther Tränkle, Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik, Berlin
- Sektion E: Prof. Dr. Jost Heintzenberg, Leibniz-Institut für Troposphärenforschung, Leipzig
- IVS: Sabine Brünger-Weilandt, Fachinformationszentrum Karlsruhe

- (4) ein Vertreter der European Science Foundation:

Prof. Dr. Kai Simons, Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie, Dresden

Ohne Stimmrecht:

- (5) die drei Vizepräsidenten sowie der Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft und der Leiter des Referats Evaluierung:

Prof. Dr. Eckard George, Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau, Großbeeren

Prof. Dr. Bernhard Müller, wiss. Vizepräsident, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden (*nimmt als Sprecher der Sektion B teil*)

Dr. Falk Fabich, Adm. Vizepräsident, Geschäftsführer des Forschungsverbundes Berlin

PD Dr. Michael Klein, Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft

Dr. Carsten Klein, Leiter Referat Evaluierung

- (6) je ein/e Vertreter/in der Geschäftsstellen von BLK, Wissenschaftsrat und DFG:

MinDirig Jürgen Schlegel, Generalsekretär der BLK

Dr. Wolfgang Rohe, Referatsleiter Forschung, Wissenschaftsrat

Dr. Beate Konze-Thomas, Abteilungsleiterin Programm-/Infrastrukturförderung, DFG

### **Auswahlverfahren 2007:**

Am 7. März 2006 trat der SAW in Bonn zusammen, um über die Anträge im Pakt-Verfahren 2007 zu beraten.

Dem SAW lagen insgesamt 63 Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen mit einem Gesamtvolumen von 49 Mio. Euro vor, von denen neun aus der Sektion A, 14 aus der Sektion B, 17 aus der Sektion C, 17 aus der Sektion D und 6 aus der Sektion E stammten.

Bezüglich der BLK-Pakt-Kriterien bezogen sich

- 9 Anträge auf die Förderlinie Qualitätssicherung/ Evaluierung,
- 9 auf risikoreiche Forschung,
- 34 auf Vernetzung,
- 7 auf die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchts,
- 3 auf Frauen in wissenschaftlichen Leitungspositionen sowie
- 1 auf die Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen.

Von diesen 63 Anträgen wurden 31 mit einem Finanzvolumen für die Gesamtlaufzeit von 20,7 Mio. Euro und für das Jahr 2007 7,8 Mio. Euro vom SAW als förderungswürdig bewertet und zur Förderung empfohlen. Davon stammen aus Sektion A fünf Anträge (16 % der genehmigten Anträge), sieben Anträge aus Sektion B (23 %), 13 Anträge aus Sektion C (42 %), fünf Anträge aus der Sektion D (16 %) und ein Antrag aus Sektion E (3 %).

Der Ausschuss Forschungsförderung der BLK hat dies am 3. Mai 2006 zustimmend zur Kenntnis genommen und der Bund-Länder-Kommission im Rahmen des Beschlusses über die Finanzierung der Leibniz-Einrichtungen im Haushaltsjahr 2007 die Zustimmung empfohlen; diese hat ihre Zustimmung am 23. Oktober 2006 erteilt.

### **Auswahlverfahren 2008:**

Am 22. Juni 2006 trat der SAW unter der Leitung von Vizepräsident Prof. George (IGZ) in Berlin erneut zusammen, um das Pakt-Verfahren 2007 zu diskutieren und auf der Grundlage der Vorarbeiten der AG Pakt/SAW Ablauf und Struktur des Pakt-Verfahrens 2008 festzulegen.

Antragsmodalitäten, Förderlinien sowie Begutachtung und Entscheidungsfindung des SAW wurden überarbeitet und der Zeitplan für das Verfahren 2008 bestimmt. Abgabefrist für die Anträge im Pakt-Verfahren 2008 war der 30. September 2006. Dem SAW liegen insgesamt 61 Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen im Gesamtvolumen von 44 Mio. Euro vor, von denen 10 aus Sektion A (8,1 Mio. Euro), 13 aus Sektion B (7,7 Mio. Euro), 16 aus Sektion C (10,3 Mio. Euro), 15 aus Sektion D (11,6 Mio. Euro) und sieben aus Sektion E (6,3 Mio. Euro) stammen.

Bezüglich der Förderlinien und BLK-Pakt-Kriterien bezogen sich

- 10 Anträge auf Qualitätssicherung/Evaluierung,
- 18 auf risikoreiche Forschung,
- 24 auf Vernetzung,
- 5 auf die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchts sowie
- Je 2 auf Frauen in wissenschaftlichen Leitungspositionen auf die Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen.

Die SAW-Auswahlsitzung findet am 13./14.02.2007 in Bonn statt. Der Senat beschließt über die Empfehlungen am 06.03.2007 und leitet diese dann der BLK zu.

Zur Umsetzung der Paktziele muss die Leibniz-Gemeinschaft der BLK bis zum Sommer 2007 einen schriftlichen Bericht vorlegen.

## SAW-Verfahren 2007, Auswertung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	Gesamt	%- Anteil an 2	Zuwendung 2006	%- Anteil an 4	gestellte Anträge	%- Anteil an 6	Beantragtes Finanzvolumen	%- Anteil an 8	Empfoh- lene Ant- räge	%- Anteil an 10	empfohlenes Finanzvolumen	%- Anteil an 12
Institute	84	100 %	757,2 Mio. €	100 %	63	100 %	48,99 Mio. €	100 %	31	100 %	20,68 Mio. €	100 %
Sektion A	14	17 %	70,47 Mio. €	9 %	9	14 %	6,38 Mio. €	13 %	5	16 %	3,73 Mio. €	18 %
Sektion B	17	20 %	110,20 Mio. €	15 %	14	22 %	8,63 Mio. €	18 %	7	23 %	4,63 Mio. €	22 %
Sektion C	21	25 %	228,24 Mio. €	30 %	17	27 %	11,87 Mio. €	24 %	13	42 %	8,92 Mio. €	43 %
Sektion D	23	27 %	260,86 Mio. €	34 %	17	27 %	17,15 Mio. €	35 %	5	16 %	2,97 Mio. €	14 %
Sektion E	9	11 %	87,42 Mio. €	12 %	6	10 %	4,94 Mio. €	10 %	1	3 %	0,405 Mio. €	2 %

<i>Service</i>	20	24 %	146,46 Mio. €	19 %	13	21 %	8,02 Mio. €	16 %	5	16 %	2,79 Mio. €	14 %
<i>Forschung</i>	64	76 %	610,74 Mio. €	81 %	50	79 %	40,95 Mio. €	84 %	26	84 %	17,88 Mio. €	86 %

Wirtschafts- forschungs. <sup>1</sup>	7	8 %	49,29 Mio. €	7 %	4	6 %	3,31 Mio. €	7 %	4	13 %	3,31 Mio. €	16 %
Museen	7	8 %	42,58 Mio. €	6 %	4	6 %	2,78 Mio. €	6 %	2	6 %	1,45 Mio. €	7 %
Bib/FIZ	6	7 %	44,58 Mio. €	6 %	4	8 %	2,83 Mio. €	6 %	1	3 %	0,280 Mio. €	1 %

Förderlinie 1- Qualitätssicherung / Evaluierung	9	14 %	5,17 Mio. €	11 %	4	13 %	1,74 Mio. €	8 %
Förderlinie 2 - Risikoreiche Forschung	9	14 %	6,68 Mio. €	14 %	5	16 %	3,06 Mio. €	15 %
Förderlinie 3 - Vernetzung	34	54 %	30,43 Mio. €	62 %	13	42 %	9,70 Mio. €	47 %
Förderlinie 4 - Nachwuchs	7	11 %	5,25 Mio. €	11 %	6	19 %	4,89 Mio. €	24 %
Förderlinie 5 - Frauen in wiss. Leitungspositionen	3	5 %	1,26 Mio. €	2 %	3	10 %	1,26 Mio. €	6 %
Förderlinie 6 - Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen	1	2 %	0,300 Mio. €	2 %	0	0 %	0 Mio. €	0 %

<sup>1</sup> Ohne ZBW Kiel



## 5.2. Exzellenzinitiative zur Förderung der Hochschulen

Mit der Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative sollen Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen. Für die Hochschulen stehen im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2011 insgesamt 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung; 75 % davon trägt der Bund.

Bei der Exzellenzinitiative geht es um drei projektorientierte Förderlinien:

- Graduiertenschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs bieten strukturierte Promotionsprogramme innerhalb eines exzellenten Forschungsumfeldes und eines breiten Wissenschaftsgebietes an. Etwa 40 Graduiertenschulen erhalten jeweils durchschnittlich eine Million Euro pro Jahr, insgesamt stehen für diesen Bereich jährlich 40 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit Exzellenzclustern sollen an den Universitäten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren. Für jedes dieser etwa 30 geförderten Cluster stehen pro Jahr durchschnittlich 6,5 Millionen Euro zur Verfügung, in Summe damit insgesamt 195 Millionen Euro pro Jahr.
- Mit der Förderung von „Zukunftskonzepten zum Ausbau universitärer Spitzenforschung“ soll das Forschungsprofil von bis zu zehn ausgewählten Universitäten weiter gestärkt werden. Voraussetzung ist, dass eine Hochschule mindestens ein Exzellenzcluster, eine Graduiertenschule sowie eine schlüssige Gesamtstrategie zu einem weltweit anerkannten „Leuchtturm der Wissenschaft“ vorweisen kann. Für diesen Bereich sind insgesamt 210 Millionen Euro pro Jahr eingeplant. Der Umfang jedes Fördervorhabens soll bei durchschnittlich 21 Millionen Euro liegen.

Folgende Leibniz-Einrichtungen waren an diesen Anträgen in der ersten Runde beteiligt:

- Graduiertenschulen (4):
  - 1) *Berlin Mathematical School* (TU Universität Berlin mit WIAS)
  - 2) *Dresden International Graduate School for Biomedicine and Bioengineering* (TU Dresden mit IPF)
  - 3) *Bremen International Graduate School for Marine Sciences – Global Change in the Marine Realm (GLOMAR)* (Universität Bremen mit DSM)
  - 4) *Empirical and Quantitative Methods in the Economic and Social Sciences* (Universität Mannheim mit ZEW und GESIS/ZUMA)
- Exzellenzcluster (15):
  - 1) *Governance in a Globalized World* (FU Berlin mit WZB)
  - 2) *Campus Adlershof - Materials in New Light* (HU Berlin mit BESSY, FBH, MBI, WIAS, IKZ)
  - 3) *Human-Centric Communication Cluster* (TU Berlin mit DIW, IHP, FBH)
  - 4) *Atomically Tailored Materials and Quantum Nanoprobes* (Universität Hamburg mit HPI)
  - 5) *Research Centre for Infectious Diseases - From Host-Pathogen Interactions to Clinical Applications* (Medizinische Hochschule Hannover mit HPI, BNI, HKI)
  - 6) *Inflammation at Interfaces* (Universität Kiel mit FZB)
  - 7) *The Future Ocean* (Universität Kiel mit IfM-Geomar, IfW)
  - 8) *Nanosystems Initiative Munich* (LMU München mit DM)
  - 9) *Interdisciplinary Center for Integrative Neuroscience* (Universität Tübingen mit IWM)
  - 10) *Ocean Margins* (Aufstockungsantrag) (Universität Bremen mit FIS)
  - 11) *Haeckel Zentrum für Funktionale Biodiversitätsforschung* (Universität Göttingen mit DPZ)

- 12) *Molecular Physiology of the Brain* (Aufstockungsantrag) (Universität Göttingen mit DPZ)
- 13) „*Innovation - Tracing Patterns of Competence, Competition and Governance*“ (LMU München mit ifo)
- 14) *Molecules and Cells in Tissue Regeneration* (Universität Leipzig mit IOM)
- 15) *From Cells to Tissues to Therapies* (TU Dresden mit IPF und FZR, Aufstockungsantrag des Centers for Regenerative Therapies Dresden (CRTD))

Somit befanden sich 25 Leibniz-Einrichtungen in 19 Anträgen im Wettbewerb im Rahmen der Exzellenzinitiative.

Am 13.10.2006 hat der Bewilligungsausschuss für die Exzellenzinitiative die Finanzierung von 18 Graduiertenschulen, 17 Exzellenzclustern und drei Zukunftskonzepten beschlossen. Für die Förderung der an insgesamt 22 Hochschulen angesiedelten Initiativen sind in dieser ersten Runde pro Jahr rund 175 Mio. Euro bewilligt worden. Mit Blick auf die Entscheidungen in der zweiten Runde werden 10 Prozent der für die Jahre 2009 bis 2011 bewilligten Mittel bis Oktober 2007 freigehalten.

Neun Leibniz-Einrichtungen (IFM-GEOMAR, IfW Kiel, DM, IPF, FZR, WIAS, DSM, ZEW, GESIS-ZUMA) sind an drei geförderten Exzellenzclustern und vier Graduiertenschulen beteiligt, darunter das IPF Dresden an einer Graduiertenschule und einem Exzellenzcluster. Bemerkenswert ist der Schwerpunkt im Nordosten. Fünf der sechs Anträge mit Leibniz-Beteiligung liegen im insgesamt deutlich unterrepräsentierten Nord- bzw. Ostdeutschland.

Die erfolgreichen Anträge mit Leibniz-Beteiligung im Einzelnen:

Exzellenzcluster:

- IFM-GEOMAR und IfW: The Future Ocean (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit Leibniz-Institut für Meereswissenschaften, Institut für Weltwirtschaft)
- Deutsches Museum: Nanosystems Initiative Munich (Ludwig-Maximilians-Universität München mit Deutsches Museum)
- IPF und FZR: From Cells to Tissues to Therapies (TU Dresden mit Leibniz-Institut für Polymerforschung und Forschungszentrum Rossendorf, Aufstockungsantrag des Centers for Regenerative Therapies Dresden (CRTD))

Graduiertenschulen:

- WIAS: Berlin Mathematical School (Technische Universität Berlin mit Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik)
- IPF: Dresden International Graduate School for Biomedicine and Bioengineering (Technische Universität Dresden mit Leibniz-Institut für Polymerforschung)
- DSM: Bremen International Graduate School for Marine Sciences – Global Change in the Marine Realm (GLOMAR) (Universität Bremen mit Deutsches Schiffahrtsmuseum)
- ZEW und GESIS-ZUMA: Empirical and Quantitative Methods in the Economic and Social Sciences (Universität Mannheim mit Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen)

### 5.3. DFG-Einwerbung

Im Jahr 2005 betrug die institutionelle Gesamtzuwendung an die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft 791,51 Mio. Euro. Die eingeworbenen Drittmittel betragen nach Angaben der Leibniz-Einrichtungen 225,72 Mio. Euro (2004: 229 Mio. Euro). Nach dem Bund als Projekt-

förderer (64,71 Mio. Euro; 2004: 66,9 Mio. Euro) waren die Industrie (49,25 Mio. Euro, 2004: 39,0 Mio. Euro), DFG (43,75 Mio. Euro; 2004: 36,8 Mio. Euro) und die EU (37,46 Mio. Euro, 2004: 29,7 Mio. Euro) weiterhin wichtige Drittmittelgeber.

In Mio. Euro	Sektion A	Sektion B	Sektion C	Sektion D	Sektion E	Gesamt
DFG	1,79	3,01	12,61	18,11	8,23	43,75
EU	0,57	7,53	7,04	10,81	11,51	37,46
Industrie	3,92	5,48	11,70	27,12	1,03	49,25
Bund	8,28	12,80	14,36	17,27	12,00	64,71
Länder	4,49	2,44	2,47	2,75	2,20	14,35
Stiftungen	1,56	3,68	4,83	1,35	1,80	13,22
Sonstige	0,43	0,05	0,71	0,15	1,64	2,98
Gesamt	21,04	34,99	53,72	77,56	38,41	225,72

Quelle: Datenabfrage 2006 der Leibniz-Geschäftsstelle (in T Euro).

### 5.3.1. DFG-Forschungsranking

Die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft haben ihre Drittmittel aus Fördergeldern der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in den Jahren 2002 bis 2004 im Vergleich zu den drei Jahren zuvor um etwa 25 Prozent steigern können. Aus dem jüngst veröffentlichten „Förderranking 2006“ der DFG geht hervor, dass die 84 Leibniz-Einrichtungen im zu Grunde liegenden Zeitraum Bewilligungen aus DFG-Mitteln in Höhe von 98 Millionen Euro erhielten. Das entspricht einem Anteil von 23,5 Prozent aller jener DFG-Fördermittel, die an nicht-universitäre Forschungseinrichtungen vergeben wurden. Im „Förderranking 2003“ für die Jahre 1999 bis 2001 hatte der eingeworbene Betrag noch 80 Millionen Euro bzw. 19,3 Prozent der Mittel für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen betragen.

In fast allen Fachrichtungen gehören Leibniz-Institute zu den führenden Forschungseinrichtungen in Deutschland. An die Spitze setzte sich das IFM-GEOMAR in Kiel, das von 2002 bis 2004 DFG-Bewilligungen in Höhe von 18,9 Millionen Euro einwarb; das sind fast sechs Millionen Euro mehr als die auf Rang zwei und drei folgenden Institute erreichten, das Max-Planck-Institut für Biochemie Martinsried (13,0 Mio. Euro) und das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg der Helmholtz-Gemeinschaft (12,9 Mio. Euro). Unter den 20 erfolgreichsten Instituten befinden sich fünf Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft.

Auf dem Gebiet der Sozial- und Verhaltenswissenschaften war das DIW Berlin mit 2,7 Mio. Euro das erfolgreichste Institut. Ebenfalls überdurchschnittlich erfolgreich waren das ZEW Mannheim (1,1 Mio. Euro), das IWM Tübingen (1,0 Mio. Euro), das IPN Kiel (1,0 Mio. Euro) sowie das IfA Dortmund (0,8 Mio. Euro).

Auch im Fachgebiet Tiermedizin, Agrar- und Forstwissenschaften ist mit dem FBN Dummerstorf mit Bewilligungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro ein Leibniz-Institut ganz vorne. Ebenfalls in der Spitzengruppe dabei ist das ZALF Müncheberg mit 0,8 Mio. Euro. Das IPF Dresden führt mit 3,0 Mio. Euro die Rangliste der im Fachbereich Chemie angesiedelten Forschungseinrichtungen an. Im Fachbereich Physik liegen mit dem IFW Dresden (3,4 Mio. Euro) und dem MBI Berlin (3,2 Mio. Euro) gleich zwei Leibniz-Institute ganz vorne beim Einwerben von Fördermitteln der DFG. Aus dem Fachbereich Geowissenschaften warb das IFM-GEOMAR mit 17,9 Mio. Euro die mit Abstand meisten Fördermittel ein. Besonders erfolgreich war außerdem das IfT Leipzig (2,5 Mio. Euro).

In drei Fachbereichen belegten Leibniz-Institute Platz zwei des jeweiligen Rankings: im Fachgebiet Medizin das FZB (5,1 Mio. Euro), im Fachbereich Mathematik das WIAS Berlin (2,4 Mio. Euro) sowie im Fachbereich Werkstoffwissenschaften das IFW Dresden (2,0 Mio. Euro).

Euro). Zusammen mit Geldern, die das IFW in weiteren Fachbereichen eingeworben hat, kommt das Institut auf insgesamt 6,1 Mio. Euro DFG-Mittel zwischen 2002 und 2004. Vorde-re Plätze für Leibniz-Einrichtungen gab es zudem im Fachbereich Geisteswissenschaften für das DM München (0,7 Mio. Euro) und im Fachbereich Wärme- und Verfahrenstechnik für das FZR (0,9 Mio. Euro).

Aus den Zuwendungsbeträgen der Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wurden 2005 insgesamt 10,2 Mio. Euro (2004: 9,6 Mio. Euro) an die DFG abgeführt.

Auf Antrag der Leibniz-Gemeinschaft hat die BLK am 28.10.2005 entschieden, dass die DFG-Abgabe von 2006 bis 2009 nochmals verlängert wird, wobei es den Forschungsmu-seen und Serviceeinrichtungen weiter freigestellt bleibt, die Abgabe zu leisten und am DFG-Verfahren teilzunehmen; die bisher freigestellten (aber antragsberechtigten) zehn lebenswis-senschaftlichen Einrichtungen in den neuen Ländern werden in einem Stufenverfahren (2007 und 2008 je 1 %; 2009 die Gesamtabgabe in Höhe von 2,5 %) die DFG-Abgabe künftig ent-richten müssen.

#### 5.4. Einnahmen aus Lizenzen, Patenten und Dienst-/Serviceleistungen

Zusätzlich zu den eingeworbenen Drittmitteln erwirtschafteten die Institute weitere Einnah-men aus Lizenzen und Patenten sowie aus Dienst- und Serviceleistungen.

	Sektion A	Sektion B	Sektion C	Sektion D	Sektion E	Gesamt
Lizenzen/ Patente	0,31	0,03	2,59	0,66	0	3,59
Dienst- /Serviceleistungen	1,87	2,21	7,45	22,20	2,52	36,25
Sonstige Einnah- men	13,16	4,06	7,38	20,47	2,97	48,04
gesamt	15,34	6,30	17,42	43,33	5,49	87,88

Quelle: Datenabfrage 2006 der Leibniz-Geschäftsstelle (in T Euro).

## 6. Evaluierung

(Siehe hierzu auch Teil B, Jahresbericht des Referates Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft).

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Leibniz-Gemeinschaft am 26. März 2001 wurde ein in erster Fassung vom Senat verabschiedetes Papier zur Siche-rung der Qualität der Forschung in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft von der Mitglie-derversammlung angenommen. Das Papier sah u. a. vor, dass die Wissenschaftlichen Beirä-te der Einrichtungen in Abständen von mindestens zwei Jahren ein Audit durchführen. Die Audit-Berichte sollen den Leitungen der Einrichtungen und deren Aufsichtsgremien vorgelegt und dem Senatsausschuss Evaluierung (SAE) zur Prüfung zugeleitet werden.

Der Ausschuss Forschungsförderung der BLK hat bei seiner Entscheidung, die Überprüfung der Fördervoraussetzungen der Leibniz-Institute auf eine Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft zu stützen und die Fördervoraussetzungen künftig nicht mehr in Abständen von mindestens fünf, sondern mindestens sieben Jahren zu überprüfen, dieses Papier zur Kenntnis genommen und begrüßt.

Nachdem inzwischen mehr als die Hälfte der Einrichtungen evaluiert worden sind, hat die Praxis gezeigt, dass diese Regelung zweierlei Probleme mit sich bringt: Zum einen konnten weder der SAE noch das Referat Evaluierung aufgrund des zu großen Arbeitsaufwandes

zusätzlich ca. 40 Audit-Berichte im Jahr prüfen. Zum anderen gab es inzwischen vermehrt Klagen seitens einiger Beiratsmitglieder, dass sie die Beratungstätigkeit bedingt durch den kurzen Turnus der Audits und die damit verbundene zeitliche Belastung nicht mehr im wünschenswerten Umfang durchführen können.

Aus diesem Grund strebt das Präsidium eine Vereinfachung der Audit-Berichte an. Zum einen wurde nach Diskussion im SAE und in Absprache zwischen Geschäftsstelle und Referat Evaluierung eine Standardvorlage für ca. 3-seitige Audit-Berichte entworfen. Auf diese Weise wird der Berichtsaufwand drastisch reduziert. Zum anderen wird angestrebt, den Zeitraum zwischen den Audits zu verlängern.

Diese Änderungen bedürfen der Zustimmung des Senates und insbesondere auch der Kenntnisnahme der BLK.

## **7. Nachwuchsförderung und Chancengleichheit**

### **7.1. Leibniz-DAAD-Stipendium**

Anfang 2002 wurde das Leibniz-DAAD-Stipendienprogramm mit dem Ziel der Förderung der internationalen akademischen Beziehungen ins Leben gerufen. Ausländische Nachwuchseliten sollen für einen Forschungsaufenthalt in Deutschland und als „Partner und Freunde“ gewonnen werden. Leibniz-Institute können mithilfe des Programms die weltweiten Kontakte und die erfahrenen Gutachter des DAAD nutzen. Der DAAD übernimmt die anliegenden Visa- und Verwaltungsangelegenheiten und die wissenschaftliche Vorauswahl. Die Institute der Leibniz-Gemeinschaft schreiben die Stellenprofile aus und treffen die Endauswahl unter den besten Bewerbern. Insgesamt 16 Stipendiaten werden derzeit in diesem Programm gefördert. Von September bis Dezember 2006 läuft die fünfte Ausschreibungsrunde des Stipendienprogramms, in der neun weitere Stipendien von den Leibniz-Instituten angeboten werden.

### **7.2. Nachwuchspreis**

Die Leibniz-Gemeinschaft vergibt in 2006 zum letzten Mal nur einen Preis für eine herausragende Promotion an einer Leibniz-Einrichtung. Alle Sektionen haben hierfür jeweils herausragende Kandidaten benannt. Die Verleihung und öffentliche Bekanntmachung erfolgt im Rahmen des Festaktes der Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft am 23.11.2006.

Ab 2007 wird auf Beschluss des Präsidiums je ein Nachwuchspreis in den Kategorien „Geistes- und Sozialwissenschaften“ sowie „Natur- und Technikwissenschaften“ vergeben. Die Auswahl erfolgt durch eine Jury unter Vorsitz des langjährigen Leibniz-Senators Prof. Joachim Treusch, die auch den vom Stifterverband finanzierten Wissenschaftspreis „Gesellschaft braucht Wissenschaft“ vergibt.

Bisherige Preisträger des Nachwuchspreises:

- 2005: Dr. Anneke Funk, Heinrich-Pette-Institut für experimentelle Immunologie und Virologie, Hamburg (Sektion C): *„Identifizierung und funktionelle Modulation essenzieller zellulärer Komponenten für die Propagation von Hepatitis-B-Viren“*
- 2004: Dr. Robert Arlinghaus, Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Berlin (Sektion E): *„A human dimensions approach towards sustainable recreational fisheries management“*
- 2003: Dr. Michael Fertig, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (Sektion B): *„Germany as an Immigration Country – Empirical Evidence“*

- 2002: Dr. Dietmar Süß, Institut für Zeitgeschichte München (Sektion A): *„Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 – 1976“*
- 2001: Dr. Richard Kopold, Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie, Berlin (Sektion D): *„Atomare Ionisationsdynamik in starken Laserfeldern“*
- 2000: Dr. Dr. Holger Boche, Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik, Berlin (Sektion D): *„Untersuchungen zur Approximation im Komplexen“*
- 1999: Dr. Andreas Gröhn, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Sektion B): *„Netzwerkeffekte und Wettbewerbspolitik: eine ökonomische Analyse des Software-Marktes“*
- 1998: Dr. Thorsten Wieprecht, Forschungsinstitut für die Molekulare Pharmakologie, Berlin (Sektion C): *„Der Einfluss struktureller Parameter auf die Membranaktivität antibakterieller Magainin-analoger Peptide“*
- 1997: Dr. Anett Vahle, Forschungszentrum Rossendorf (Sektion D): *„Hochtemperaturgaschromatographie mit Spuren Mengen der Homologen des Elements 106 im O<sub>2</sub>-H<sub>2</sub>O(g)/SiO<sub>2</sub>(s)-System“*

### 7.3. Kooperation mit der German Scholars Organization und GAIN

Seit Anfang 2004 kooperiert die Leibniz-Gemeinschaft mit der German Scholars Organization (GSO), einer gemeinnützigen Organisation für deutsche Nachwuchswissenschaftler aller Fachrichtungen, die außerhalb Deutschlands tätig sind. Ziel der GSO ist es, eine Plattform für Kontakte zwischen den Nachwuchswissenschaftlern anzubieten, Informationen über wichtige Entwicklungen in Deutschland weiterzugeben, interessierten Firmen und Forschungseinrichtungen, die entsprechende Stellen anzubieten haben, gezielten Zugang zu Nachwuchswissenschaftlern zu ermöglichen und umgekehrt, den Nachwuchswissenschaftlern Zugang zu diesen Institutionen zu eröffnen.

In Zusammenarbeit mit der GSO wurde im September 2006 in Boston (USA) die GAIN-Jahrestagung der deutschen Wissenschaftsorganisationen AvH, DAAD, DFG organisiert. GAIN (German Academic International Network) ist ein im Jahr 2003 gegründetes Netzwerk mit dem Aufgabenschwerpunkt der Verbesserung der transatlantischen Kooperationen sowie der Eröffnung attraktiver Rückkehrmöglichkeiten für deutsche Nachwuchswissenschaftler in Nordamerika. Die bevorzugte Zielregion deutscher Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden und Postdocs) stellen mit großem Abstand die USA dar. Zurzeit sind über 5.000 promovierte deutsche Wissenschaftler vorübergehend oder dauerhaft in US-amerikanischen Instituten und Forschungseinrichtungen beschäftigt. Die Jahrestagung dient als Informationsangebot zur aktuellen Entwicklung im Bereich der Hochschul- und außeruniversitären Forschung in Deutschland und bietet den Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit, sich über aktuelle Trends der Wissenschaftspolitik sowie Programme der Förderorganisationen, Ausschreibungen und Konferenzankündigungen zu informieren.

Im Rahmen dieser Jahrestagung hatte Prof. Rietschel die Gelegenheit, die Leibniz-Gemeinschaft als eine der außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorzustellen. In einem weiteren Vortragspanel zur Entwicklung des europäischen Forschungsraums konnte Prof. Rietschel u. a. über die Eröffnung des von der Leibniz-Gemeinschaft eingerichteten Brüssel-Büros berichten.

### 7.4. Chancengleichheit

Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt und fördert die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Sie folgt den „Rahmenempfehlungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Leibniz-Gemeinschaft“.

Der Anteil von Frauen im wissenschaftlichen Bereich ist in Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft seit 1999 von 27 % auf heute knapp 32 % angestiegen. Dies ist im Vergleich mit anderen außeruniversitären Einrichtungen überdurchschnittlich. Dennoch bemüht sich die Leibniz-Gemeinschaft auch weiterhin aktiv, vermehrt Wissenschaftlerinnen, vor allem für Leitungspositionen, zu gewinnen. Dies insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal, wie auch in anderen Forschungsorganisationen und an den Universitäten, mit steigender Statuszugehörigkeit abfällt. Während 6 % der wissenschaftlichen Institutsleitungen von Frauen besetzt sind, sind es 13 % bei den Abteilungsleitungen. Mit der Förderlinie „Chancengleichheit“ im „Pakt für Forschung und Innovation“ hat die Leibniz-Gemeinschaft daher die Möglichkeit geschaffen, nach positiver Begutachtung Forschungsgruppen unter der Leitung von Wissenschaftlerinnen einzurichten.

Des Weiteren engagiert sich die Leibniz-Gemeinschaft erfolgreich für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und hier speziell für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen: knapp die Hälfte (48 %) der Promovierenden innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft sind weiblich; auf der Stufe der Postdoktoranden beträgt der Frauenanteil 35 %.

Für das am 05.12.2001 in Kraft getretene Bundesgleichstellungsgesetz haben Bund und Länder eine Ausführungsvereinbarung (AVGlei) formuliert, die seit dem 28.11.2003 offiziell in Kraft getreten und für die Leibniz-Einrichtungen bindend ist. In einer Umfrage der Geschäftsstelle zu Beginn des Jahres 2006 zur Umsetzung der AVGlei wurde festgestellt, dass rund 83 % der Institute die geforderten Maßnahmen umgesetzt haben. Die restlichen Institute sind zurzeit dabei, die AVGlei für ihre Einrichtungen anzuwenden.

Um die Bedeutung von Chancengleichheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Einrichtungen zu unterstreichen, veranstaltet die Leibniz-Gemeinschaft jährlich einen allen Interessierten offen stehenden Workshop. Dieser wird von der Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Chancengleichheit organisiert. Dem Arbeitskreis gehören alle Gleichstellungsbeauftragten der Leibniz-Einrichtungen an.

Der 10-köpfige Sprecherinnenrat, dem je zwei Vertreterinnen pro Sektion angehören, wurde neu gewählt. Der vom 9. bis 10. März 2006 ausgerichtete Workshop hatte zum Ziel, Vorschläge zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft zu erarbeiten. Mehr als 50 Gleichstellungsbeauftragte diskutierten anschließend u. a. über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Karrierechancen von Frauen, die Entwicklung von Chancengleichheitspolitik, Evaluation und Mobbing. Die Ergebnisse gehen in den „Leitfaden für Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft“ ein.

## **8. Europäische Forschungsförderung**

### **8.1. Brüssel-Büro**

Im Juni 2006 hat das Brüssel-Büro der Leibniz-Gemeinschaft unter Leitung von Dr. Häckel seine Arbeit aufgenommen. Als weitere Mitarbeiter des Büros konnten Jan-Stefan Fritz Ph.D. als wissenschaftlicher Referent (zuvor HGF-Büro Brüssel) und Frau Martinez (zuvor EU-Parlament) als Assistentin gewonnen werden.

Am 20. Juni organisierte das Büro eine Eröffnungsfeier mit rund 25 deutschen Partnern aus dem Brüsseler Umfeld. Dr. Peter Dröll, Kabinettschef von EU-Forschungskommissar Potocnik, hielt dabei das Grußwort.

Neben dem seit 2004 bestehenden Arbeitskreis Europa der EU-Referenten hat sich zusätzlich auf Initiative des Präsidenten der Lenkungskreis Europa auf Ebene der Institutsleitungen konstituiert. Sprecher des Lenkungskreises ist Prof. Rosenthal (FMP). Weitere Mitglieder sind Vizepräsident Prof. Müller (IÖR), Prof. Wagner (SOEP/DIW Berlin), Prof. Tränkle (FBH), Prof. Sandner (MBI), Prof. Wiggering (ZALF) und Frau Dr. Georgi (IFW).

Der Lenkungskreis tagt teilnehmeroffen je nach Bedarf zwei bis vier Mal jährlich. Er ist vor allem auf forschungspolitischer Ebene richtungsgebend verantwortlich und unterscheidet sich darin vom Arbeitskreis Europa der EU-Referenten. Der Lenkungskreis sieht sich als Informations- und Kompetenzknotenpunkt zwischen den Instituten, Präsidium und der Geschäftsstelle bzw. dem Brüssel-Büro; punktuell auch zu externen Partnern (BMBF, Kommission etc.). Generell laufen alle relevanten Informationen zur EU-Forschung beim Lenkungskreis zusammen. Der Lenkungskreis kann Initiativen einzelner Institute aufgreifen, kanalisieren und ggf. auf Verbandsebene unterstützen.

Dem Lenkungskreis obliegt die strategische Ausrichtung des Brüssel-Büros, weshalb auf der konstituierenden Sitzung des Lenkungskreises am 24. Februar 2006 z. B. auch Personalentscheidungen vorbereitet wurden. Die Mission des Brüssel-Büros hat der Lenkungskreis auf Basis der Diskussion der Mitgliederversammlung 2005 geschärft. Das Büro vertritt so die gemeinsamen Interessen aller 84 Mitgliedsinstitute in Brüssel und sorgt so einerseits für eine stärkere Sichtbarkeit der Leibniz-Gemeinschaft insgesamt und befördert andererseits die Einzelinteressen der Institute im europäischen Kontext. Demnach trägt das Brüssel-Büro dazu bei, dass die Leibniz-Einrichtungen

- leichteren Zugang zu europäischen Förderprogrammen erhalten („Steigerung der Antragsfähigkeit“),
- größere Chancen im Wettbewerb haben und
- ihre forschungspolitischen Positionen berücksichtigt werden.

Das Büro kooperiert in übergreifenden Fragen eng mit anderen Wissenschaftsorganisationen und wirkt nach innen und außen als (physische) Anlaufstelle für alle europäischen Fragen. Schließlich unterstützt das Büro den Meinungsbildungsprozess zu forschungspolitischen Fragen mit EU-Bezug.

Das Brüssel-Büro macht den Leibniz-Einrichtungen folgende Angebote:

- Austausch mit den Leibniz-Instituten in internen Gremien; Netzwerkbildung
- Unterstützung bei der Formulierung und Verfolgung institutsübergreifender Interessen sowie deren Transport durch Repräsentanten der Leibniz-Gemeinschaft
- Vorbereitung forschungspolitischer Stellungnahmen der Leibniz-Gemeinschaft und deren Abstimmung mit europäischen und nationalen Partnern
- Vermittlung von Kontakten zwischen Leibniz-Vertretern und den europäischen Institutionen auf allen Ebenen, den Schwerpunkt dabei bilden die Fachreferenten in der EU-Kommission ("Türöffnerfunktion")
- Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen inkl. der Bereithaltung entsprechender Infrastruktur in Brüssel
- Bereitstellung von Gastarbeitsplätzen und Integration von EU-Referenten aus den Einrichtungen

Die Verknüpfung des Lenkungskreises Europa (Leitungsebene) mit dem Arbeitskreis Europa (Referentenebene) sowie anderen Arbeitskreisen (z. B. Arbeitskreis Recht oder Verwaltungsausschuss) der Leibniz-Gemeinschaft soll durch kooptierte Mitglieder sichergestellt werden. Auf diese Weise kann die dezentral vorhandene Kompetenz auf verschiedenen Verantwortlichkeitsebenen fokussiert und organisationsweit fruchtbar eingesetzt werden.

Sichtbarer Ausdruck dessen ist die Initiative des AK Europa, ein Leibniz-weites Expertenetzwerk zu etablieren, welches detaillierte Hilfestellung für viele Aspekte des EU-Projektmanagements geben kann. Das Netzwerk soll helfen, spezifische Fragen aus der Leibniz-Gemeinschaft entweder organisationsintern zeitnah zu beantworten oder externe Kompetenz zu identifizieren.

Neben der prinzipiell Leibniz-weit angelegten Strukturierung verspricht die themenspezifische Gruppierung der Leibniz-Institute mit Blick auf die europäischen Interessen besondere Erfolgsaussichten. Dazu gehört u. a. die Ausrichtung der Konferenz zur Nachhaltigkeitsforschung, deren Vorbereitung maßgeblich in der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit der Leibniz-



Gemeinschaft geleistet wird. Dort trifft sich sektionsübergreifend die wissenschaftliche Expertise, um gemeinsam im Sinne der Leibniz-Gemeinschaft zu wirken und die Ausrichtung der Konferenz auf die vorhandene Kompetenz der Institute (Umwelt, Ökonomie, Raumplanung etc.) aufzubauen.

Entsprechende Rahmenbedingungen setzt sich auch die Arbeitsgruppe Agrarforschung, die in ihrer gebündelten Kompetenz ein nationales Alleinstellungsmerkmal besitzt.

Im Berichtszeitraum hat der Präsident zahlreiche Gespräche in Brüssel zu europäischen Forschungsfragen geführt, die jeweils von der Geschäftsstelle bzw. dem Brüssel-Büro vorbereitet wurden. Präsident Prof. Rietschel traf mit Forschungskommissar Janez Potocnik und mehrmals mit dessen Kabinettschef Dr. Peter Dröll zusammen. Weitere Gesprächspartner waren z. B. die EU-Direktoren Dr. Christian Paternmann und Dr. Richard Escritt, der ehemalige Forschungskommissar und jetzige EU-Parlamentarier Phillippe Busquin (Parl. Berichterstatter zu den Beteiligungsregeln), der EU-Parlamentarier Dr. Jorgo Chatzimarkakis (Parl. Berichterstatter für das Innovationsprogramm der Generaldirektion Industrie), der Generaldirektor der Generaldirektion Forschung, J. M. Silva Rodríguez, der Generaldirektor der Gemeinsamen Forschungsstelle Prof. Dr. Roland Schenkel, der neue Direktor des European Research Council Dr. Jack Metthey, der Vorsitzende des European Research Advisory Board, Dr. Horst Soboll, sowie Margaritis Schinas, Kabinettschef des Kommissars für Gesundheit Markos Kyprianou.

Neben der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Begleitung präsidialer Gespräche konnte das Brüssel-Büro in den Monaten Juni bis Ende September knapp 100 individuelle Termine mit Brüsseler Partnern wie z. B. EU-Kommission, Europäisches Parlament, nationalen EU-Vertretungen oder anderen Wissenschaftsorganisationen wahrnehmen.

Im Januar 2006 lud die Leibniz-Gemeinschaft ausgewählte EU-Parlamentarier und wissenschaftliche Mitarbeiter zu einem informellen Arbeitessen in Brüssel ein. Die Leibniz-Gemeinschaft vertraten Präsident Prof. Rietschel, Vizepräsident Prof. Müller, Prof. Sandner (MBI) und Prof. Herzig (IFM-GEOMAR) sowie Mitglieder der Geschäftsstelle. Gesprächsthemen waren die Ausgestaltung des 7. Forschungsrahmenprogramms und der European Research Council. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Parlament und der zuständige Forschungsausschuss dies erstmalig für eine intensive Aussprache auf der Agenda. Differenziert aufgenommen wurde der Bericht des EU-Abgeordneten und ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek, der einen ersten Entwurf für die Position des Parlaments entwarf. Besonders am Herzen lag den Leibniz-Vertretern, dass die im Buzek-Bericht vorgeschlagene Berücksichtigung der „Kosteneffizienz“ bei der Bewilligung von Forschungsprojekten keine Rolle spielt, sondern allein die wissenschaftliche Exzellenz entscheidet. Diese Auffassung teilten auch die deutschen Parlamentarier. Wichtiger Punkt war auch, dass in der EU-Förderung keine künstliche Trennung in Grundlagenforschung und Anwendung aufgebaut wird. Insbesondere die Rolle der Geisteswissenschaften ist noch lange nicht ausgeschöpft, wenn sich die EU nicht mehr als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch als Kultur- und Wertegemeinschaft begreifen will. Darüber hinaus diskutierte die Runde die Idee des European Institute of Technology, die Charta für Forscher und den ersten Entwurf der Beteiligungsregeln zum 7. Rahmenprogramm.

Schließlich steht das Brüssel-Büro allen Leibniz-Einrichtungen für interne Fragestellungen offen. Zwischen Juni und Ende September 2006 haben sich rund 50 Institute mit konkreten Fragen an das Brüssel-Büro gewandt; das abgefragte Leistungsspektrum war sehr breit und reichte von eher organisatorischer Unterstützung wie z. B. der Vermittlung geeigneter Hotels oder Veranstaltungsräume über die inhaltliche Beratung, beispielsweise zur konkreten Projektanbahnung oder Einbringung individueller Interessen in das 7. Rahmenprogramm, bis hin zu allgemeinen Informationen zu grundlegenden forschungspolitischen EU-Aspekten oder den Förderstrukturen. Allerdings wurden auch sehr spezifische, projektbezogene Problemlösungen nachgefragt. Die Vermittlung geeigneter Ansprechpartner aus der europäischen und ggf. nationalen Szenerie gehörte ebenso zur Leistung des Brüssel-Büros wie die möglichst frühzeitige Weitergabe förderrelevanter Informationen. Dabei sollte die Duplizierung in Deutschland bereits vorhandener Leistungsangebote bei mindestens gleich einzuschätzen-

der Qualität weitestgehend vermieden werden, sodass ggf. z. B. auf die Angebote der Nationalen Kontaktstellen oder der KoWi verwiesen wurde.

Im Zuge einer Kooperation der Brüsseler Büros der Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft werden auch Leibniz-Wissenschaftler zu einer Informationsveranstaltung zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm eingeladen, welche die MPG am 19./20. November 2006 im Berliner Harnack-Haus organisiert. Teil der Veranstaltung für potenzielle Antragsteller sind fünf Workshops zu den thematischen Programmen, die von Vertretern der Europäischen Kommission und der Nationalen Kontaktstellen moderiert werden.

Die Sektion E hat beschlossen, eine eigene Sektionsvertretung auf Referentenebene in das Brüsseler Büro zu entsenden. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist für Anfang 2007 vorgesehen.

Weitere Informationen zum Thema Europa im Anhang zum vorliegenden Jahresbericht.

## **9. Internationales**

Die Geschäftsstelle vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in verschiedenen Gremien zu internationalen Fragen beim BMBF und den anderen Wissenschaftsorganisationen. Besonders beim Thema „Standortmarketing für den Forschungsstandort Deutschland“ ist die Geschäftsstelle in den entsprechenden Gremien beim BMBF und DAAD engagiert.

### **9.1. Forschungsmarketing Südkorea**

Im Rahmen der BMBF-Initiative zum Forschungsmarketing „Deutschland und Korea: Partner in Forschung und Entwicklung“ beteiligen sich einzelne Leibniz-Einrichtungen und die Leibniz-Gemeinschaft selbst an der Auftaktveranstaltung am 1. November 2006 in Seoul; die Finanzierung wurde über einen vom DLR bewilligten Projektantrag der Geschäftsstelle sichergestellt. Im Beisein von Bundesministerin Dr. Schavan stellen dort Verbände und Einrichtungen deutscher Wissenschaftsorganisationen ihre Forschungsaktivitäten vor. Ziel ist die Initiierung und Anbahnung von Kontakten zu koreanischen Partnern. Institute der Leibniz-Gemeinschaft beteiligen sich an Sitzungen zu Lebenswissenschaften, Mikrosystemtechnologie und Meereswissenschaften. Auf Leibniz-Seite sind mit Unterstützung der Geschäftsstelle die Sprecher der Sektionen C und D, Prof. Rosenthal (FMP) und Prof. Tränkle (FBH), sowie Prof. Herzig (IFM-GEOMAR) mit eigenen Vorträgen vertreten.

### **9.2. Japan**

Die Zusammenarbeit mit dem japanischen Technologiezentrum Research Center for Advanced Science and Technology (RCAST) an der Universität Tokyo ist seitens einer deutschen Delegation unter der Leitung des BMBF durch einen Besuch einer Delegation im März vertieft worden. Darüber hinaus wird Präsident Prof. Rietschel Bundesministerin Dr. Schavan auf ihrer Reise Ende Oktober nach Japan begleiten.

### **9.3. Neuseeland-Australien**

Anfang März haben einige Wissenschaftler aus Leibniz-Instituten, unter anderem Dr. Turkey (FIS), Prof. Lampe (ZFMK) und Prof. Graner (IPK), zusammen mit Frau Dr. Binder aus der Geschäftsstelle Australien und Neuseeland im Rahmen einer Delegation des BMBF bereist. Auch diese Reise wurde durch Projektgelder des BMBF finanziert. In Neuseeland wurden zum Thema Nanotechnologie neue Kontakte geknüpft. Ferner wurden Anregungen zu einem Workshop zum Thema ‚Informationsmanagement in den Biowissenschaften‘ im Februar

2007 in Deutschland gesammelt. Diese Veranstaltung wird nun auf Bitten des BMBF von der Leibniz Gemeinschaft Anfang 2007 organisiert werden. In Australien haben die schon bestehenden, guten Forschungsk Kooperationen vertieft werden können.

#### **9.4. China**

Die geplante Koordinierungsstelle für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Biotechnologie wurde nicht eingerichtet. Auf der Sitzung zum WTZ-Abkommen mit China präsentierte sich die Leibniz-Gemeinschaft aber zum Thema Nachwuchsförderung.

#### **9.5. Weitere Aktivitäten**

In Zusammenarbeit mit der German Scholar Organization (GSO) wurde im September 2006 in Boston (USA) die GAIN-Jahrestagung der deutschen Wissenschaftsorganisationen AvH, DAAD und DFG organisiert (vgl. Kap. 7.3., Seite 22).

Auch im Berichtsjahr besuchten die Wissenschaftsattachés der ausländischen Botschaften in Berlin erneut verschiedene Forschungseinrichtungen. Die von der Geschäftsstelle im Auftrag des BMBF organisierte Exkursion für die ausländischen Wissenschaftsattachés führte in diesem Jahr nach Schleswig-Holstein. Dabei wurden vier Leibniz-Einrichtungen (IPN, IfW, IFM-GEOMAR, FZB) und ein Fraunhofer Institut (ISIT) besucht.

### **10. Sektionen, IVS und Verwaltungsausschuss**

#### **10.1. Sektionen**

In den Sektionssitzungen wurden neben dem fachlichen Austausch insbesondere Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung sowie der damit verbundenen „Verbandspolitik“ diskutiert. Im Berichtszeitraum haben alle fünf Sektionen jeweils zwei Sitzungen abgehalten (Sektion A: 4./5. Mai und 9. Oktober; Sektion B: 25. April und 15. September; Sektion C: 27. März und 1. September; Sektion D: 5. Mai und 25. Oktober; Sektion E: 12. Mai und 17. Oktober).

Auf den Sektionssitzungen wurden unter anderem folgende Themen diskutiert:

- Pakt für Forschung und Innovation, Verfahren und Umsetzung
- Föderalismusreform
- EU-Forschungsförderung und europäischer Forschungsraum
- Strategische Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft sowie Haushalt
- Probleme im Zusammenhang mit der Umstellung von BAT auf TVöD
- Evaluierung
- Aktivitäten zum Jahr der Geisteswissenschaften (Sektion A)

#### **10.2. Interdisziplinärer Verbund Serviceeinrichtungen (IVS)**

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen des IVS statt. Auf der 23. Sitzung am 24.11.2005 in Bonn diskutierte der Verbund vor allem über die Frage, wie das Verhältnis von Forschung und Service in der Leibniz-Gemeinschaft zu bestimmen sei und wie sich der IVS in dieser Diskussion positionieren sollte. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Klärung ist die Überarbeitung der Evaluierungskriterien, die den Besonderheiten der Service-Einrichtungen besser Rechnung tragen sollen. Die Arbeit der AG Forschung und Service, die sich unter anderem mit dieser Überarbeitung der Evaluierungskriterien befasst, war Gegenstand der

24. Sitzung am 12.06.2006 in Köln. Zudem wurden Vorschläge entwickelt, die dem SAW zur Verbesserung des Pakt-Verfahrens übermittelt wurden.

Ansprechpartner/in: Sabine Brünger-Weilandt (FIZ Karlsruhe)  
Robert Steegers (Geschäftsstelle)

### 10.3. Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss der Leibniz-Gemeinschaft dient dem Erfahrungsaustausch in administrativen Angelegenheiten der Mitgliedseinrichtungen sowie der Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen an das Präsidium und die Mitgliederversammlung. Er berät den Wirtschaftsplanentwurf der Geschäftsstelle und gibt eine Empfehlung ab. Der Verwaltungsausschuss bildet spezielle Arbeitskreise, um Fragestellungen zu kaufmännischen, administrativen, rechtlichen und finanztechnischen Themen zu bearbeiten. Er entsendet einen Sprecher in das Präsidium, schlägt der Mitgliederversammlung Kandidaten für die Ämter des Administrativen Vizepräsidenten und der Rechnungsprüfer vor.

Im Berichtszeitraum haben zwei Sitzungen stattgefunden. Im Rahmen der Jahrestagung 2005 am 24. November 2005 wurden in Bonn u. a. folgende Themen behandelt: „Überleitung vom BAT in das neue Tarifsysteem (TVöD)“, „Projektmanagement inkl. Zeiterfassung am Beispiel des DIW“ und „Leibniz-Trainee-Exchange-Programm des IFW“.

Die Frühjahrssitzung 2006 fand vom 27. bis 28. April 2006 auf Einladung der Nordost Institute der Leibniz-Gemeinschaft (IOW, IAP, INP, FBN, LIKAT) in Warnemünde statt. Zu den Themen „W-Besoldung“, „Risikomanagement“, „Vernetzung von Verwaltungseinheiten“ sowie „Leistungsentgelt nach dem TVöD“ konnten neben den Mitgliedern des VA weitere qualifizierte Referenten gewonnen werden.

Ansprechpartner/in: Ass. iur. Michael Lankeit (DPZ Göttingen)  
RA'in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle)

## 11. Wissenschaftliche Verbände

### 11.1. Raumwissenschaftliches Netzwerk

Die vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, nämlich

- die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover,
- das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden,
- das Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig, sowie
- das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner

bilden ein leistungsfähiges und einzigartiges Netzwerk raumbezogener Forschung in Deutschland mit dem Ziel, eine wirksame Steuerung und Planung räumlicher Entwicklungen zu fördern sowie Empfehlungen für eine sozial- und umweltgerechte räumliche Entwicklung auszusprechen. Die Einrichtungen untersuchen gesellschaftliche und physische Strukturen und Prozesse auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Ihre Arbeiten bilden die Voraussetzung für die anwendungsorientierte Erarbeitung von Konzepten und Handlungsvorschlägen sowie für Politikberatung. Die Untersuchungsräume sind vorrangig der deutsche Raum, die Europäische Union sowie der mittel-, ost- und südosteuropäische Raum. Das Ziel ist, eine wirksame Steuerung und Planung räumlicher Entwicklungen zu fördern sowie Empfehlungen für eine sozial- und umweltgerechte Entwicklung auszusprechen. Gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden bearbeiten die vier raumwissenschaftlichen Institute seit Februar 2006 unter der Leitung des IÖR das über den „Pakt für Forschung und Innovation“ geförderte Vorhaben „Demographischer Wandel – Komplexität als Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung“.

Ansprechpartner: Gregor Prinzensing (IRS Erkner)

## 11.2. Materialforschungsverbund Dresden

Der Materialforschungsverbund Dresden (MFD) bündelt die materialwissenschaftliche Kompetenz der Dresdner Forschungseinrichtungen. Neben vier Fraunhofer-Instituten, einem Max-Planck-Institut, einem Wirtschaftsunternehmen sowie zehn Instituten der TU Dresden sind folgende Leibniz-Einrichtungen an dem Verbund beteiligt:

- Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung, Dresden;
- Leibniz-Institut für Polymerforschung, Dresden;
- Forschungszentrum Rossendorf, Dresden.

Das Forschungsspektrum der Mitglieder umfasst nahezu alle Materialklassen von Metallen über Polymere bis hin zu Keramik und Verbundwerkstoffen. Gearbeitet wird unter anderem an biokompatiblen Schichten oder neuen Anwendungsmöglichkeiten der Supraleitung. Moderne Oberflächen-, Schicht- und Leichtbautechnologien kommen zum Einsatz. Dabei werden nicht nur Grundlagen erforscht, sondern Entwicklungen häufig bis zum prototypischen Bauteil vorangetrieben. Der MFD fördert die Zusammenarbeit der Institute in Verbundprojekten, bei Großinvestitionen sowie beim Transfer der Ergebnisse in die Praxis. Er unterstützt Bemühungen der Mitglieder um den wissenschaftlichen Nachwuchs und informiert die Öffentlichkeit über herausragende Vorhaben und Ergebnisse der Dresdner Materialforschung. Auch in diesem Jahr organisierte der MFD eine Transfermesse, den 5. Dresdener Materialforschungstag am 11. November 2005, unter dem Thema ‚Werkstoffprüfung - Technologien für die industrielle Qualitätssicherung‘ und eine Ringvorlesung im Studium Generale der TU Dresden zum Thema Materialforschung.

Ansprechpartnerin: Dr. Kerstin Dittes, Geschäftsführung (dittes@mfd-dresden.de)  
Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Helmut Eschrig (IFW Dresden)

## 11.3. Netzwerk Nanotechnologie

Sektion D hat auf seiner Sitzung vom 5. Mai 2006 beschlossen, ein Netzwerk zum Thema Nanotechnologie zu gründen. Ziel des Netzwerkes ist der Informationsaustausch und die Koordination gemeinsamer Aktivitäten innerhalb der Sektion sowie die Kontaktaufnahme zu externen Einrichtungen und Unternehmen in allen Bereichen, die das Thema Nanotechnologie betreffen. Seitens der Leibniz-Gemeinschaft sind nachfolgend aufgeführten Einrichtungen in dem Netzwerk zusammengeschlossen:

- Leibniz-Institut für Neue Materialien, Saarbrücken
- ISAS - Institute for Analytical Sciences, Dortmund
- Institut für innovative Mikroelektronik, Frankfurt (Oder)
- Forschungszentrum Rossendorf, Dresden
- Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik, Greifswald
- Institut für Kristallzüchtung, Berlin
- Fachinformationszentrum Karlsruhe

Ansprechpartner: Dr. Martin Schubert (INM; email: Martin.Schubert@inm-gmbh.de)

## 11.4. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE)

Insgesamt gehören derzeit 31 Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft zur ARGE, die zum Zweck der gemeinsamen Bearbeitung von wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten sowie zum Informationsaustausch in wirtschaftspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fragen gegründet wurde. Besonders bekannt aus der ARGE sind die sieben Wirtschaftsforschungsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft.

Vorsitzender des Vorstandes: Prof. Klaus F. Zimmermann (DIW Berlin)

## 12. Arbeitskreise

Arbeitskreise sind vom Präsidium offiziell eingesetzte Gremien zu bestimmten Themen, die von Mitarbeitern der Geschäftsstelle betreut werden.

### 12.1. Arbeitskreis Europa

Der AK Europa traf sich im Berichtszeitraum am 30. Mai 2006 im Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS), Berlin, im Rahmen des Parlamentarischen Abends und am 9. November 2006. Rund 20 Teilnehmer aus allen Sektionen und mit wissenschaftlichem und/oder administrativem Hintergrund kamen dabei zusammen. Als übergreifende Themen standen im Berichtszeitraum die Ausgestaltung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms und die Einrichtung des Brüssel-Büros auf der Agenda. Aus erster Hand informierte sich der AK zum Beispiel in einem Gespräch mit Dr. Bernd Reichert, Referatsleiter für Administration und Finanzen im Direktorat Industrielle Technologien der EU-Kommission, über die pragmatische Verwaltung von EU-Projekten. Die im Arbeitskreis Europa diskutierten Themen sind ausführlich im Kapitel 8 dargestellt.

Wichtige Aufgabe des AK ist die Rückkopplung zwischen Geschäftsstelle und den Leibniz-Einrichtungen zu aktuellen Fragestellungen, die sich aus dem Wirken und der Gremienarbeit der Geschäftsstelle ergeben (z. B. Europapolitischer Gesprächskreis des BMBF, Forschungstreffen der Brüsseler Landesvertretungen, KoWi-Trägerverein, Gesprächskreis zur EU-Umweltforschung). Darüber hinaus wird eine Verknüpfung gesucht zum Lenkungskreis Europa unter Leitung von Prof. Dr. Walter Rosenthal. Frau Dr. Petra Georgi, Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden, ist als Vertreterin der Runde für den Lenkungskreis Europa benannt. Im Bundesarbeitskreis der EU-Referenten an den deutschen Hochschulen (BAK) vertraten Frau Dr. Kopf (FV Berlin) und Frau Dr. Schäfer (DIfE) die Leibniz-Gemeinschaft. Um den Erfahrungsaustausch und die Meinungsbildung zu fördern, stehen bei den Treffen der AG Europa immer Vorträge auf dem Programm. Im Berichtszeitraum waren dies (das zweite Treffen des AK Europa fand nach Drucklegung des Jahresberichts statt):

- Volker Kreutzer, KoWi Brüssel: Marie-Curie-Maßnahmen im 7. RP, Strategische Ausrichtung der KoWi
- Dr. Bernd Reichert, EU-Kommission, Verwaltung im 7. Rahmenprogramm
- Dr. Jan-Stefan Fritz, Brüssel-Büro, EU-Dienstleistungsaufträge als Finanzierungsquelle
- Dr. Marko Häckel, Brüssel-Büro, Europäische Technologieplattformen
- Dr. Christiane Maierhofer, Bundesanstalt für Materialforschung, European Construction Technology Platform
- Dr. Martin Reuter, Verband der Chemischen Industrie, Die Technologieplattform "Sustainable Chemistry – SusChem" (tbc)

Ansprechpartner: Dr. Marko Häckel (Brüssel- Büro)

### 12.2. Arbeitskreis Wissenstransfer

Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen der Gesellschaft in vielfältiger Weise dienen. Ziel des Arbeitskreises Wissenstransfer ist es, die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse aus Leibniz-Instituten weiter zu verbessern und zu erleichtern. Hierzu gehört als häufig effektivster Weg des Technologietransfers auch die Förderung von Mitarbeiterausgründungen. Seit April 2004 übernimmt diese Rolle LeibnizX Science2Market - die Gründungsberatung der Leibniz-Gemeinschaft. (vgl. Kap. 18).

Nach einer Umfrage des Arbeitskreises wurden von 1992 bis Ende 2005 aus Leibniz-Instituten insgesamt 96 Unternehmen ausgegründet; zwei Drittel davon erst nach 1998. Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Beschäftigten bis heute um den Faktor 4,3 auf nahezu 1.000 angestiegen ist und dass kein Unternehmen Insolvenz anmelden musste. Leibniz-Forscher schufen so - zumeist mit Unterstützung ihrer Institute und LeibnizX - nachhaltig qualifizierte Arbeitsplätze, insbesondere in Ostdeutschland. Der Arbeitskreis begreift sich weiterhin als wichtiges Forum für Information und Erfahrungsaustausch sowie für die Fortbildung im Bereich des Wissenstransfers. Gemeinsam mit LeibnizX wurden im Jahr 2006 Veranstaltungen zum Thema Errichtung von Verwertungsplattformen innerhalb und außerhalb der Leibniz-Einrichtung und zum Thema Produkthaftung im Rahmen einer Instituts-GmbH durchgeführt. Im Rahmen des Arbeitskreises findet außerdem ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch mit den Technologietransfereinrichtungen anderer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen statt.

Ansprechpartnerin: Dr. Verena Kopf (FVB)  
RA`in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle)

### **12.3. Arbeitskreis Chancengleichheit**

Dem Arbeitskreis gehören alle Gleichstellungsbeauftragten der Leibniz-Einrichtungen an. Der 10-köpfige Sprecherinnenrat, dem je 2 Vertreterinnen pro Sektion angehören, bereitet den jährlichen Workshop Chancengleichheit vor und erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft. Vernetzung, Informationsaustausch und die Diskussion aktueller Themen, die für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten relevant sind, sehen wir als weitere wichtige Funktion des AK. Diesem Ziel dient ebenfalls der vom AK erstellte und gepflegte „Leitfaden für Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft“, der Gleichstellungsbeauftragten und Instituten, die sich mit diesem Thema befassen, eine erste Orientierung und Arbeitsgrundlage gibt.

Ansprechpartnerinnen: Anke Geßner (WZB)  
Dr. Katja Brandt (Geschäftsstelle)

### **12.4. Arbeitskreis Recht**

Im Juni 2003 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe Recht, zu dem alle Juristen der Leibniz-Gemeinschaft eingeladen sind. Im Juni 2004 verlieh das Präsidium der 15 Personen zählenden Arbeitsgruppe einen offiziellen Arbeitskreisstatus im Sinne der Satzung. Der AK Recht ist Kommunikations- und Informationsbasis für die Leibniz-Einrichtungen in rechtlichen Angelegenheiten und spielt somit eine Doppelrolle. Einerseits geht es um den Austausch und die Unterstützung der Teilnehmenden untereinander, andererseits um ein Arbeitsgremium für auf Verbandsebene rechtlich relevante Themen, die eine Mitarbeit der Leibniz-Einrichtungen erfordert. Der AK Recht steht auch externen Juristen wie dem Arbeitskreis Recht der Helmholtz-Gemeinschaft grundsätzlich offen. Vor allem sind weiterhin alle interessierten Juristen der Leibniz-Gemeinschaft herzlich eingeladen.

Im Berichtszeitraum haben zwei Sitzungen stattgefunden. Im April 2006 tagte der AK Recht in Warnemünde, um den aktuellen Stand im Urheberrecht zu diskutieren und Erfahrungen im Bereich des Datenschutzes, speziell im Arbeits- und Dienstrecht, auszutauschen. Im September 2006 wurde gemeinsam mit dem Arbeitskreis IT eine zweitägige Sitzung in Mannheim zu den Themen Internet und Recht durchgeführt. Als Schwerpunktthemen wurden hier insbesondere behandelt: Mailing und Arbeitsplatzkontrolle, die Urheberrechtsnovelle sowie das Thema Open Access. Zu beiden Terminen konnten herausragende Referenten gewonnen werden. Die kommende Sitzung wird im Rahmen der Jahrestagung in Berlin stattfinden, wobei der Schwerpunkt auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gelegt wird.

Ansprechpartnerin: Ass. iur. Ute Rynarzewski (KIS Freiburg)  
RA`in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle)

## 12.5. Arbeitskreis Open Access

Open Access (OA) ist eine weltweite Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Zugang zu (wissenschaftlich relevantem) Wissen und zu Forschungsergebnissen, die auf nicht-kommerzieller Finanzierungsbasis gewonnenen wurden, ohne unnötige Barrieren (Zugriffsmöglichkeiten, Kosten, Rechtsvorbehalte) für alle Interessierten zu ermöglichen. Dieses Projekt ist nur möglich auf der Basis elektronischer Publikations- und Archivierungssysteme, wodurch das Internet und über dieses zugängliche Server vor allem von Forschungseinrichtungen und -organisationen besondere Bedeutung erhalten. Mit der 2003 erfolgten Unterzeichnung der Berliner „Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ hat sich neben anderen Wissenschaftsorganisationen, Universitäten, Bibliotheken, Forschungsinstitute und Regierungen auch die Leibniz-Gemeinschaft verpflichtet, ihre Mitarbeiter und Stipendiaten dazu anzuhalten, ihre Zeitschriften-Artikel offen zugänglich zu machen, die Anerkennung von Open Access-Fachliteratur zu fördern und den Aufbau einer gut funktionierenden Infrastruktur für das neue Verbreitungsmodell zu unterstützen.

Der im September 2005 vom Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft eingesetzte Arbeitskreis Open Access hat im Berichtszeitraum dreimal getagt. Um eine Stellungnahme der Gemeinschaft und Handlungsempfehlungen zur Umsetzung von Open Access zu erarbeiten, wurde zunächst ein Fragebogen entwickelt, um ein differenziertes Bild zum Kenntnis- und Umsetzungsstand bei den Mitgliedsinstituten zu erhalten. Die Befragung wurde im September 2006 durchgeführt, die hohe Beteiligung von über 75 % belegt das große Interesse am Thema innerhalb der Gemeinschaft. Als Fazit der Befragung lässt sich festhalten, dass es in der Leibniz-Gemeinschaft eine sehr hohe Zustimmung zur Wünschbarkeit von Open Access, aber zugleich Unsicherheit über die Verfahren und Konsequenzen gibt. Hier sieht der Arbeitskreis Informationsbedarf innerhalb der Gemeinschaft und entwickelt Konzepte, wie er zu decken ist. Eine Auswertung der Umfrage legt der Arbeitskreis zur Mitgliederversammlung vor.

Ansprechpartner: Robert Steegers (Geschäftsstelle)

## 12.6. Arbeitskreis Bibliotheken und Informationseinrichtungen

Dem Arbeitskreis gehören Bibliotheken und Informationseinrichtungen von 76 Leibniz-Einrichtungen an. Die restlichen Einrichtungen erhalten alle Informationen über die Vorhaben des Arbeitskreises. Sie beteiligen sich punktuell an einzelnen Aktionen. Seit der Konstituierung hat der zehnköpfige Sprecherrat des Arbeitskreises gezielte Initiativen ergriffen. Ein zentraler Teil der Arbeit bleibt die Vernetzung des Arbeitskreises im Inter- und Intranet, so dass Vielfalt und Kapazität der Bibliotheken und Informationseinrichtungen für Interne und Externe transparent werden. Interne Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten sind so bereits erfolgreich in die Wege geleitet worden. Regelmäßige Treffen des Sprecherrates und die Jahrestagung des Arbeitskreises sorgen für einen hohen Grad an Abstimmung innerhalb des Arbeitskreises. Neben dem Vortragsprogramm der Jahrestagung, die in diesem Jahr im DPZ Göttingen stattfand, trug ein Workshop zum Thema Open Access im Frühjahr 2006 zur fachlichen Weiterbildung bei. Ein wichtiges Ziel des Arbeitskreises ist, auch weiterhin bezahlbare Konditionen für Fachdatenbanken (Web of Science/WoS) und Electronic Journals (Zeitschriften-Konsortium) durch Konsortialbildung zu erhalten. Die erfolgreichen Verhandlungen aus dem vergangenen Jahr wurden fortgesetzt und durch die professionelle Unterstützung insbesondere der TIB wurden auch in diesem Jahr diverse weitere Konsortialangebote bearbeitet bzw. eingeholt. „Leibniz-Konsortien“ werden so zum Begriff für Anbieter auf dem Markt.

Ansprechpartner/in: Christine Hasemann (TIB Hannover)  
Robert Steegers (Geschäftsstelle)



## 12.7. Arbeitsgemeinschaft der Informationsverbände

Vascoda ([www.vascoda.de](http://www.vascoda.de)) ist ein Gemeinschaftsunternehmen wissenschaftlicher Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Mit Vascoda sind im Jahr 2002 die von der DFG finanzierten Virtuellen Fachbibliotheken, die vom BMBF finanzierten Informationsverbände (EconDoc, GetInfo, infoconnex, MedPilot) sowie die von beiden Förderern unterstützte Elektronische Zeitschriftenbibliothek und die AG Verbundsysteme eine strategische Allianz eingegangen, um ihre Informationsangebote in einem gemeinsamen Portal zu bündeln. Mit dem gemeinsamen Portal Vascoda soll eine nutzerorientierte und transparente Dienstleistung entstehen, die eine fachübergreifende Recherche in einschlägigen Datenbeständen mit dem Zugriff auf die gewünschten Dokumente verknüpft. Ziel ist es, ein gut strukturiertes Informationsangebot mit einheitlichem Zugang für alle Nutzergruppen zu schaffen. Vascoda und die Fachportale werden von wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen mit überregionaler Bedeutung aufgebaut und gepflegt. Das gemeinsame Portal Vascoda ermöglicht sowohl eine interdisziplinäre Suche als auch eine komfortable Navigation zu den Fachportalen. Die Nutzer und Nutzerinnen können über das gemeinsame Portal in das gesamte Vascoda-Informationsangebot einsteigen und zu den Einzelangeboten navigieren. In der Suche werden derzeit rund 40 einzelne Angebote wie die Virtuellen Fachbibliotheken abgefragt. Vascoda ist ein Grundbaustein für die Digitale Bibliothek.

Acht Leibniz-Institute sind an Vascoda beteiligt, die Geschäftsstelle ist an der TIB Hannover angesiedelt.

Ansprechpartner: Uwe Rosemann (TIB Hannover)

## 12.8. Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der AK Presse traf sich am 21./22. September 2006 im Bonner Museum Koenig. Etwa die Hälfte der Presseverantwortlichen der Leibniz-Einrichtungen nahm an der Veranstaltung teil. Neben einem allgemeinen Gedankenaustausch bzgl. der Öffentlichkeitsarbeit der Leibniz-Gemeinschaft bzw. der einzelnen Institute standen aktuelle Fragen der Forschungspolitik auf dem Programm, zu denen Prof. Rietschel und Dr. Klein referierten. Der zweite Veranstaltungstag war der Fortbildung gewidmet. Nach einem Gespräch mit Rolf-Michael Simon, Leiter der Redaktion Wissenschaft Bildung - Forschung der „Neue Rhein/Neue Ruhr-Zeitung“, wurden drei Workshops abgehalten: „Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?“ (Josef Zens, Pressesprecher FVB), „Wie sieht ein gutes Pressefoto aus?“ (Eric Lichtenscheidt, Bildjournalist, Bonn) und „Wie gestalte ich eine Ausstellung?“ (Hella Grenzebach, Projektleiterin Wissenschaftssommer bei WID).

Auf regionaler Ebene traf sich der AK Presse Berlin-Brandenburg im November 2005 mit Vertretern der Wissenschaftsredaktionen des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), um die Wünsche und Anforderungen in der Zusammenarbeit von Instituten und Rundfunk zu diskutieren und aktuelle Forschungsprojekte für eine mögliche Berichterstattung vorzustellen.

Ebenfalls in Berlin-Brandenburg entstand eine 36-seitige Broschüre zur Selbstdarstellung der 20 Leibniz-Einrichtungen der Hauptstadtregion. Diese wurde an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie die Universitätsleitungen, Wissenschaftsministerien und Forschungsausschüsse der beiden Länder verschickt. Zusätzlich erhielten die Direktkandidaten der im Parlament vertretenen Parteien die Broschüre im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen im September 2006.

Ansprechpartner: Thomas Vogt, M.A.  
Christoph Herbort-von Loeper, M.A. (beide Berlin-Büro)

### 13. Geschäftsstelle

Insgesamt haben die Mitarbeiter der Geschäftsstelle und des Brüssel Büros im Berichtszeitraum knapp 800 Termine (647 Dienstreisen) wahrgenommen.

Vornehmlich der Generalsekretär, die stv. Generalsekretärin sowie der Leiter des Brüssel-Büros führten externe Gespräche mit Vertretern der Bundes- und Landesregierungen, anderen Wissenschaftsorganisationen, Vertretern des europäischen Wissenschaftsraumes sowie der Industrie. Anlässe waren darüber hinaus die Teilnahme an Sitzungen externer Partner (BMBF, andere Wissenschaftsorganisationen), die Organisation und Betreuung von Sektions- und Arbeitskreissitzungen, Veranstaltungsvorbereitungen oder Weiterbildungsmaßnahmen. Die Mitarbeiter des Referates Evaluierung unternahmen im Rahmen ihrer Tätigkeit 107 Dienstreisen.

Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen organisiert und durchgeführt sowie vor- und nachbereitet. Sie sind nachfolgend aufgeführt:

- Arbeitsgruppen des Präsidenten:  
AG Zusammenarbeit mit Hochschulen (3), AG Ressortforschung (1), AG Nachwuchs (2), AG Profil (1), AG Institutswechsel/Neuaufnahmen (2), AG Pakt/SAW (2), AG Nachhaltigkeit (1), Lenkungskreis Europa (4), AG Emeritierung (1), AG Forschung und Service (3), AG Netzwerke (1), AG Politikberatung (1), AG Gemeinsame Berufen (1), AG Evaluierung
- Arbeitskreise:  
AK Europa (2), AK Recht (2), AK Open Access (3), AK Bibliotheken und Informationseinrichtungen (4), AK Chancengleichheit (1), AK Wissenstransfer (2), AK Presse und Öffentlichkeitsarbeit (3)
- Tagungen:  
Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft, Jahrestagung AK Bibliotheken und Informationseinrichtungen, Jahrestagung AK Chancengleichheit, Jahrestagung AK Presse
- Sitzungen:  
Senatssitzungen (3), Vorstandssitzungen (3), Präsidiumssitzungen (5), Sektions-, IVS- und VA-Sitzungen (16), Sitzungen des SAE (3), Sitzungen des SAW (2), Sitzungen der Arbeitsgruppen (siehe oben), Sitzung der Preisjury (1)
- Workshops und Seminare:  
Workshop Internet und Recht, Workshop Leistungsentgelt des TVöD, Workshop open access, Workshop Programmbudgets, Workshop TV-L/Überleitung, Workshop Vergaberecht, Seminar 7. EU-Rahmenprogramm
- Veranstaltungen Öffentlichkeitsarbeit:  
Leibniz-Frühstücke (5), Parlamentarischer Abend Berlin, Parlamentarischer Abend Niedersachsen, Leibniz Forum, Pressekonferenzen (3)

Die Geschäftsstelle erreichten darüber hinaus im Berichtszeitraum zahlreiche Anfragen zu neuen Themen, die bislang nicht routinemäßig bearbeitet worden sind. Hierzu zählten vornehmlich Rechtsthemen.

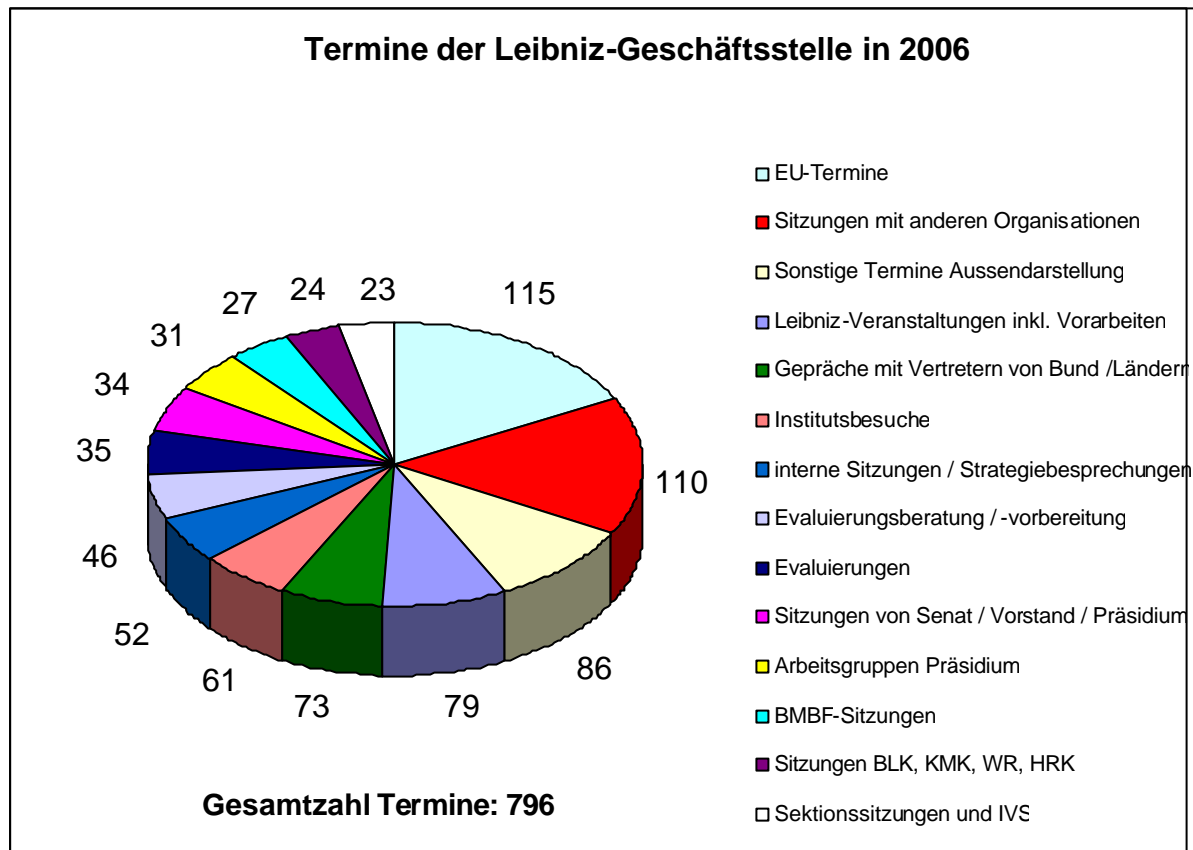


Abb. 3: Termine der Geschäftsstelle im Berichtszeitraum nach Anlässen.

Im Berichtszeitraum hat es folgende Personalwechsel in der Geschäftsstelle gegeben:

- Zum 01.02.2006 übernahm (befristet) Dr. Jörg Rissler als wissenschaftlicher Referent die Aufgaben von Dr. Marko Häckel, der sich dem Aufbau des Brüssel-Büros widmete und zum 01.06.2006 (befristet) die Leitung des neu eingerichteten Brüssel-Büros der Leibniz-Gemeinschaft übernahm.
- Die Nachfolge von Frau Dr. Dagmar Bley im Referat Evaluierung übernahm (befristet) zum 01.02.2006 Dr. Martin Werner als wissenschaftlicher Referent; zuvor MPI für Biochemie, Jena.
- Die Nachfolge von Pressesprecher Dr. Frank Stäudner, der zum 01.01.2006 zum Stifterverband für die deutsche Wissenschaft nach Essen wechselte, übernahm (befristet) zum 01.04.2006 Dipl.-Geol. Thomas Vogt; zuvor Forschungszentrum Jülich.
- Um die in 2006 und 2007 zusätzlich anfallenden Evaluierungen zu bewältigen wurde (befristet) zum 01.04.2006 im Referat Evaluierung Dr. Andreas Kahle eingestellt; zuvor Institut für Mineralogie der Universität Frankfurt.
- Für Frau Petra Ziemer trat (befristet) zum 01.06.2006 Frau Anita Reissner als Sekretärin des Berlin-Büros in die Dienste der Leibniz-Gemeinschaft; zuvor Bayerisches Staatsministerium für Umwelt.
- Zum 01.06.2006 trat Robert Steegers (zuvor Thomas-Morus-Akademie) die befristete Vertretung für Dr. Martin Thomé in der Leibniz-Geschäftsstelle an, der für zwei Jahre ins BMBF zur Koordination des „Jahrs der Geisteswissenschaften“ abgeordnet ist.
- Neu als wissenschaftlicher Referent ist (befristet) seit dem 01.07.2006 Jan-Stefan Fritz, Ph.D., im Brüssel-Büros tätig; zuvor HGF-Büro Brüssel.
- Frau Anna Martinez ist (befristet; 50 %) seit dem 01.07.2006 als Assistentin im Brüssel-Büro tätig; zuvor EU-Parlament.
- Frau RA'in Dr. Natalie Martin-Hübner (Internationales/Transfer) übernahm zum 01.07.2006 eine Abteilungsleitung an der FU Berlin (Stelle bisher nicht besetzt).

- Der zum 15.08.2006 auslaufende Vertrag von Frau Iris Budweth (Sekretariat Referat Evaluierung) wurde nicht verlängert; ihre Aufgaben übernahm Frau Petra Hilpert, die jedoch zum 01.10.2006 eine unbefristete Stelle antrat und daher die Leibniz-Gemeinschaft verließ. Daher wurde zum 01.11.2006 Frau Karin Luppus (bisher Assistenz Generalsekretär) ins Referat Evaluierung abgeordnet. Die Nachfolge von Frau Hilpert als Sekretärin im Referat Evaluierung trat zum 15.10.2006 Frau Anja Müller an (befristet; 50 %).
- Uwe Kremer (Verwaltung der Geschäftsstelle) wechselte zum 15.08.2006 an die Universität zu Köln (Stelle bisher unbesetzt).

## **14. Administrative und rechtliche Rahmenbedingungen**

### **14.1. Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)/Tarifvertrag der Länder (TV-L)**

Bereits am 1. Oktober 2005 ist der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) in Kraft getreten. Dieser gilt zunächst nur für Beschäftigte des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber und soll die BAT-Regelungen ersetzen. Bei der Leibniz-Gemeinschaft haben bereits im Jahr 2005 über 20 Einrichtungen in den TVöD übergeleitet.

Eine große Schwierigkeit des Tarifvertrages, mit der insbesondere die Leibniz-Einrichtungen befasst sind, ist die fehlende Möglichkeit der Anerkennung förderlicher Zeiten. Insbesondere im wissenschaftlichen Umfeld ist dies jedoch eine unabdingbare Voraussetzung, um in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft setzte sich wiederholt für eine außertarifvertragliche Regelung der Leibniz-Institute ein, um in der Wissenschaftslandschaft konkurrenzfähig zu bleiben. In diesem Zusammenhang haben zahlreiche Gespräche auf Minister- und Staatssekretärebene stattgefunden. Aufgrund der Heterogenität der Leibniz-Gemeinschaft hinsichtlich der Zuwendungsgeber ist dies ein sehr langwieriger und schwieriger Prozess.

Am 19. Mai 2006 haben sich auch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die Gewerkschaften ver.di und die dbb tarifunion auf ein neues Tarifrecht der Länder geeinigt. Die Einigung findet für die Bundesländer Anwendung, die der TdL angehören, d. h. alle Bundesländer außer Berlin und Hessen.

Am 1. November 2006 werden auch die Beschäftigten der Länder in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) übergeleitet. Das Überleitungsrecht sowie die Grundlagen des TV-L ähneln im Wesentlichen denen des TVöD's. Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entsprechen weitestgehend den Bestimmungen beim Bund und bei den Kommunen. Hervorzuheben sind jedoch insbesondere die Berücksichtigungen der Besonderheiten für die Bereiche der Wissenschaft. Im Rahmen der von der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft der Länder geleiteten Verhandlung zur Ausgestaltung der Regelungen des TV-L wurde versucht, die Fehler bzw. Schwierigkeiten innerhalb des TVöD's aufzugreifen und im TV-L Lösungsmöglichkeiten dafür geschaffen. Im Regelwerk des TV-L wird es einen besonderen Teil für die Wissenschaft geben. Hiernach wird insbesondere die Anerkennung der förderlichen Zeiten in den oberen Entgeltgruppen ermöglicht.

Für die Regelung der Arbeitszeit wurde eine differenzierende Lösung gefunden. Einerseits soll sich die Arbeitszeit nach den unterschiedlichen Belastungen der Beschäftigten richten und andererseits werden die unterschiedlichen Entwicklungen der Länder berücksichtigt, d. h. in den einzelnen Ländern kann es unterschiedliche Arbeitszeiten geben. Auf Grund der Harmonisierungsprozesse und der Entflechtungsdebatte innerhalb Deutschlands bleibt zu hoffen, dass der Bund sich den besonderen Bestimmungen für die Wissenschaft anschließt und es so zu einer deutschlandweiten Angleichung und Harmonisierung der tarifrechtlichen Bestimmungen kommen wird. Die Geschäftsstelle sowie das Präsidium sind darum bemüht, den Harmonisierungsprozess voranzutreiben.

Ab dem 1. Januar 2007 wird es – wie auch im Tarifvertrag für den Bund und für die Kommunen (VKA-Fassung) – ein Leistungsentgelt zusätzlich zum Tabellenentgelt geben. Die Zielgröße liegt bei 8 % und bis zu einer anderen Vereinbarung wird ein Gesamtvolumen von 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den Geltungsbereich des TV-L oder TVöD fallenden Beschäftigten des jeweiligen Arbeitgebers für das Leistungsentgelt zur Verfügung gestellt. Nähere Regelungen über die Ausgestaltung des Leistungsentgelts werden in landesbezirklichen Tarifverträgen vereinbart.

Der TV-L wird am 1. November 2006 in Kraft treten. Zur Überleitung in das neue Recht wurde ein eigenständiger Tarifvertrag vereinbart. Die Entgeltvereinbarung ist erstmals zum 31.12.2008 kündbar, die Arbeitszeitregelung zum 31.12.2007.

## **14.2. Wissenschaftszeitvertragsgesetz – WissZeitVG/Drittmittelbefristung**

Im Juli 2006 wurde vom BMBF ein Gesetzesentwurf zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft ausgearbeitet. In diesem Zusammenhang haben im Jahr 2006 mehrere Gesprächsrunden im BMBF stattgefunden, um den Wissenschaftsorganisationen, Hochschulen und anderen Interessenvertretern die Möglichkeit zu geben, ihre Interesse in den Entwurf mit einfließen zu lassen. Auch die Geschäftsstelle war an diesem Prozess beteiligt und setzte sich bereits im Jahr 2005 für die Schaffung eines Drittmittelbefristungsgrundes massiv ein. Der Gesetzesentwurf beinhaltet im Kern die Einführung eines Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft. In dieses werden die bestehenden Regelungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) zum Abschluss sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge in der Qualifizierungsphase (§§ 57a ff. HRG) überführt. Darüber hinaus werden diese Regelungen durch einen neuen Befristungstatbestand für Fälle der Drittmittelfinanzierung sowie eine familienpolitische Komponente ergänzt.

Die Aufnahme des Drittmittel-Befristungsgrundes und dabei insbesondere die Einbeziehung des nicht-wissenschaftlichen Personals ist als unabdingbar anzusehen und im Interesse aller außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das Fehlen eines spezifischen, auf die befristeten Bewilligungszeiträume von Drittmittelprojekten orientierten Befristungsgrundes war und ist trotz Verweis auf das TzBfG ein auf Dauer nicht zu kompensierendes Manko der Gesetzeslage. Mit dem neuen Gesetzesentwurf wird nunmehr Abhilfe geschaffen.

Am 13. September 2006 hat das Bundeskabinett den Gesetzesentwurf verabschiedet. Im Oktober wurde das Verfahren dann zur Befassung des Bundesrates durchgeführt. Das Gesetz soll voraussichtlich Anfang nächsten Jahres (Februar/März 2007) in Kraft treten.

## **14.3. AGG – Allgemeines Gleichstellungsgesetz**

Am 18. August 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Das neue Gesetz betrifft alle öffentliche und private Arbeitgeber, die Arbeitnehmer/innen beschäftigen oder diese einstellen wollen. Um Benachteiligungen in Beschäftigung und Beruf wirksamer als bisher begegnen zu können, wird das gesamte Arbeitsrecht dem AGG unterstellt. Das neue Gesetz gibt Menschen, die diskriminiert werden, die Möglichkeit, sich zu wehren und ihre Rechte einzufordern. Jeder Arbeitnehmer, der den Verdacht hegt, wegen seines Alters, Geschlechts, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung diskriminiert zu werden, kann klagen und Schadenersatz einfordern. Dabei geht es neben den Einstellungsverfahren auch um Kündigungen, Gehälter, Altersvorsorge, Beförderungen oder Fortbildungsmaßnahmen. Zudem sind diese Regelungen insbesondere bei Stellenausschreibungen und Vorstellungsgesprächen zu berücksichtigen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Arbeitsplätze sowohl intern als auch extern diskriminierungsfrei auszuschreiben. Weiterhin ist der Arbeitgeber verpflichtet, das AGG im Betrieb bekannt zu machen. Die Bekanntmachung kann z. B. durch Aushang oder Auslage oder durch Einstellen in das Intranet erfolgen.

Die Institute wurden über das neue Gleichbehandlungsgesetz seitens der Geschäftsstelle informiert.

#### **14.4. Vergabeverordnung (VgV)**

Am 22. September 2006 wurde vom Bundesrat der Entwurf der neuen Vergabeverordnung (VgV) bestätigt. Somit wird diese voraussichtlich im November 2006 in Kraft treten können. Dadurch ergeben sich sowohl für Auftraggeber und Bieter erhebliche Neuerungen. Neben neuen Schwellenwerten wurden die Ausschlussgründe von Bietern konkretisiert und die Möglichkeiten der Fristverkürzung für elektronische Ausschreibungs-Bekanntmachungen aufgenommen. Sofern die Vergabeverordnung tatsächlich im November dieses Jahres in Kraft tritt, wird die Geschäftsstelle die Institute hierüber informieren.

#### **14.5. Urheberrecht**

Bei der letzten Novellierung des Urheberrechts handelte es sich um die Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG. Hier hat der Gesetzgeber bisher vornehmlich die Belange der Rechteinhaber zur kommerziellen Nutzung der digitalen Medien und der Netze als zusätzliche Vertriebswege berücksichtigt. Im Vordergrund standen vor allem die Vermeidung von Risiken für die private Rechteinhaberverwertung und nicht die Nutzung der mit den neuen technischen Medien verbundenen Chancen für die Allgemeinheit. Dies gilt insbesondere für den Bereich von Bildung und Wissenschaft. Die Informationsgesellschaft bietet hier neue Potenziale der Wissensvermittlung und der Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Nutzung dieser neuen Möglichkeiten ist im globalen Kontext ein entscheidender Wettbewerbsfaktor.

In diesem Zusammenhang wurde das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ gegründet. Ziel des Aktionsbündnisses ist, die wissenschaftsspezifischen Interessen einheitlich gegenüber dem Gesetzgeber darzulegen und diese in die Ausgestaltung und Veränderung des Urheberrechts mit einfließen zu lassen.

Die Unterzeichner der „Göttinger Erklärung“ setzen sich dafür ein, dass diese Potenziale der digitalen Medien und Kommunikationssysteme für die Allgemeinheit und hier insbesondere für die Wissenschaft offen nutzbar bleiben und nicht vorrangig zur privatwirtschaftlichen Vermarktung von Information restriktiv reguliert werden. Auch die Leibniz-Gemeinschaft ist neben den anderen Wissenschaftsorganisationen Unterzeichnerin der „Göttinger Erklärung zum Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ vom 5. Juli 2004.

Der so genannte „Zweite Korb“ ist bei dem Regierungswechsel im Jahr 2005 zunächst auf Eis gelegt worden. Das BMJ hatte im September 2005 einen Umfragebogen versendet, in dem die Wissenschaftseinrichtungen auf Fragen bzgl. der Nutzung und Anwendung des § 52a UrhG antworten sollten. Auch innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft wurde der Umfragebogen verschickt. Allerdings war die Rückmeldung der einzelnen Institute sehr gering, da die Fragen ausschließlich die praktischen Erfahrungen mit § 52a UrhG betreffen, über die mit Blick auf die kurze Dauer, seit der die Norm in Kraft ist (8. September 2005), noch kaum praktische Erfahrungen gesammelt werden konnten. Aus diesem Grunde haben die großen Wissenschaftsorganisationen eine gemeinsame Stellungnahme vorbereitet und am 3. Januar 2006 an das BMJ übermittelt.

Das BMJ hat am 03.01.2006 einen Entwurf des zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft – „Zweiter Korb“ veröffentlicht (abrufbar unter: [www.bmj.bund.de](http://www.bmj.bund.de) unter der Rubrik „Urheberrecht“). Dazu fand am 26. Januar 2006 in Berlin eine Anhörung statt. Hier hatten alle Interessenvertreter die Möglichkeit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Das Aktionsbündnis sowie auch die meisten Wissenschaftsorganisationen waren dort vertreten (Frau Taufenbach für die Leibniz-Gemeinschaft).

Seit über einem Jahr ist das Aktionsbündnis und die Allianz der Wissenschaftsorganisationen darum bemüht, im Rahmen von Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Regierungsschreiben auf den zweiten Korb des BMJ Einfluss zu nehmen und bessere Bedingungen für die Wissenschaft auszuhandeln. Leider haben bislang die Interessen der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen nicht ausreichend Berücksichtigung in dem Gesetzesentwurf gefunden. Wichtig ist (auch für die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft), dass die Bildung und Wissenschaft die neuen Formen der Verbreitung und des Erwerbs von Wissen und Information ohne Behinderungen nutzen können. Die Schrankenregelungen im UrhG stellen aber nicht mehr die notwendigen Privilegien für die Erfüllung der Aufgaben von Bildung und Wissenschaft positiv, klar verständlich und umsetzbar heraus, sondern sie sind durchsetzt von erheblichen Einschränkungen, die geeignet sind, weite Kreise von Bildung und Wissenschaft zu verunsichern oder gar zu kriminalisieren, statt ihnen Rechtssicherheit für ihre notwendige Arbeit zum Nutzen der Allgemeinheit zu bieten.

Der zweite Korb zur Änderung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft ist als Regierungsentwurf am 22. März 2006 vom Bundeskabinett verabschiedet worden und am 30. Juni 2006 vom Bundestag in erster Lesung in die Ausschüsse verwiesen worden. Der Bundesrat hat den Regierungsentwurf zwar in vielen Punkten massiv kritisiert und in seinem Beschluss vom 19. Mai 2006 die Regierung und den Bundestag aufgefordert, sich auf ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht zu besinnen. In einer Gegenäußerung der Bundesregierung vom 14. Juni 2006 zum Beschluss des Bundesrates verwirft jedoch die Bundesregierung in den meisten Punkten die Forderungen des Bundesrates und hält am Regierungsentwurf fest.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hat im Oktober 2006 daraufhin in einem Schreiben an die Bundeskanzlerin appelliert, das Urheberrecht wissenschaftsspezifischer zu gestalten (Schreiben vom 10. Oktober 2006; Pressemitteilung vom 28. Juni 2006).

Eine Information zum Europäischen Gesellschaftsrecht findet sich im Anhang zu Jahresbericht.

## 15. Programmbudgets

Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Einführung und Anwendung des Steuerungsinstrumentes Programmbudget in der Leibniz-Gemeinschaft ist die Umsetzung des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder zur Sicherung der Qualität der Forschung von 1997, insbesondere der Flexibilisierung der Haushaltsbewirtschaftung.

Aufgrund des Zuweisungsverfahrens der Bundeshaushaltsmittel für die Leibniz-Einrichtungen an die Bundesländer, die wiederum nach dem Sitzlandprinzip als Zuwendungsgeber ihrer Einrichtungen auftreten, ist eine äußerst heterogene Ausgangssituation entstanden, bei der die meisten Bundesländer dem Beschluss von 1997 nicht folgen, d. h. die Flexibilisierungsmöglichkeiten in Gänze nicht einräumen. Dies bedeutet, dass nicht alle Zuwendungsgeber die Absicht haben, sich des Instrumentes der Outputsteuerung zu bedienen.

Für viele Leibniz-Einrichtungen entstand Doppelarbeit, da auf Zuwendungsgeberseite vielfach keine Bereitschaft besteht, auf einen Wirtschaftsplan zu verzichten (so mussten in 2006 insgesamt 61 Leibniz-Einrichtungen neben dem Programmbudgets zusätzlich einen Wirtschaftsplan vorlegen), wobei die Finanz- und Fachvertreter in den einzelnen Bundesländern zudem oft noch unterschiedliche Positionen vertreten. Verschärft wird diese Situation durch das Problem der Mehrstufigkeit (Einrichtung – Sitzland – Bund), da aufgrund der Koordinierungskompetenz des Bundes zusätzliche Auffassungs- und Verhaltensunterschiede entstehen (zusätzlich hat der Bundesrechnungshof kürzlich das Verbot der Rücklagenbildung bei

Bundesmitteln betont und zugleich festgestellt, dass „kein sachlichen Grund“ für die Bildung von Rücklagen bestehe; dies bedeutet die Ablehnung des Grundgedankens der Programmbudgets).

Die Folge hiervon ist, dass viele Leibniz-Einrichtungen die Einführung von Programmbudgets als unnötigen Verwaltungsaufwand ansehen. Die wissenschaftliche Seite vieler Leibniz-Einrichtungen sieht keinen Nutzen, weil sie nicht einschätzen kann, wie die Forschung bzw. der Service auf Basis von Programmbudgets verbessert werden kann. Die Beiräte, die zusätzliche Verantwortung durch das Erfordernis der Prüfung der Angemessenheit der Kosten der Programmbereiche übernehmen sollen, reagieren ebenfalls oftmals zurückhaltens.

Die BLK steht auf dem Standpunkt, dass die Mindestanforderungen an Programmbudgets der BLK in der Fassung von Oktober 2003 eingehalten werden müssen, wobei jedoch erreicht wurde, dass die BLK prinzipiell die Darstellung nur eines Programmbereiches akzeptiert.

Folgende Schwierigkeiten behindern die Umsetzung der Programmbudgets in den Leibniz-Einrichtungen:

- Die interne Flexibilisierung in den Instituten ist stärker eingeschränkt worden, da - im Gegensatz zum bisherigen Haushalt - nur eine begrenzte Deckungsfähigkeit zwischen den Programmen erlaubt ist.
- Die zahlenmäßige Abgrenzung und Darstellung von Kosten und Leistungen von Programmbereichen ist schwierig, wenn Programmbereiche stark verflochten sind.
- Wissenschaftliche Programme weichen von Organisationseinheiten ab, dies kann zur problematischen Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Organisations- und Programmstruktur führen. Matrixorganisationen werden für kleinere Einrichtungen als ungeeignet angesehen.
- Die Leistungsdarstellung muss außerhalb von Programmbudgets erfolgen, da es um eine qualitative Bewertung geht.
- Die Umsetzung des kameralistischen Buchungsstils in die kaufmännischen Darstellungsformen ist problematisch, es entsteht ein erheblicher zusätzlicher Planungs-, Buchungs- und Abrechnungsaufwand. Dabei entstehen auch Strukturinkompatibilitäten, z. B. entsprechen Zinseinnahmen bei der Einrichtung nicht den Zinskosten beim Bund.
- Behandlung von Überschüssen (Kassenreste bei der Einrichtung bzw. Ausgabenreste beim Finanzier) und Defiziten.
- Darstellungsprobleme bei den Personalkosten im Jahresabschluss, weil in Gemeinkosten auch Personalkosten enthalten sind.
- Die geforderte Cash-Flow-Rechnung wird als überflüssig erachtet.
- Die in das Programmbudget integrierte Drittmitteldarstellung ist problematisch: Einerseits ist bezüglich der Drittmittelentwicklung nur eine Prognose, aber keine valide Planung möglich, andererseits verlangt das Haushaltsrecht eine getrennte Darstellung.

Es ist insgesamt eine erhebliche Verunsicherung in den Leibniz-Einrichtungen entstanden.

Viel versprechend ist die durch Programmbudgets auf übergeordneter Ebene erreichbare Verwaltungsvereinfachung, die Transparenz und die Chance auf ein einheitliches Berichtssystem für die gesamte Leibniz-Gemeinschaft. Um Programmbudgets als innovationsorientiertes Steuerungsverfahren wirksam werden zu lassen, können die Programmbudgets nicht sukzessive eingeführt werden. Generelle Voraussetzung ist die volle Anerkennung des Beschlusses der Regierungschefs von 1997 durch alle Beteiligten (Fach- und Finanzseite). Wichtig hierbei ist die Entwicklung von Verfahren für die Umsetzung der Bewirtschaftungsgrundsätze, wobei haushaltsrechtliche Bestimmungen mit den Regelungen im Programmbudget kompatibel sein müssen.



## 16. Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum haben die Geschäftsstelle zahlreiche wissenschaftspolitische Anfragen erreicht. Neben zahlreichen ausführlichen persönlichen Interviews mit dem Präsidenten fanden auch seine Stellungnahmen zur Frage einer Frauenquote in der Wissenschaft oder seine Teilnahme an einer Pressekonferenz in Mainz anlässlich der dortigen Station des Ausstellungsschiffs „MS Wissenschaft“ große mediale Resonanz.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen Pressesprechers Frank Stäudner zum Jahreswechsel 2005/2006 übernahm Thomas Vogt zum 1. April 2006 die Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Als zweiter Referent ist Christoph Herbort-von Loeper tätig.

Thomas Vogt bekleidet das Amt des Pressesprechers und verantwortet den AK Presse, den Internetauftritt sowie das Intranet, Publikationen, die Jahrestagung, Leibniz-Foren, Wissenschaft im Dialog (WiD) sowie die wissenschaftspolitische Kontaktpflege in Berlin. Christoph Herbort-von Loeper betreut die regionalen Presse-Arbeitskreise, ist verantwortlich für das Leibniz-Journal und die Leibniz-Nachrichten sowie die Organisation von Leibniz-Frühstücken und den Parlamentarischen Abenden.

Die Beziehungen zu den Medien werden kontinuierlich gepflegt. So ist die Leibniz-Gemeinschaft beispielsweise Mitglied im Freundeskreis der Wissenschaftspressekonferenz. Der elektronische Verteiler für Pressemitteilungen umfasst knapp 850 Empfänger und wurde somit im Berichtszeitraum nahezu verdoppelt, v. a. durch die systematische Erfassung von mit Wissenschaftsthemen befassten Redaktionen nahezu aller regionalen Tageszeitungen und weiterer Medien.

Persönliche Kontakte zu Pressevertretern gab es u. a. bei Besuchen der Redaktion der Zeitschrift „Spektrum der Wissenschaft“, der Wissenschaftsredaktion des Fernsehens der Deutschen Welle sowie der Wissenschaftsredaktion des Rundfunks Berlin-Brandenburg im Rahmen einer Veranstaltung des AK Presse Berlin-Brandenburg. Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum etwa 25 Pressemitteilungen zu übergeordneten bzw. forschungspolitischen Themen herausgegeben.

Ein inzwischen gut eingeführtes Mittel der internen Kommunikation stellen die Leibniz-Nachrichten dar, die mit dem Untertitel „Mitteilung aus Präsidium, Senat, Gremien, Sektionen, Instituten und Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft“ die Mitgliedseinrichtungen über die Arbeit der Geschäftsstelle sowie aktuelle forschungspolitische Entwicklungen informieren. Immer wieder gibt es Rückmeldungen, die belegen, dass die Leibniz-Nachrichten auch bei den Zuwendungsgebern viele interessierte Leser finden. Die Leibniz-Nachrichten erscheinen etwa zehn Mal pro Jahr.

Die Internetpräsenz der Leibniz-Gemeinschaft wurde kontinuierlich gepflegt und weiterentwickelt. Die Rubrik „Aktuelles aus der Leibniz-Welt der Wissenschaft“ bringt regelmäßig Neuigkeiten aus den 84 Leibniz-Einrichtungen. Die „Highlights“ berichten über verbandspolitisch wichtige Ereignisse, von der Jahrestagung über die Parlamentarischen Abende bis zu wichtigen Tagungen. Derzeit verzeichnet die Homepage der Leibniz-Gemeinschaft rund 500 Besuche pro Tag.

Das Leibniz-Journal stellt das Hauptmedium der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen dar. Es erscheint viermal jährlich in einer Auflage von zurzeit 4.000 Stück. Zielgruppen sind das forschungspolitische Umfeld, Journalisten, Angehörige der Leibniz-Institute, interessierte Laien. Jedes Heft widmet sich einem Schwerpunktthema. Weitere permanente Rubriken sind das „Spektrum“ mit längeren Beiträgen, das „Porträt“ einer Mitgliedseinrichtung, „Nachrichten“ und „Personen“ jeweils mit Kurzmeldungen. In unregelmäßigen Abständen erscheinen Beiträge in den Rubriken „Interview“ sowie „Pro und Contra“. Die Schwerpunkte des Berichtszeitraums waren: Jahrestagung 2005: Wandel und Kontinuität (4/2005), Lebensmittelversorgung: Ernährungsqualität ist Lebensqualität (1/2006) und Informatik - Allgegenwärtige

Wissenschaft im Verborgenen (2/2006). Zum Jahresende 2006 ist eine im Umfang erweiterte Doppelnummer zur Leibniz-Gemeinschaft in all ihren Facetten geplant.

Im Berichtszeitraum erschienen zusätzlich folgende Publikationen im weiteren Sinne bzw. wurden neu aufgelegt:

- Broschüre „Berlin-Brandenburg. Forschung und Service für die Wissenschaft. 20 Leibniz-Einrichtungen stellen sich vor“,
- „Leibniz. Forschung und Kooperation“. Selbstdarstellungs-Faltblatt der Leibniz-Gemeinschaft (deutsch und englisch),
- „Stärke durch Vielfalt“, Übersichtplakat zur Leibniz-Gemeinschaft,
- vier große Informationstafeln zur Präsentation der Leibniz-Gemeinschaft auf Parlamentarischen Abenden, Messen o. ä. (je deutsch und englisch),
- Jahrbuch 2006 auf Englisch

Um die Marke „Leibniz-Gemeinschaft“ bekannter zu machen und Stellenausschreibungen der Institute mehr Aufmerksamkeit und Attraktivität zu vermitteln, wurde in Zusammenarbeit mit der Münchener Agentur Gabler eine Profilanzeige entwickelt, unter deren Dach alle Institute ihre Stellenanzeigen schalten können. Die Einzelanzeigen erscheinen zusammengefasst unter einem gemeinsamen redaktionellen Dach mit der Überschrift „Forschen im Netzwerk im Dienst der Gesellschaft“, einem kurzen erklärenden Text zur Leibniz-Gemeinschaft sowie einigen Bildern. Im Berichtszeitraum erschienen bisher vier derartige Anzeigen im April, Juni, August und Oktober auf jeweils etwa einer halben Seite im Stellenteil der Zeitschrift „Die Zeit“.

## **16.1. Präsentation der Leibniz-Gemeinschaft**

### **16.1.1. Parlamentarische Abende**

Der jährliche Parlamentarische Abend der Leibniz-Gemeinschaft fand am 30. Mai 2006 unter dem Motto „Wasser- ein Meer von Forschungsthemen“ statt. 27 Leibniz-Institute präsentierten ihre vielfältigen Forschungsarbeiten zum Wasser vor etwa 150 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien.

Außerdem fand am 22. März 2006 ein Parlamentarischer Abend auf Landesebene in Niedersachsen statt. Unter dem Titel „Exzellent in Service und Forschung - Leibniz in Niedersachsen“ stellten sich die sechs in Niedersachsen ansässigen Leibniz-Institute im Landtagsrestaurant vor. Da im direkt angrenzenden Landtag direkt vor dem Beginn der Veranstaltung eine Plenarsitzung zu Ende gegangen war, fanden neben vielen weiteren Gästen etwa 50 Parlamentarier den Weg zur Veranstaltung.

### **16.1.2. Geisteswissenschaft im Dialog (GiD)**

Zusammen mit der Akademienunion organisiert die Leibniz-Gemeinschaft die Veranstaltungsreihe Geisteswissenschaft im Dialog. Die Reihe ist ein aktuelles Diskussionsforum für Fragen aus Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Experten aus Geistes- und Naturwissenschaften präsentieren diese Fragen und versuchen informativ, unterhaltsam und gegenwartsnah Antworten zu geben. Im Jahr der Geisteswissenschaften soll die Veranstaltungsreihe fortgeführt und ausgebaut werden. Neben dem Stammveranstaltungsort im Kunstmuseum Bonn finden inzwischen regelmäßig Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet statt, die im Schnitt mehr als 150 Besucher zählen konnten. Im Berichtszeitraum fanden fünf Dialoge statt:

- 09.03.2006: „Wettkampf auf hohem Niveau – Programm. Wie gewinnen Eliten gesellschaftlichen Einfluss?“ im Kunstmuseum Bonn
- 02.05.2006: „Evolution – Mensch – Kultur. Verändert Kultur die Evolution des Menschen?“ im Naturmuseum Senckenberg Frankfurt am Main
- 28.06.2006: „Polen und Deutschland – Zivilgesellschaften und nationale Identitäten in Europa“ im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- 19.10.2006: „Polen, Deutschland und Russland – Sensibilitäten und Chancen einer ungleichen Dreiecksbeziehung“ im Deutschen Historischen Institut Warschau
- 30.11.2006: „Evolution – Mensch – Sprache. Warum spricht der Mensch?“ im Kunstmuseum Bonn

### 16.1.3. Leibniz-Frühstück

Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und Abgeordneten, Repräsentanten der Landesvertretungen und politischen Stiftungen sind eine wichtige, dennoch in der Regel vernachlässigte Zielgruppe politischer Lobbying-Bemühungen. Speziell für diese Zielgruppe hat die Geschäftsstelle das Instrument des Leibniz-Frühstücks geschaffen. Vier Mal im Jahr bietet die Veranstaltung an zentraler Stelle in Berlin zwischen 9 und 11 Uhr morgens Gelegenheit zum wissenschaftspolitischen Gedankenaustausch.

- 7. Dezember 2005: „Geschwisterkrieg – Geschwisterliebe. Die außeruniversitären Institute und die Hochschulen“ mit Prof. Dr. med. Stefan Ehlers (FZB) und Dr. Städner, Pressesprecher der Leibniz-Gemeinschaft
- 22. Februar 2006: „Pakt für Forschung und Innovation“ mit Vizepräsident Prof. George (IGZ).
- 26. April 2006: „Verwaltung als Management. Effektive und effiziente Rahmenbedingung für Wissenschaft und Forschung“ mit Vizepräsident Dr. Fabich (FVB) und Dr. Susanne Maria Schmid (DIW Berlin)
- 12. September 2006: „Wissenschaft ist mehr als Forschen: Service-Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft“ mit der Sprecherin des IVS, Sabine Brünger-Weilandt (FIZ Karlsruhe)
- 16. November 2006: „Macht braucht Wissen - Politikberatung in der Leibniz-Gemeinschaft“ mit Prof. Dr. Wolfgang Franz (ZEW)

### 16.1.4. Forschen in Europa: nationale und europäische Nachwuchsförderung

Unter diesem Titel veranstaltet die KoWi in verschiedenen deutschen Städten regelmäßig Informationsveranstaltungen, auf denen sich Nachwuchswissenschaftler über finanzielle Förder- und Arbeitsmöglichkeiten in Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen informieren können. Dort präsentierte sich auch die Leibniz-Gemeinschaft, so am 23.01.2006 in Karlsruhe, 26.04.2006 in Dresden, am 29.06.2006 in Hamburg und am 16.11.2006 in Bamberg. Ein Vortrag erläutert Karrierechancen in der Forschung in den Leibniz-Instituten.

### 16.1.5. Leibniz-Forum

Das Leibniz-Forum präsentiert der allgemeinen Öffentlichkeit in abendlichen Diskussionsrunden mit angesehenen Experten gesellschaftlich relevante Themen aus der Forschung von Leibniz-Instituten. Am 3. November 2006 ging es in Magdeburg unter dem Titel „Forever young - Wie plastisch sind unsere Grauen Zellen? So leistungsfähig ist unser Gehirn“ um aktuelle Erkenntnisse der Hirnforschung und der Bildungsforschung. Auf dem Podium diskutierten der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Jan-Hendrik Olbertz, der Direktor des Leibniz-Instituts für Neurobiologie, Prof. Henning Scheich, die Stammzellexpertin des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben, Prof. Anna Wobus, der Molekularbiologe Prof. Dr. Eckart D. Gundelfinger vom Leibniz-Institut für Neu-

robiologie Magdeburg, sowie Prof. Ekkehard Nüssli von Rein, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung Bonn. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch ein Grußwort von Ministerpräsident Prof. Böhmer und Prof. Rietschel.

### **16.1.6. Europäische Union**

Im November 2005 hat die Leibniz-Gemeinschaft zusammen mit dem Hanse-Office, der Landesvertretung von Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Europäischen Union, zu einer Diskussionsveranstaltung über Infektionskrankheiten mit dem Titel „The Old New Plagues – AIDS, SARS, TB“ eingeladen. Rund 60 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, mit Prof. Dr. Bernhard Fleischer vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Prof. Dr. Joachim Hauber vom Heinrich-Pette-Institut für Experimentelle Virologie und Immunologie sowie Dr. Sabine Rüscher-Gerdes vom Forschungszentrum Borstel zu diskutieren. Auf dem Podium waren zudem Dr. Peet Tüll vom European Centre for Disease Prevention and Control in Stockholm und Abigail B. Wright von der Weltgesundheitsorganisation in Genf.

### **16.2. Wissenschaft im Dialog (WiD)**

Auch in diesem Jahr nahmen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wieder an den Hauptaktivitäten von Wissenschaft im Dialog (WiD) teil: Wissenschaftssommer und Ausstellungsschiff. Der Wissenschaftssommer ist eine alljährliche Leistungsschau der außeruniversitären Forschungsorganisationen. An der Ausstellung, die vom 15. bis 21. Juli 2006 in der Nähe des Marienplatzes in München stattfand, beteiligten sich die vier Leibniz-Einrichtungen: DIfE, FIS, IDS und ZALF.

Bei einem Presserundgang besuchte Bundesministerin Dr. Schavan am 15. Juli 2006 auch den Stand einer Leibniz-Einrichtung. Am Stand des Forschungsinstituts und Naturmuseums Senckenberg (FIS) ließ sie sich ausführlich erläutern, wie Lebewesen und Fossilien mit digitalen Scannern, Röntgen- und Histologieverfahren dreidimensional rekonstruiert werden. Virtuelle Rekonstruktionen und Animationen ausgestorbener und lebender Arten ermöglichen eine vergleichende Betrachtung und gestatten Rückschlüsse auf den Verlauf der Evolution.

Das DIfE präsentierte gemeinsam mit ZEISS ein computergestütztes mikroskopisches System zur automatischen Bakterienerkennung und -zählung, das zum Beispiel die Analyse von Stuhlproben vereinfacht und beschleunigt. Wissenschaftler des IDS stellten ein Softwaretool vor, mit dem sie versuchen, per statistischer Verfahren in der Sprache verborgenen Muster aufzuspüren. Die Methode dient der automatischen Analyse sehr großer elektronischer Textsammlungen. Das ZALF führte eine Software vor, die insbesondere in der Lage ist, Vegetation sehr realitätsnah abzubilden. So können Landschaften aus (prä-)historischen Zeiten, aber auch zukünftige Landschaften visualisiert werden. Die Software wird inzwischen über eine Ausgründung vermarktet. Auch während des Jahres der Geisteswissenschaften 2007 wird ein Wissenschaftssommer stattfinden: vom 9. bis 15. Juni 2007 in Essen zum Thema „Sprache“.

Vom 18. Mai bis zum 18. September 2006 war das umgebaute Binnenschiff namens „MS Wissenschaft“ im Auftrag von „WiD“ unterwegs – mit Beteiligung des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung (DIfE). Besucher konnten hier ihre Körpermaße in das interaktive Lernprogramm des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung (DIfE) eingeben. Aus Körpermaßen, Alter und Geschlecht errechnete das Computerprogramm dann den persönlichen Energiebedarf, bewertete das Körpergewicht und machte eine Aussage darüber, ob ein erhöhtes Risiko für Stoffwechsel- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen besteht oder nicht. Motivation für das Exponat war, dass in Deutschland gut 65 Prozent der Männer und rund 55 Prozent der Frauen übergewichtig sind, Tendenz steigend. Übergewicht ist ein bedeutender Risikofaktor für Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. – Anlässlich des Anlegens des Ausstellungsschiffs in Mainz veranstaltete WiD eine Pressekonferenz, an der seitens der

außeruniversitären Forschungseinrichtungen Leibniz-Präsident Prof. Rietschel teilnahm. Über Wissenschaftssommer und „MS Wissenschaft“ wurde in allen überregionalen Medien breit Bericht erstattet und zusätzlich regional an den Orten, an denen die Veranstaltungen stattfanden bzw. die „MS Wissenschaft“ anlegte.

Inhaltlich wurden die Aktivitäten vom WiD-Lenkungsausschuss gesteuert. Dessen langjähriger Vorsitzender, Prof. Dr. Treusch, Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich, wurde Ende August von Prof. Dr. Wefer, Universität Bremen, abgelöst. Für die Leibniz-Gemeinschaft nahm Thomas Vogt teil.

## **17. Jahr der Geisteswissenschaft**

Nach einigen Schwierigkeiten im Vorfeld sind die Vorbereitungen zum Jahr der Geisteswissenschaften 2007 im Mai 2006 endgültig gestartet. Das BMBF hat einen Projektstab eingerichtet, der das Jahr koordiniert. Für die konzeptionelle und inhaltliche Seite des Jahres ist Dr. Martin Thomé verantwortlich, der auf Bitte des BMBF aus der Leibniz-Geschäftsstelle bis März 2008 in den Projektstab abgeordnet wurde.

In einer Runde der Allianz-Präsidenten und weiterer Persönlichkeiten aus den Geisteswissenschaften bei Bundesministerin Dr. Schavan wurde am 18. Mai 2006 das Rahmenkonzept verabschiedet, das wesentlich auf den ersten Konzeptvorschlägen basiert, die von der Leibniz-Gemeinschaft schon 2005 dem BMBF und den Allianz-Organisationen vorgelegt worden waren.

Das Jahr steht unter dem Thema „Sprachen des Menschen. Wort – Bild – Gedächtnis“ und zielt auf die Darstellung der Leistungen, Vielfalt und Anwendungsbreite der Geisteswissenschaften in der breiten Öffentlichkeit ebenso wie auf eine nachhaltige strukturelle Stärkung der Geisteswissenschaften. Zu beiden Zielen wurde das BMBF durch die schon angesprochene Runde bei der Ministerin beraten, in der Prof. Rietschel die Leibniz-Gemeinschaft vertritt.

In einem seit Juni laufenden kontinuierlichen Prozess werden möglichst viele Institutionen aus allen Bereichen der Geisteswissenschaften als Partner mit eigenen Veranstaltungen in das Jahr eingebunden; aus der Leibniz-Gemeinschaft sind dabei die Institute der Sektionen A und B mit einer großen Zahl an Aktivitäten beteiligt. Alle in das Jahr eingebundenen Veranstaltungen und ihre Träger werden unter dem Dach einer großen medialen Kampagne während des Jahres bundesweit sichtbar gemacht werden, so dass sie die vielfältigen Kompetenzen der beteiligten geisteswissenschaftlichen Einrichtungen mit hoher öffentlicher Sichtbarkeit darstellen können.

Ansprechpartner: Dr. Martin Thomé (E-Mail: martin.thome@bmbf.bund.de)

## **18. LeibnizX**

LeibnizX ist die Beratungsstelle der Leibniz-Gemeinschaft für Wissenstransfer aus der Forschung in die Wirtschaft („Science2Market“). Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Spin-Off-Beratung. Daneben steht LeibnizX auch für alle andere Fragen des Wissens- und Technologietransfers zur Verfügung und kann sowohl von den Leibniz-Einrichtungen als auch den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Leibniz-Gemeinschaft kostenlos in Anspruch genommen werden. LeibnizX berät Gründer in allen Phasen des Gründungsprojekts. Diese reicht von der Konkretisierung und Strukturierung der Gründungsidee über die Definition von

Produkten bzw. Dienstleistungen bis zur Erstellung eines Businessplans inklusive der Finanzplanung.

Seit der Einrichtung der Beratungsstelle im April 2004 hat LeibnizX insgesamt 30 Projekte, davon 19 in den neuen Bundesländern, beraten und betreut. Die Projekte kommen aus allen fünf Sektionen der Leibniz-Gemeinschaft. Von den 30 Beratungsprojekten wurden bisher acht Projekte aus vier Sektionen mit einer Unternehmensgründung erfolgreich abgeschlossen. Fünf dieser neuen Unternehmen wurden in den neuen Bundesländern gegründet. Aber auch für andere Wege der wirtschaftlichen Verwertung von Forschungsergebnissen bietet LeibnizX Unterstützung an. Die Beratungsstelle hat ein steuerrechtliches Gutachten zum Thema „Errichtung von Verwertungsplattformen innerhalb und außerhalb der Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft“ in Auftrag gegeben. Danach sind grundsätzlich zwei Modelle zur steuerrechtlich korrekten und für den Status der Gemeinnützigkeit unschädlichen Organisation wirtschaftlicher Tätigkeiten in Leibniz-Einrichtungen vorstellbar. Zum einen die Einrichtung eines „Profit-Center“, also eine Inhouse-Lösung im Institut, oder die Gründung einer rechtlich selbständigen „Instituts-GmbH“. Beide Möglichkeiten sind geeignete Wege, um die Forschungsergebnisse und das umfangreiche Wissen der Leibniz-Einrichtungen zu vermarkten und die daraus resultierenden Einnahmen wieder der Forschung zur Verfügung zu stellen. Erste Erfahrungen mit einer Institutsausgründung auf der Grundlage des Gutachtens konnte das Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik (INP) in Greifswald sammeln.

Zum anderen bietet LeibnizX allen Einrichtungen an, einen so genannten „Screening-Workshop“ durchzuführen. Mit Hilfe eines speziell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Einrichtung zugeschnittenen Workshops wird hier strukturiert verwertbares Wissen identifiziert.

LeibnizX wird auch von außen als der zentrale Ansprechpartner für den Wissens- und Technologietransfer der Leibniz-Gemeinschaft wahrgenommen und anerkannt, wie vielfältige Kontakte u. a. zu den anderen Wissenschaftsorganisationen, Verbänden, VC-Gesellschaften, regionalen Beratungsorganisationen oder Industrieunternehmen zeigen.

Ansprechpartner/in: Fritjof Karnani (LeibnizX)  
RA`in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle)

## B. Jahresbericht des Referates Evaluierung

Von den insgesamt sechzehn im Jahr 2006 zur Evaluierung anstehenden Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wurden bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes dreizehn durch Bewertungsgruppen besucht. Der Senat hat auf seinen diesjährigen zwei Sitzungen insgesamt acht förderpolitische Stellungnahmen zu Leibniz-Einrichtungen verabschiedet:

- Deutsches Institut für Ernährungsforschung (DIfE)
- Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK)
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)
- Leibniz-Institut für Neue Materialien (INM)
- Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF)
- Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB)
- Herder-Institut (HI)
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (ifo)

Mit Ausnahme des INM empfahl der Senat bei allen Einrichtungen die vorbehaltlose Weiterförderung. Das INM wird im Jahre 2010 erneut durch eine Evaluierung auf seine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit überprüft.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat seit Übernahme der Evaluierungen im Jahre 2001 39 Stellungnahmen verabschiedet; über weitere sechs wird er in seiner November-Sitzung beraten (FIS, IFM-GEOMAR, FZB, IOW, MBI, IWM). Seit Übernahme des Verfahrens durch die Leibniz-Gemeinschaft werden bis Ende 2006 insgesamt 59 Leibniz-Einrichtungen im Rahmen der Evaluierung besucht worden sein. Die Verfahren, für die noch keine Senatsstellungnahme vorliegt, befinden sich in unterschiedlichen Abstimmungsstadien und werden in der ersten Jahreshälfte 2007 im Senat erörtert.

Bund und Länder sind in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) bisher allen Senatsempfehlungen gefolgt. Dies gilt auch für die vom Senat im November 2005 ausgesprochene Empfehlung, die gemeinsame Förderung der IWF Wissen und Medien gGmbH in Göttingen zu beenden, der die BLK im Oktober 2006 mehrheitlich zustimmte. Nach Auslaufen der Förderung wird die IWF auch aus der Leibniz-Gemeinschaft ausscheiden.

Der Senatsausschuss Evaluierung (SAE) hat sich im Jahr 2006 neben der Vorbereitung der Senatsstellungnahmen auch mit der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Verfahrens befasst. Auf seiner Oktober-Sitzung diskutierte er abschließend ein Dokument, das die Grundsätze zu Aufgaben und Verfahren der Evaluierung zusammenfasst und auch Regelungen für Konfliktfälle enthält. Die Diskussion der Anhänge zu diesem Dokument (u.a. Kriterien ...) wird während der Frühjahrssitzung am 06.02.2007 stattfinden. Dabei sollen auch die Anregungen aus den relevanten Arbeitsgruppen der Leibniz-Gemeinschaft (z.B. bessere Berücksichtigung von Leistungen in Service und Politikberatung bei der Evaluierung) Eingang in die Beratungen finden.

Auf einem Evaluierungs-Workshop der Leibniz-Gemeinschaft im April 2006 in Frankfurt, der von der Geschäftsstelle für die Institutsleitungen organisiert worden ist, wurde ein Entwurf dieses Dokuments vorgestellt und traf insgesamt auf Zustimmung. Anregungen seitens der Mitglieder der Leibniz-Gemeinschaft wurden aufgegriffen und bei den Beratungen im SAE berücksichtigt. Weitere Anregungen wurden von den entsprechenden Arbeitsgruppen des Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft aufgegriffen und werden in die Beratungen des SAE eingebracht (siehe oben).

Die Geschäftsordnung des SAE wurde in diesem Jahr geändert; die wichtigste Neuerung ist die Erhöhung der Zahl seiner wissenschaftlichen Mitglieder von 20 auf 24. Die dadurch und

durch das Ausscheiden einiger Wissenschaftler erforderliche Bestellung neuer SAE-Mitglieder wird bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Durch das Ausscheiden von Prof. Wegener aus dem SAE zum Ende des Jahres war die Wahl eines neuen Vorsitzenden erforderlich. Auf seiner Oktober-Sitzung wählte der SAE für zunächst zwei Jahre als neuen Vorsitzenden Herrn Prof. Reinhard F. Hüttl.

Prof. Hüttl, Inhaber des Lehrstuhls für Bodenschutz und Rekultivierung an der TU Cottbus, ist seit 2005 Mitglied von SAE und Senat, der ihn dieses Jahr zum Senatssprecher Evaluierung ernannte. Bis Januar 2006 Mitglied des Wissenschaftsrates und Vorsitzender von dessen Wissenschaftlicher Kommission kann Prof. Hüttl auf eine lange Erfahrung in Evaluierungsfragen zurückblicken.

Seit Dezember 2005 wird das Referat Evaluierung von Dr. Carsten Klein geleitet; seine Stellvertreterin ist PD Dr. Susanne Holstein.

### Mitglieder Senatsausschuss Evaluierung

Stand: 24. Oktober 2006

Prof. Dr. Dietrich <b>Wegener</b> - <i>Vorsitzender (bis 31.12.2006)</i> - Lehrstuhl für Experimentelle Physik V, Universität Dortmund
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrike <b>Beisiegel</b> - <i>Stellvertretende Vorsitzende</i> - Institut für Molekulare Zellbiologie, Zentrum für Experimentelle Medizin, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Prof. Dr. Kirsten <b>Adamzik Bévand</b> Département de langue et de littérature Allemande, Université de Genève
Ltd. MR Dr. Klaus <b>Bartholmé</b> Thüringer Kultusministerium – Abteilung Wissenschaft, Hochschulen und Forschung, Erfurt
Prof. Dr. Drs. h. c. Jürgen <b>Baumert</b> Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
Dir. und Prof. Dr. Martina <b>Brockmeier</b> Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig
Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf <b>Emmermann</b> GeoForschungszentrum Potsdam
Prof. Dr. Paul <b>Gans</b> Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Abteilung Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim
Prof. Dr. Max-Emanuel <b>Geis</b> Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. Dr. Prof. h. c. mult. Thomas <b>Geßner</b> Zentrum für Mikrotechnologien, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, TU Chemnitz
Prof. Dr. Bernhard <b>Graf</b> Institut für Museumskunde, Staatliche Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz
Prof. Dr. Regine <b>Hakenbeck</b> Abteilung Mikrobiologie, TU Kaiserslautern
Prof. Dr. Hubert <b>Heinelt</b> Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt



MR Jochen <b>Homann</b> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard F. <b>Hüttl</b> - <i>(Vorsitzender ab 01.01.2007)</i> - Lehrstuhl für Bodenschutz und Rekultivierung, BTU Cottbus
Prof. Dr. Stefan <b>Meuer</b> Institut für Immunologie, Universität Heidelberg
Prof. Dr. Wolfgang E. <b>Nagel</b> Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen (ZIH), Institut für Technische Informatik, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Brigitte <b>Nixdorf</b> Forschungsstelle Bad Saarow, Lehrstuhl Gewässerschutz, BTU Cottbus
Prof. Dr. Wolfram <b>Richter</b> Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre (Öffentliche Finanzen), Universität Dortmund
RegDir Dr. Thomas <b>Roth</b> Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Prof. Dr. Hermann <b>Sahm</b> Institut für Biotechnologie, Forschungszentrum Jülich GmbH
MDgt. Dr. Frank <b>Speier</b> Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Rudolf <b>Tippelt</b> Institut für Pädagogik, Ludwig-Maximilians-Universität München
MinR Michael <b>Wagner</b> Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Prof. Dr. Richard <b>Wagner</b> Institut Laue-Langevin, Grenoble
Prof. Dr. Günter <b>Weimann</b> Fraunhofer IAF – Institut für Angewandte Festkörperphysik
<b>Stellvertreter für die Vertreter der Länder</b>
SenDirig Wolfgang <b>Eckey</b> Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur Berlin
MinDirig Dr. Josef <b>Glombik</b> Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
MinDirig Dr. Heribert <b>Knorr</b> Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Stuttgart
<b>Nicht stimmberechtigte Mitglieder</b>
Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Th. <b>Rietschel</b> Präsident der Leibniz-Gemeinschaft Forschungszentrum Borstel, Zentrum für Medizin und Biowissenschaften
Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard <b>Müller</b> Wissenschaftlicher Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft Evaluierungsbeauftragter des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Dresden
MinDirig Jürgen <b>Schlegel</b> Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn
Dr. Carsten <b>Klein</b> Leiter des Referats Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft, Bonn

## C. Personalübersicht Geschäftsstelle und Referat Evaluierung

Geschäftsstelle (Stand: November 2006)

Name	Position	Aufgaben	%-Anteil
<b>Dr. M. Klein</b> (befristet bis 01.03.2011)	Generalsekretär	Vertretung in der BLK (A FF, BG BLE) Gremien Wissenschaftspolitische Kontakte Grundsatzfragen/Strategie	15 % 25 % 35 % 25 %
<b>Dr. A. Binder</b>	Stv. Generalsekretärin	Geschäftsleitung Sektion E Gremiovorbereitung Evaluierungsfragen Arbeitsgruppen Kontakte zu WR, DFG, MPG, HGF	50 % 5 % 10 % 20 % 5 % 10 %
<b>R. Steegers</b> (befristet bis 31.03.2008)	Wiss. Referent	Sektion A Sektion B IVS AK Bibliotheken & Informationseinrichtungen AK Museen AK Open Access AG Archive SAW-Verfahren Arbeitsgruppen Kontakt zu Akademien Ressort- und Länderzuständigkeit	10 % 10 % 10 % 10 % 5 % 10 % 5 % 30 % 10 % 0 % 0 %
<b>Dr. J. Rissler</b> (befristet bis 31.12.2007)	Wiss. Referent	Sektion D Gremien Internationales Nachwuchsförderung Leibniz-DAAD-Stipendienprogramm Arbeitsgruppen Kontakt zu FhG, BDI, DIHK, AiF, DAAD, AvH Ressort- und Länderzuständigkeit	10 % 25 % 20 % 5 % 5 % 25 % 10 % 0 %
<b>RA'in S. Taufenbach</b> (befristet bis 31.10.2007)	Wiss. Referentin	Verwaltungsausschuss Administrative Arbeitskreise Arbeitsgruppen Verwaltung der Geschäftsstelle Allgemeine Rechtsfragen EU-Rechtsfragen Wissenstransfer Projektleitung LeibnizX	10 % 5 % 5 % 30 % 30 % 10 % 5 % 5 %
<b>Dipl.-Geol. Thomas Vogt, M.A</b> (befristet bis 31.02.2008)	Wiss. Referent	Pressesprecher Reden des Präsidenten Betreuung Homepage AK Presse AK Nachhaltigkeit	20 % 20 % 10 % 10 % 10 %

		WiD Veranstaltungen: Jahrestagung Ressort- und Länderzuständigkeit	15 % 10 % 5 %
<b>C. Herbolt-von Loeper, M.A</b>	Wiss. Referent	Leibniz-Journal Leibniz-Newsletter Reden und Vorbereitungen Preise Veranstaltungen: Parlamentarische Abende, Leibniz-Frühstück Kontakte zu Wissenschaftspressekonferenz	45 % 10 % 15 % 5 % 15 % 5 % 5 %
<b>Dr. K. Brandt</b> (befristet bis 30.11.2007)	Wiss. Referentin	Persönliche Ref. des Präsidenten Betreuung Sektion C ( <i>aushilfsweise</i> ) AK Chancengleichheit ( <i>aushilfsweise</i> ) Ressort- und Länderzuständigkeit	80 % 5 % 15 % 0 %
<b>Dr. M. Häckel</b>	Wiss. Referent	Leitung Brüssel-Büro AK Europa Arbeitsgruppen	80 % 10 % 10 %
<b>Dr. J.-S. Fritz</b> (befristet bis 30.06.2009)	Wiss. Referent	Brüssel-Büro	100 %
<b>A. Martinez</b> (befristet bis 30.06.2008)	Assistentin	Sekretariat Brüssel-Büro	100 %
<b>N.N.</b> (nicht besetzt)	Adm. Referent (U. Kremer)	Personal Finanzen	50 % 50 %
<b>N.N.</b> (nicht besetzt)	Assistenz des GenSek.	Nachbesetzung K. Luppus; abgeordnet zum 01.11.06 ins Ref. E.	100 %
<b>K. Winzer</b>	Sekretärin	Sekretariat Bonn	100 %
<b>M. Kohlmorgen</b>	Sekretärin	Sekretariat des Präsidenten ( <i>Finanzierung durch FZB</i> )	100 %
<b>A. Agger</b> (befristet bis 30.11.2007)	Sekretärin	Schreibkraft des Präsidenten	100 %
<b>Dipl.-Ing. R. Mcharek</b>	Sachbearbeiter	AK IT Technische Infrastruktur EDV-Anlagen technischer Webmaster	5 % 30 % 40 % 25 %
<b>A. Brunner</b>	Sekretärin	Beschaffung/Inventarisierung Veranstaltungsorganisation Vertretung Sekretariat Bonn	30 % 50 % 20 %
<b>S. Weichert</b>	Sachbearbeiter	SAW-Verfahren Verwaltungsausschuss AK IT Finanzen Daten & Statistik Liegenschaften	35 % 10 % 5 % 25 % 20 % 5 %

<b>M. Kolfenbach</b>	Sachbearbeiterin	Finanzbuchhaltung Reisekosten (auch für Begehungsgruppen)	40 % 60 %
<b>RA'in A. Pelzer</b>	Wiss. Referentin	Mutterschutz (Rückkehr in 2007)	
<b>Leibniz X</b>	<b>BMBF-Projekt</b> befristet bis 31.08.2008	F. Karnani (50 %), K. Kricheldorf (50 %), J. Strompen (50 %)	
<b>GID</b>	<b>BMBF-Projekt</b> befristet bis 31.12.2006	Dr. K. Weisrock (50 %)	

#### Übersicht Referat Evaluierung (November 2006)

Name	Position	Befristung bis	Zuständigkeit/ Sektionen
<b>Dr. C. Klein</b>	Referatsleiter	14.09.2010	
<b>PD Dr. S. H. Holstein</b>	Stv. Referatsleiterin	14.08.2007	C
<b>Dr. D. Leitner</b>	Wiss. Referent	31.12.2006	C, D
<b>Dr. M. Werner</b>	Wiss. Referent	31.01.2008	D, E
<b>Dr. A. Kahle</b>	Wiss. Referent	31.03.2008	D
<b>Dr. H. Weyerts</b>	Wiss. Referentin	unbefristet	A
<b>C. Joerk</b>	Wiss. Referentin	unbefristet (mit Berlin-Klausel)	B
<b>K. Luppus</b>	Assistenz des Referatsleiters	unbefristet	
<b>S. Künzel</b>	Sekretariat	unbefristet (mit Berlin-Klausel)	
<b>A. Müller</b>	Sekretariat	31.07.2007 (Probezeit bis 15.01.2007)	

## **Anhang zum Jahresbericht**

### **1. Europa**

#### **1.1. Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007**

Im 1. Halbjahr 2007 wird Deutschland turnusgemäß die Ratspräsidentschaft übernehmen; das nächste Mal dann erst wieder in 13 Jahren. Auch wegen des gleichzeitigen Starts des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms in 2007 spielt die EU-Forschungspolitik eine prominente Rolle. Das Brüssel-Büro hat diesbezügliche institutsübergreifende Aktivitäten koordiniert. Dazu gehört vor allem die forschungspolitisch wirksam angelegte Konferenz zur Nachhaltigkeitsforschung „Nachbarschaft für Nachhaltigkeit: Von Lissabon nach Leipzig“, die vom 8. bis 10. Mai 2007 in Leipzig geplant ist. Die Initiative zu der Konferenz kam von den Brüssel-Büros der Wissenschaftsorganisationen, so dass nun in einer einzigartigen Konstellation diese Konferenz von allen außeruniversitären Forschungsorganisationen gemeinsam mit Koordination des BMBF unter Einbindung des Umweltministeriums und weiterer Partner organisiert wird. Mit der Konferenz soll betont werden, dass die Nachhaltigkeitsforschung ein Motor für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas ist. Außerdem wird demonstriert, wie die Forschung in diesem Bereich die zukünftige Entwicklung Europas im globalen Umfeld stärken kann. Sie bietet der Forschung die Möglichkeit, Ergebnisse auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit einem nationalen und internationalen Publikum aus Forschung und Politik zu präsentieren und so mittelfristig dieses Thema in der nationalen und europäischen Förderlandschaft zu verankern. Die Konferenz wird einen politischen und einen wissenschaftlichen Teil haben. Für den politischen Teil ist u. a. ein informelles Ministertreffen geplant, während der wissenschaftliche Teil aus einer strategisch ausgerichteten Fachkonferenz besteht. Insgesamt werden ca. 500 Teilnehmer erwartet. Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Bundesministerin Dr. Schavan und natürlich hohe Repräsentanten der europäischen Institutionen sind angefragt. Um die Exzellenz des wissenschaftlichen Programms sicherzustellen, hat ein hochkarätiges Wissenschaftskomitee die inhaltliche Gestaltung des Programms übernommen. Auf Vorschlag der Leibniz-Gemeinschaft sind dort vertreten: Prof. Wiggering (ZALF), Prof. Müller (IÖR), Prof. Claudia Kemfert (DIW Berlin) und Prof. Oszlany (Institute of Landscape Ecology, Slovak Academy of Sciences). Von Leibniz-Seite wird zudem ein „Zwischenruf“ mit entsprechenden Themen zu diesem Ereignis publiziert.

Zu den weiteren Veranstaltungen, die unter Beteiligung des Brüssel-Büros geplant wurden, gehören zum Beispiel eine Konferenz zu Kulturlandschaften unter Federführung des Deutschen Bergbaumuseums (DBM) im Juni 2007 und die vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) ausgerichtete Konferenz mit dem Titel „Wissen für Handeln – Forschungsstrategien für eine evidenzbasierte Bildungspolitik“ (geplant für März 2007). Die Verknüpfung zum Jahr der Geisteswissenschaften ist evident.

Zudem hat die Leibniz-Gemeinschaft an der Gestaltung der Konferenz zu e-science und Open Access mitgewirkt, die Anfang Mai 2007 unter BMBF/HRK-Planung stattfinden wird, und der exklusiven Auftaktveranstaltung des European Research Council am 17./18. Februar in Berlin, die die DFG in Abstimmung mit der EU-Kommission plant.

#### **1.2. European Research Council**

Der European Research Council (ERC) als Teil des Spezifischen Programm „Ideas“ soll exzellente Projekte der Grundlagenforschung fördern und den wissenschaftlichen Nachwuchs im Blick haben. Dabei werden alle wissenschaftlichen und technologischen Fachbereiche einschließlich der Ingenieurwissenschaften, der sozioökonomischen Wissenschaften und der Geisteswissenschaften gefördert. Das unabhängige Wissenschaftliche Komitee des ERC (Vorsitzender: Prof. Fotis Kafatos, Generalsekretär: Prof. Ernst-Ludwig Winnacker) wacht mit

der EU-Kommission darüber, dass die Förderprozesse rein wissenschaftsgetrieben sind. Der ERC wird daher einen Bottom-Up-Approach verfolgen und die Projekte nach dem Prinzip des Peer-Reviews auswählen. „Ideas“ erschließt damit ein neues Förderpotenzial auf europäischer Ebene. Mit voraussichtlich 7,5 Milliarden Euro (über 7 Jahre) steht das Programm an zweiter Stelle hinter „Cooperation“. Beachtlich ist die Progressivität der finanziellen Ausstattung des ERC: Von rund 300 Millionen Euro im ersten Jahr 2007 soll der Etat auf 1,7 Mrd. Euro in 2013 steigen.

Der ERC hat sich mit zwei Strategie-Mitteilungen in 2006 zu seinen Plänen geäußert, der „ERC Launch Strategy“ und „The ERC Starting Independent Researcher Grant“. In der Launch Strategy erklärt der ERC seinen Anspruch als Förderinstitution auf Basis wissenschaftlicher Exzellenz. Er erläutert die vorgesehenen Förderlinien für junge - auf der einen - und alle Wissenschaftler in einer späteren Karrierestufe - auf der anderen Seite. Die zweite Mitteilung widmet sich der ersten Ausschreibung des ERC (Ende 2006/Anfang 2007) mit einem Budget von rd. 300 Mio. Euro. Dieser Etat soll über eine Ausschreibung rund 200 exzellenten Nachwuchsforschern den Auf- oder Ausbau einer eigenen Gruppe ermöglichen (ca. 1.5 Mio. pro Gruppe).

Der European Research Council bat um Personenvorschläge für die Besetzung seiner 18 Gutachter-Panels (ca. 180 Mitglieder). Diese Panels werden auf europäischer Ebene mit Hilfe externer Peers die Anträge beim ERC zur Förderung auswählen. Die Leibniz-Gemeinschaft hat eine Liste geeigneter Namen aus der Leitungsebene der Institute zusammengestellt und dem Wissenschaftsrat bzw. der DFG für die Zusammenstellung einer nationalen Liste sowie auch dem ERC übermittelt. Die Leibniz-Nominierungen erfolgten in Rücksprache mit den Sektionssprechern oder entsprechenden Institutsleitungen. Der ERC wählt nun die Panelvorsitzenden und -mitglieder aus. Insgesamt sind rund 5.700 Vorschläge beim ERC eingegangen. Die Veröffentlichung der ausgewählten Panelmitglieder wird für November 2006 erwartet und war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wird auch eine Leibniz-Liste geeigneter Gutachter (ca. 1.000 sind insgesamt nötig) für den Pool des ERC und des 7. Rahmenprogramms zusammengestellt.

### **1.3. European Institute of Technology**

Die EU-Kommission hat 2005 vorgeschlagen, ein Europäisches Institut für Technologie (EIT) zu errichten. Ziel dieses EIT ist die Umsetzung von Wissen in Produkte. Vor diesem Hintergrund führte die Kommission in 2005 eine Internetkonsultation zur Schaffung eines EIT durch. Im Februar 2006 legte die Kommission ihre Mitteilung „Umsetzung der erneuerten Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Markenzeichen für Wissen: Das Europäische Technologieinstitut“ vor. Auf dem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2006 ersuchte der Europäische Rat die Kommission, einen Vorschlag zur weiteren Realisierung des EIT vorzulegen, da die erste Mitteilung zu viele Fragen offen ließ (z. B. zu Struktur, Rechtsstatus, Finanzierung). Daraus resultierte die Mitteilung der Kommission vom Juni 2006 „Das Europäische Technologieinstitut: Die nächsten Schritte“.

Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung unter Federführung des BMBF dazu einen Konsultationsprozess gestartet, in der die Leibniz-Gemeinschaft – vertreten durch Prof. Sandner (MBI) und das Brüssel-Büro - folgende Punkte erfolgreich in die Diskussion einbrachte.

- Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt das Konzept, ein European Institute of Technology (EIT) einzurichten, wie es derzeit innerhalb der Europäischen Kommission diskutiert wird, wenn es dezentral und zunächst aufbauend auf vorhandenen europäischen Ressourcen organisiert wird.
- Die Einbindung dieser Ressourcen soll dabei in einem wettbewerblichen Verfahren und ausschließlich nach Exzellenzkriterien erfolgen. Die Organisation dieses Prozes-

ses kann in Analogie zur Entstehung des ERC erfolgen, ohne diesen jedoch maßgeblich zu beteiligen.

- Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt dabei insbesondere die Idee der 'zielgerichteten Vernetzung' vorhandener Ressourcen in dem Dreieck „research“, „education“ und „innovation“. 'Ziele' der Vernetzung sind dabei Schwerpunktthemen von gesamteuropäischer Bedeutung, welche die Mission eines künftigen EIT darstellen könnten. Die Umsetzung der Vernetzung kann z. B. mit Hilfe eines neuen Förderinstruments erreicht werden, das sowohl die Vernetzung innerhalb der Felder des Dreiecks als auch untereinander zum Ziel hat.
- Die Leibniz-Gemeinschaft geht davon aus, dass die Realisierung eines (oder mehrerer) EIT nur in einem mehrstufigen Prozess erfolgen kann, wobei - unter strenger Beachtung von Wettbewerbs- und Exzellenzkriterien - auch eine periodische Evaluierung und Selektion vorgesehen sein muss.
- Für die ersten Stufen dieses Prozesses sollen die Fördermittel so bemessen sein, dass sie zwar die Initiierung des Prozesses ermöglichen, aber keinen wesentlichen Einschnitt in das 7. Rahmenprogramm einschließlich des ERC darstellen. Ab dem Jahr 2009 muss das EIT im Zuge der Haushaltsrevision mit frischen Mitteln außerhalb des Forschungsbudgets ausgestattet werden.
- Die rechtliche Herauslösung von Einrichtungen (oder Teilen) aus ihrem nationalen rechtlichen Umfeld ist nicht sinnvoll.

Die EU-Kommission hat diese Hinweise in ihrer weiterführenden Mitteilung zum EIT (Oktober 2006) berücksichtigt. Parallel formieren sich anwendungsnah arbeitende Forschungseinrichtungen innerhalb europäischer Verbände, um sich für die Strukturen und Inhalte des kommenden EIT zu positionieren und frühzeitig institutionell einbezogen zu sein.

#### 1.4. European Researchers Charta und Code of Conduct

Die Europäische Charta für Forscher ist ein von der Europäischen Kommission herausgegebener Kodex für Forscher und ihrer Arbeitgeber bzw. Förderer. Die Charta für Forscher umreißt Rechte und Pflichten der Forscher und ihrer Förderungsinstitutionen, der Verhaltenskodex formuliert Prinzipien für die Vergabe von Forscherstellen und Förderungen für die Einstellung von Forschern. Am 11. März 2005 hat die Europäische Kommission die Charta im Rahmen einer *Empfehlung* veröffentlicht. Alle EU-Mitgliedsländer haben dieser Empfehlung vorher zugestimmt; der Text ist nicht änderbar. Die Kommission will mit diesen Empfehlungen zur Entwicklung eines attraktiven, offenen und beständigen europäischen Arbeitsmarktes für Forscher beitragen. Das Papier gliedert sich in drei Teile: im ersten Teil werden Rechte und Pflichten jedes Forschers behandelt: Freiheit der Forschung, ethische Grundsätze des Forschers, wissenschaftliche Redlichkeit sowie Veröffentlichungs- und Erklärungspflicht. Der zweite Teil enthält allgemeine Grundsätze und Anforderungen für Arbeitgeber, Forschungsförderer und Geldgeber. Arbeitgeber und Förderer sollten ein motivierendes Arbeitsumfeld schaffen; alle Forscher, die eine entsprechende Berufslaufbahn eingeschlagen hätten, seien als Angehörige einer Berufsgruppe anzusehen und entsprechend respektvoll zu behandeln, vom Graduierten bis zum Lehrstuhlinhaber. Für Nachwuchsforscher wird in der Charta eine vertraglich festgehaltene Betreuungs- und Arbeitsbeziehung eingefordert. Forscher seien auf allen Stationen ihrer beruflichen Laufbahn angemessen zu besolden. Der Trend, Wissenschaftlern nur noch kurzfristige Arbeitsverträge zu geben, wird ausdrücklich kritisiert. Flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sollen es ermöglichen, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Der dritte Teil, der Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern, formuliert Grundsätze für die Einstellung von Forschern. Arbeitgeber und Forschungsförderer sollen Einstellungsverfahren festlegen, die offen, effizient, transparent und international vergleichbar sind. In Auswahl Ausschüssen müsse sowohl ein breites Spektrum an Fachkenntnissen und Fähigkeiten vertreten sein, als auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen herrschen. Gefordert wird eine breite Palette an

Auswahlmethoden wie zum Beispiel Bewertungen durch externe Fachverständige oder persönliche Bewerbungsgespräche.

- Einstellungsverfahren sollen offen, transparent, effektiv und international vergleichbar sein.
- Behörden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollen rechtliche und verwaltungstechnische Hindernisse für Mobilität abbauen.
- Mobilität soll höher eingeschätzt werden. Der Wert geografischer, sektorüberschreitender Forschung (zwischen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Forschung) soll als ein bedeutendes Mittel zur Ausweitung wissenschaftlicher Kenntnisse und zur beruflichen Weiterentwicklung in jeder Etappe einer Forscherlaufbahn anerkannt werden.
- Die Arbeitsbedingungen sollen es Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Arbeit, Kinder und Karriere verbinden zu können.
- Die Beschäftigung von Wissenschaftlern soll möglichst beständig sein, damit die Stabilität von Arbeitsverträgen nicht deren Leistung beeinträchtigt.
- Ruhegehaltsansprüche sollen innerhalb der EU übertragbar sein, damit Forscher, die im Laufe ihres Lebens ihren Arbeitsplatz in Europa mehrfach wechseln oder ihre Laufbahn unterbrechen, keine Verluste ihrer Sozialversicherungsansprüche hinnehmen müssen.
- Zu einer fairen Bezahlung von Forschern gehört Sozialversicherungsschutz: Krankheits- und Elternschaftsregelungen, Ruhegehaltsansprüche, Arbeitslosen-Leistungen.

Die Leibniz-Gemeinschaft hat sich in erster Linie dafür eingesetzt, dass die Charta nicht Voraussetzung für die Antragsberechtigung in europäischen Programmen sein wird. Folgende Kritikpunkte sind zudem in die Diskussion eingebracht worden:

- Finanzierung und Gehälter: Die Forderung nach sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist mit der Arbeit von Stipendienorganisationen nicht vereinbar. Die Umsetzung der Charta sollte daher die übliche Praxis der Stipendienvergabe berücksichtigen.
- Befristung: Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, sie sind ein wichtiges Instrument, um die Ausbildungsaufgabe von Forschungseinrichtungen und eine belebende Fluktuation im wissenschaftlichen Bereich zu gewährleisten.
- Gesellschaftliche Verantwortung: Für Wissenschaftler müssen auch solche Forschungsprojekte möglich sein, deren gesellschaftliche Relevanz nicht unbedingt auf den ersten Blick sichtbar ist.
- Transparenz: Wissenschaftler, die sich vergeblich für eine Stelle beworben haben, sollen nach Kommissionsansicht umfassend über die Gründe der Ablehnung informiert werden. Der damit einhergehende Verwaltungsaufwand - bei zweifelhaftem Nutzen - ist zu groß.
- Begrifflichkeit: Der Begriff des 'Forschers' ist in der Charta sehr weit gefasst und stimmt nicht mit dem Verständnis der Leibniz-Gemeinschaft überein (z. B. könnten Wissenschaftsjournalisten darunter fallen).
- Die Charta kann von Wissenschaftsorganisationen allein nicht umgesetzt werden, da oft der Gesetzgeber gefragt ist (z. B. Mitnahme von Rentenansprüchen).

Auf Bitten der Leibniz-Gemeinschaft hat die Alexander von Humboldt-Stiftung in enger Abstimmung mit allen Wissenschaftsorganisationen eine gemeinsame Stellungnahme zur Charta entworfen, die u. a. auch von der HRK, der Fraunhofer-Gesellschaft oder Helmholtz-Gemeinschaft unterzeichnet wurde. Diese Stellungnahme erkennt die Ziele der Charta an und verweist auf die kritischen Punkte in der Umsetzung.



## 1.5. Beteiligungsregeln für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm

Die Beteiligungsregeln sind ein sehr zentrales Dokument in der Europäischen Forschungsförderung. Sie legen insbesondere den rechtlichen Rahmen, die Förderquoten und die Vergabeverfahren fest. Sie sind ein zentraler Hebel, um die administrative Vereinfachung der Europäischen Forschungsförderung zu ermöglichen. Da die Beteiligungsregeln als Verordnung der Europäischen Gemeinschaft verfasst sind, gelten sie unmittelbar und direkt in jedem Mitgliedsstaat und sind *lex specialis* gegenüber nationalen Vorschriften. Sie müssen somit die Rechtsprechung und administrative Praxis in allen am Rahmenprogramm teilnehmenden Staaten berücksichtigen, was zwangsläufig immer zu Kompabilitätsschwierigkeiten und Neuerungen bei individuellen Teilnehmern mit existierenden Projektmanagementstrukturen führt. Aus diesen Gründen unterliegen die Regeln bis zur formalen Verabschiedung im Dezember 2006 sehr intensiven Diskussionen. In einem sehr frühen Stadium koordinierte auf deutscher Seite das BMBF einen fruchtbaren Abstimmungsprozess, der in einer nationalen Stellungnahme mündete. Hier brachte sich die Leibniz-Gemeinschaft intensiv ein, wobei zudem in entscheidenden Punkten ausgiebig und konstruktiv der direkte Kontakt zur EU-Kommission und EU-Parlament genutzt wurde. Obwohl der Abstimmungsprozess erst im Dezember beendet sein wird, zeigen die letzten Entwürfe der Beteiligungsregeln, dass die Leibniz-Gemeinschaft sich in zwei für sie besonderes wichtigen Punkten erfolgreich einbringen konnte. Besonders kritisch an den ersten Versionen der Beteiligungsregeln war die Definition einer „öffentlichen Einrichtung“ bzw. „public body“. Danach waren alle privatrechtlich organisierten Leibniz-Einrichtungen, d. h. rund zwei Drittel der Institute, allein aufgrund ihrer Rechtsform (GmbH, Stiftung privaten Rechts etc.) nicht mehr als „public body“ definiert. Daraus wiederum folgten bestimmte Haftungsregeln, die u. a. auch eine Beteiligung an dem so genannten Garantiefonds vorgeschrieben haben. In diesen Fonds soll ein Teil der Fördersumme fließen, um z. B. bei Ausfällen einzelner Projektpartner die EU-Kommission schadlos zu halten. Dies wiederum würde i. A. Diskrepanzen zur jeweiligen Haushaltsordnung generieren, da danach die Begründung von Eventualverbindlichkeiten unzulässig ist. Neben diesem eher formalen Aspekt brächte dies aber auch substantielle finanzielle Nachteile mit sich, da die auszahlenden EU-Projektmittel um den Betrag für den Garantiefonds abgesenkt werden (geplant sind 1 % der Mittel). Hochgerechnet auf die Leibniz-Gemeinschaft ergäbe dies eine Summe von 1,4 Mio. Euro, die im Laufe des 7. Rahmenprogramms nicht an die Leibniz-Institute geflossen wären (unter der Annahme, dass die EU-Mitteleinwerbung der betroffenen Institute nur 20 Mio. p. a. beträgt). Als erfreulicher zweiter Punkt ist zu nennen, dass die Beteiligungsregeln für Leibniz-Institute eine Förderquote von 75 % (bisher max. 50 %) erlauben, da alle Einrichtungen über Vollkostenrechnung verfügen.

Auf Initiative der Leibniz-Gemeinschaft hat sich die Allianz der Wissenschaftsorganisationen an die Bundesregierung gewandt, um die Patentregelungen so auszugestalten, dass die Verhandlungsposition kleiner Forschungspartner im Verhältnis zu multinationalen Unternehmen verbessert oder zumindest keine Verschlechterung gegenüber dem 6. Rahmenprogramm erfährt.

## 1.6. Neufassung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Grundsätzlich ist die öffentliche Forschungsförderung als staatliche Beihilfe definiert, sodass Forschungseinrichtungen unmittelbar vom Beihilferahmen betroffen sind. Das neue Regelwerk zu staatlichen Beihilfen (allg.: „Subventionen“) für Forschung, Entwicklung und Innovation gibt den EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, staatliche Beihilfen als zusätzliches Mittel zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu nutzen. Als Grund dafür kommt vor allem „echtes Marktversagen“ in Frage. Der Gemeinschaftsrahmen gilt jeweils für fünf Jahre, wobei die Neufassung ab dem 1. Januar 2007 gelten soll und damit zwei Jahre später in Kraft treten soll als geplant. Dies hängt vor allem mit der hohen Komplexität der Materie, der Bedeutung des Gemeinschaftsrahmens für die einzelstaatliche Politik und den damit einhergehenden Diskussionsbedarf in den Mitgliedsländern zusammen. Seit 2003 arbeitet die

Leibniz-Gemeinschaft unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums in entsprechenden Gremien mit. Die daraus resultierende deutsche Position hat die Interessen der Leibniz-Gemeinschaft voll berücksichtigt, wobei als wesentlich die Privilegierung öffentlicher Forschungseinrichtungen gilt. Der derzeit geltende Gemeinschaftsrahmen sieht ausdrücklich eine Privilegierung öffentlicher Forschungseinrichtungen vor (Ziffer 2.4: „Die staatliche Finanzierung von FuE-Tätigkeiten durch öffentliche, nicht gewinnorientierte Hochschul- oder Forschungseinrichtungen fällt im allgemeinen nicht in den Anwendungsbereich des Artikels 92 Absatz 1 EG-Vertrag.“). Auch die staatliche Förderung der Zusammenarbeit mit der Industrie ist unter bestimmten Bedingungen (u. a. marktübliches Entgelt für die Dienstleistungen, Erstattung der Projektkosten in voller Höhe) privilegiert. Der letzte Entwurf des Gemeinschaftsrahmens vom 14. September 2006 lief jedoch de facto auf die Aufhebung dieser Privilegierung hinaus. Die Leibniz-Gemeinschaft hat die Fortführung dieser Privilegierung von Beginn an als unerlässlich in die Diskussion eingebracht. Auf Initiative der Leibniz-Gemeinschaft hat sich die Allianz der Wissenschaftsorganisationen gemeinsam bei den relevanten EU-Kommissaren (Verheugen, Kroes, Potocnik, Figel) und der Bundesregierung für die Fortführung der Privilegierung ausgesprochen.

Weiterhin hat sich die Leibniz-Gemeinschaft u. a. dafür eingesetzt, dass die Rechtsform einer Forschungseinrichtung nicht als Kriterium für deren Gemeinnützigkeit herangezogen wird und dass der Beihilferahmen den Instituten nicht mehr Regeln auferlegt, als sie durch die Beteiligungsregeln im 7. Rahmenprogramm bereits gegeben sind. Die Leibniz-Gemeinschaft hat daher erfolgreich eine Initiative der Allianz der Wissenschaftsorganisationen angeregt und die thematisch involvierten EU-Kommissare und die Bundesregierung über diese Bedenken informiert. Die endgültige Fassung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation wird voraussichtlich Ende 2006 verabschiedet.

### **1.7. Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen (KoWi)**

Die Leibniz-Gemeinschaft ist seit 1998 Mitglied im Trägerverein der KoWi. In 2006 setzte bei der KoWi ein Strategieprozess ein, in dessen Zuge die KoWi ein politisches Mandat für die Unterstützung bei der Vertretung der deutschen Hochschulforschung, den DAAD und die AvH bei den europäischen Institutionen bekam. Alle bisherigen Aufgaben wie Beratung, Schulung und Information nimmt die KoWi satzungsgemäß wie bisher und in vollem Umfang auch für die Leibniz-Einrichtungen wahr.

## **2. Europäisches Gesellschaftsrecht**

### **EWIV – Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EEIG)**

Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung ist die erste europäische Gesellschaftsform, die nicht mehr auf nationalem Recht beruht, sondern auf unmittelbar anwendbarem europäischem Sekundärrecht. Mit ihr wurde allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits im Jahr 1985 ein gemeinschaftlicher Kooperationsrahmen zur Verfügung gestellt.

Die EWIV geht in den wesentlichen Konturen auf die französische Rechtsform des *Groupe-ment d'intérêt économique* (GIE) zurück und versteht sich als eine Personengesellschaft, deren Zweck darin besteht, die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zu erleichtern oder zu entwickeln sowie die Effizienz dieser Tätigkeit zu verbessern.

Die EWIV wurde 1985 auf der Rechtsgrundlage von Art. 235 EGV a.F. (Art. 308 EGV) geschaffen, wobei die „Verordnung (EWG-VO Nr. 2137/85) des Rates vom 25.07.1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) und die Ausführungsgesetze der einzelnen Mitgliedsstaaten (in Deutschland das EWIV-Ausführungsgesetz vom 14.04.1988) die Rechtsquellen der EWIV bilden. Eine in Deutschland ansässige EWIV kann in etwa mit einer Offenen Handelsgesellschaft (OHG) nach deutschem Recht verglichen werden.

Der Zweck einer EWIV liegt darin, die grenzüberschreitende, unternehmerische Zusammenarbeit zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas zu steigern. Sie muss aus mindestens zwei Mitgliedern verschiedener Mitgliedsstaaten bestehen. Dies können Gesellschaften und andere Einheiten des öffentlichen und privaten Rechts sowie auch natürliche Personen sein. Die EWIV hat eine eigene Rechtspersönlichkeit, d. h. sie kann eigenständig Träger von Rechten und Pflichten sein, aber ihre Mitglieder behalten trotzdem ihre rechtliche Unabhängigkeit. Die Vertretung der EWIV erfolgt durch einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie muss in dem Sitzland nach dem jeweiligen nationalen Recht in das Handelsregister eingetragen werden. Eine EWIV darf nicht mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigen und sich nicht an den öffentlichen Kapitalmarkt wenden. Die Mitglieder einer EWIV unterliegen der unbeschränkten und gesamtschuldnerischen Haftung. Allerdings gibt es Möglichkeiten, das Haftungsrisiko zu minimieren bzw. einzuschränken, was insbesondere für öffentliche Einrichtungen von großer Bedeutung sein kann. Vorteile einer EWIV im Forschungsbereich sind insbesondere:

- Die EWIV ist Einheitsrecht und somit in allen EU-Mitgliedsstaaten einheitliches Gesellschaftsrecht.
- Die EWIV besitzt die volle Rechtsfähigkeit, lässt jedoch ihren Mitgliedern ihre wirtschaftliche und rechtliche Unabhängigkeit.
- Bezüglich der Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen und öffentlichen Ausschreibungen ist die EWIV alleine antragsberechtigt.
- Die EU-Kommission steht dem Rechtsinstitut der EWIV äußerst positiv gegenüber. Sie ist innerhalb der Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union allein antragsberechtigt und kann selbst den Konsortialvertrag mit der EU-Kommission abschließen (Voraussetzung ist hier der Zusammenschluss von mindestens drei Mitgliedern aus verschiedenen Mitgliedsstaaten). Die EWIV bietet gerade für EU-Projekte einen optimalen formellen Rahmen.
- Da die EWIV alle Partner gleichermaßen vertritt, weist sie eine sehr starke Verhandlungsposition bei der Aushandlung internationaler Forschungsverträge auf.
- Die Zusammenarbeit der Mitglieder und das Netzwerk der Partner kann durch eine EWIV-Gründung erheblich gestärkt werden.
- Die Gründungsvoraussetzungen sind sehr einfach gehalten.
- Da kein Gründungskapital erforderlich ist, stellt die EWIV eine finanzierbare Rechtsform auch für Forschungseinrichtungen und Hochschulen dar.
- Sie zahlt keine Steuern auf das Ergebnis ihrer Tätigkeit und ist körperschafts- und gewerbeertragssteuerfrei. Zudem ist sie in Deutschland nicht bilanzpflichtig.
- Die EWIV kann ohne großen formellen Aufwand von einem Land ins andere verlegt werden und kann jederzeit beendet und aufgelöst werden.

Neben dem Rechtsinstitut EWIV gibt es im europäischen Kontext noch andere Rechtsformen auf Europaebene, die ebenfalls geeignete Kooperationsformen darstellen können. Zu nennen sind hier insbesondere:

- Die Europäische Aktiengesellschaft (Verordnung EG Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE); Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft/Societas Europaea, SE vom 28.12.2004),
- Die Europäische Genossenschaft (Verordnung EG Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE); Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Status der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer),

- Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit EVTZ (Verordnung EG Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Verbund für territoriale Zusammenarbeit / European grouping of territorial cooperation EGTC). Spätestens ab dem 1. August 2007 soll die Verordnung gelten. Die Mitgliedsstaaten sind bereits seit dem 1. August 2006 angehalten, die erforderlichen Vorkehrungen für eine wirksame Anwendung dieser Verordnung zu treffen. Sie können wie auch beim Rechtsinstrument der EWIV ein Ausführungsgesetz für ihren Mitgliedsstaat erlassen, in dem Einzelheiten der Ausgestaltung festgeschrieben werden können. Die Kommission muss bis 2011 dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung sowie gegebenenfalls Vorschläge für die Änderungen vorlegen. Diese Rechtsform wurde insbesondere für eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg geschaffen. Der EVTZ soll handeln können, um entweder die durch die Gemeinschaft kofinanzierten Programme oder Projekte für territoriale Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Strukturfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, durchzuführen oder um Maßnahmen durchzuführen, die auf Initiative der regionalen und lokalen Behörden der Mitgliedsstaaten zurückgehen, mit oder ohne finanzieller Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft.

Zudem bestehen derzeit innerhalb der EU-Kommission Überlegungen, eine europäische Rechtsform speziell für öffentliche Forschungseinrichtungen zu verfassen. Die Geschäftsstelle wird sich an diesem Prozess beteiligen. Allerdings kann der Entscheidungsprozess bis hin zur Umsetzung bzw. Ausgestaltung spezieller nationaler Regelungen (wie z. B. ein Ausführungsgesetz) mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Am 22. September 2006 hat die 7. EWIV-Praxiskonferenz der LIBERTAS Europäisches Institut GmbH/Europäisches EWIV-Informationszentrum mit dem Titel „Die EWIV in der europäischen Kooperationspraxis“ in der österreichischen Wirtschaftskammer stattgefunden. Hierzu wurde Frau RA'in Taufenbach als Referentin für das Thema „EWIV und Forschungseinrichtungen“ eingeladen. Von der Geschäftsstelle wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2007 ein interner Workshop zum europäischen Gesellschaftsrecht mit Informationen über das Rechtsinstitut der EWIV und über andere mögliche Kooperationsformen innerhalb der Europäischen Union angeboten.

Ansprechpartnerin: RA'in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle)